thyssenkrupp Corporate Archives

1962, 2/3
Hüttenwerk Oberhausen
Bücherei
14. 2. 62

echo der arbeit 2/3

3 W 2503 D · 1962 · NUR FÜR BETRIEBSANGEHÖRIGE

Wie steht es um uns?

Gewinne zu erzielen oder Verluste zu erleiden, ist die Chance und das Risiko aller, die sich frei in der Wirtschaft betätigen. Auch ein großes Unternehmen wie die HOAG strebt den Gewinnchancen nach und ist nicht gegen Verluste gefeit. Die aber, die dem Unternehmen ihre Arbeitskraft oder ihr Geld zur Verfügung stellen, wollen wissen, wieweit die Chancen genutzt, bzw. Verluste vermieden worden sind. Der Geschäftsbericht mit der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung geben Auskunft. Nun ist es für Menschen ohne spezielle wirtschaftliche Bildung nicht immer leicht, sich in der Bilanz oder der Gewinn- und Verlustrechnung zurechtzufinden. Im Zusammenhang mit der Hauptversammlung haben wir daher wieder einmal versucht, die Zahlen und das Geflecht wirtschaftlicher Beziehungen, das sich dahinter verbirgt, übersichtlich und allgemeinverständlich zu machen.

Jeweils am 30. September, dem Ende eines Geschäftsjahres, wird gewissermaßen eine „Momentaufnahme" unseres Unternehmens „geschossen": Es wird eine Bilanz aufgestellt und die Gewinn- und Verlustrechnung vorbereitet. An einem solchen Schnittpunkt zweier Jahre hält man für einen Augenblick inne. Man fragt sich, welche Erfolge das vergangene Jahr gebracht hat und wie es jetzt, zu Beginn des neuen Geschäftsjahres, um uns steht. Solche Betrachtungen stellt jeder von uns gelegentlich für sich selber an. Aber auch ein Unternehmen muß dies tun. Der Niederschlag solcher Betrachtungen findet sich dann im Geschäftsbericht, dessen Kernpunkte die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind. Wie ein solcher Jahresabschluß aufzustellen ist, schreibt das Aktiengesetz vor; bei Aktiengesellschaften gelten ferner die zusätzlichen Bestimmungen des Aktienrechts. Als Leitmotiv dafür kann der § 129 AktGes. angesehen werden, in dem es heißt: „Der Jahresabschluß hat den Grundsätzen ordentlicher Buchführung zu entsprechen. Er ist so klar und übersichtlich aufzustellen, daß er einen möglichst sicheren Einblick in die Lage der Gesellschaft gewährt."

Der Geschäftsbericht, dessen Veröffentlichung durch das Aktienrecht vorgeschrieben wird, soll den Aktionären, die ja dem Unternehmen ihr Geld zur Verfügung stellen, den Verlauf des Geschäftsjahres schildern, die Lage der Gesellschaft darstellen und den Jahresabschluß erläutern. Früher blieb der Geschäftsbericht dem größten Teil der Belegschaft unbekannt. Dabei entspringt der Entschluß, den Jahresabschluß durch die Werkzeitschrift der Belegschaft zur Kenntnis zu bringen, der Überzeugung, daß jeder Mitarbeiter, der sein persönliches Geschick mit dem des Werkes verbunden hat, nicht weniger als der Aktionär unterrichtet sein sollte über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens.



UNSER TITELBILD:

Der Mensch (auf der Titelseite bei der Eisenprobe und auf der rückwärtigen Umschlagseite beim Abstich) nimmt sich bei diesem Vorgang wie der Zauberlehrling aus, jedoch beherrscht er — im Gegensatz zum Zauberlehrling — die Gewalten, die von ihm hier entfesselt wurden.

echo der arbeit Werkzeitschrift der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft, Oberhausen (Rhld.). Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger. Redaktion: Karl-Heinz Sauerland und Karl-Heinz Marpe. Anschrift der Redaktion: Oberhausen (Rhld.), Essener Str. 66 (Hauptverwaltung), Telefon 24681, Werksruf 4267 und 2347. Zustellung kostenlos. Textbeiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion dar. Druck: VVA-Druck, Vereinigte Verlagsanstalten Oberhausen (Rhld.) und Düsseldorf. Klischees: Vignold, Essen.

Für alle, die nicht dabei waren:

Hauptversammlung 1962

Nur zweieinhalb Stunden dauerte am 27. Januar die diesjährige Hauptversammlung der Hüttenwerk Oberhausen AG. Aber das Werksgasthaus – der große Saal einschließlich der Nebenräume – war an jenem Samstagvormittag bis auf den letzten Platz besetzt. Weit über tausend Aktionäre und Aktionärsvertreter waren erschienen. Sie vertraten insgesamt DM 225.458.800,–, das sind 86,7 Prozent des DM 260 Mill. betragenden Grundkapitals unserer Gesellschaft. Im Vorjahr waren 80,4 Prozent des Kapitals vertreten.

Aufsichtsratsvorsitzender Dr. h. c. Fritz Butschkau erläuterte in seiner Rede eingehend das Geschäftsjahr 1960/61 sowie die augenblickliche Situation, in der sich die HOAG befindet. Er berichtete über das insgesamt gesehen doch zufriedenstellende Ergebnis des letzten Geschäftsjahres, wogegen im laufenden Geschäftsjahr der Rückgang auf dem Stahlmarkt und die wieder deutlicher hervorgetretenen Absatzschwierigkeiten im Steinkohlenbergbau nicht unerhebliche Sorgen bereite.

Nach den Ausführungen von Dr. Butschkau ergriffen einige Aktionäre das Wort; ihre Fragen wurden von der Verwaltung beantwortet. Dann erfolgten die Abstimmungen. Der Dividendenvorschlag von 12 Prozent wurde angenommen, Vorstand und Aufsichtsrat entlastet und der Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1961/62 gewählt. Anschließend erfolgte die Neuwahl des Aufsichtsrates, worüber wir auf Seite 18 dieses Heftes besonders berichten.

Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Butschkau begann seine Rede mit der Darstellung der Struktur unseres Unternehmens, einem kombinierten Werk aus Bergbau und Hüttenbetrieb. Das innere Gepräge und die Arbeitsprinzipien beider Teile seien stark unterschiedlich, was insbesondere dadurch charakterisiert werde, daß der eine Teil — die Hütte — kapitalintensiv und der andere Teil — der Bergbau — arbeitsintensiv sei. Dies komme in den Zahlen deutlich zum Ausdruck: Während die Gesamtbelegschaft von rund 30000 Mitarbeitern sich etwa zur Hälfte auf Bergbau und Hütte teile, sei es auf den Gebieten der Finanz- und Vermögensrechnung, der Umsätze und der Investitionen so, daß etwa zwei Drittel auf die Hütte und ein Drittel auf den Bergbau entfallen.

Konkurrenzkampf Steinkohle – Heizöl

Bevor der Aufsichtsratsvorsitzende speziell auf die interessierenden Zahlen unseres Unternehmens einging, gab er einen Überblick über die Lage der deutschen Montanindustrie im allgemeinen. Zur Lage des westdeutschen Steinkohlenbergbaus erklärte er, daß der Strukturwandel auf dem Energiemarkt im vorletzten Jahr zwar durch die Gunst einiger vorübergehend wirksam gewordener Faktoren überdeckt worden sei, von einer endgültigen Überwindung der Absatzschwierigkeiten bei der Steinkohle aber keine Rede sein könne. Die Entwicklung im Jahre 1961 habe dies bestätigt. Die Verdrängung der Steinkohle halte an.

Durch einige Zahlen erläuterte er die Situation. So habe der Steinkohlenabsatz in Deutschland — einschließlich Koks und Briketts — sich im vergangenen Jahr gegenüber 1960 von 125 Mill. t auf 119,5 Mill. t, d. h. um 5,5 Mill t, verringert. Demgegenüber habe sich der Heizölabsatz von 13,9 Mill. auf 18,2 Mill. t erhöht, was einer Steinkohlenmenge von 6,5 Mill. t entspreche. Frage man nach den Ursachen der Absatzverluste des Bergbaus, so stelle man fest, daß neben verschiedenen technischen Vorzügen des Heizöls der Wärmepreis im Vergleich zur Steinkohle zur Zeit um 20 bis 30 Prozent niedriger liege. Dieser Preisunterschied sei sowohl betriebs- als auch marktwirtschaftlich begründet. Als besonders schwerwiegende Faktoren nannte er die hohen Arbeitskosten des Bergbaus, die starke Kostenprogression bei einem Arbeitsrückgang und die fehlende Elastizität bei Angebot und Nachfrage. Dazu komme die Tatsache, daß die Steinkohle den Regeln der Marktordnung des Montanunion-Vertrages unterworfen sei, während das Heizöl solchen Wettbewerbsbeschränkungen nicht unterliege. Die ausländischen Ölgesellschaften verfügten infolge ihrer Größe über eine Marktstellung, die ihnen eine gemeinsame, über den Raum der westlichen Welt gespannte Preispolitik erlaube. Außerdem kämpften die Ölfirmen auch unter Einsatz ihrer finanziellen Reserven hart um die Absatzmärkte. Bezeichnend dafür sei, daß in der Bundesrepublik das leichte Heizöl zu Preisen angeboten werde, die bis zu 40 Prozent unter den Preisen lägen, mit denen dieselben Gesellschaften in anderen europäischen Ländern anbieten würden. Das Fazit sei also, daß man die Steinkohle gegenüber dem Erdöl aus natürlichen und aus Gründen der Marktordnung oder -unordnung vielfach benachteiligt finde.

Der Kampf um die endgültige Energieplanung beginne auch in den europäischen Gremien erbitterter zu werden. In seiner Eigenschaft als Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EWG berichtete Dr. Butschkau, wie er kürzlich mit anderen deutschen Vertretern bei der ersten Energiedebatte dieses Ausschusses sich gegenüber den Delegierten aller übrigen an der EWG beteiligten Länder nicht habe durchsetzen können. Ziel sei es gewesen, die Kohle als ein politisches und wirtschaftliches Sicherungs- und Stabilisierungsfaktum erster Ordnung in Europa anerkannt und gewertet zu wissen. Dr. Butschkau sprach die Überzeugung aus, daß man die Möglichkeit von politischen Schlechtwetter- und Krisenzeiten nicht außer acht lassen dürfe und daß ein großer Teil unserer Sicherheit von der Funktionsfähigkeit unseres Bergbaus abhänge.

Klare Energiepolitik tut not

Mit aller Deutlichkeit unterstrich Dr. Butschkau eine Bemerkung von Generaldirektor Dr. Burckhardt, dem Vorsitzenden des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, derzufolge der deutsche Steinkohlenbergbau sicherlich mit jeder Situation fertig werden würde, wenn er nur wisse, welche letzte Steuerung die politisch und wirtschaftlich verantwortliche Bundesregierung für angebracht halte. Werde eine Bestimmung zum Schutz eines Kapazitätsraumes der Steinkohle nicht getroffen, ergänzte Dr. Butschkau, so habe der Steinkohlenbergbau die Konsequenzen zu ziehen und eine Reihe von Gruben zu schließen, mit denen volkswirtschaftlich wertvolle Energiesubstanzen für alle Zukunft verlorengehen würden.

Der bisherige Schwebezustand habe den zusätzlichen Nachteil, daß die Kohlenproduktion auch in den Bergwerken schrumpfe, die bei Errichtung des geplanten öffentlichen Rationalisierungsverbandes als durchaus abbauwürdig anerkannt werden würden. Dies könne unter Umständen bedeuten, daß die Steinkohle sich auf die in einer freien Marktwirtschaft wettbewerbsfähigen Kapazitäten zu beschränken habe.

Was das Jahr 1961 anbelange, so seien für den westdeutschen Steinkohlenbergbau folgende Daten von Interesse:

- Die Förderzahlen sind ungefähr die gleichen geblieben, aber während im Jahre 1960 die Haldenbestände noch abgebaut werden konnten, stiegen sie 1961 etwas an.
- Die Verbraucherbestände nahmen um rund 10 Prozent ab.
- Die Belegschaftsabnahme hat sich fortgesetzt, insbesondere auch in der Untertagebelegschaft. Es wurden nur wenige Feierschichten verfahren.

thyssenkrupp Corporate Archives



- In der Erhöhung der Schichtleistung von 2057 t im Jahre 1960 auf 2200 t im Jahre 1961 finden die vielfältigen Rationalisierungsbemühungen ihren Ausdruck. Seit 1957 hat sich danach die Schichtleistung um 33,7 Prozent erhöht.
- Trotz des starken Anstiegs der Kosten sanken die Kohlenpreise in diesem Zeitraum um 5 Prozent.
- Die Zechenkokserzeugung ging aus mehreren Gründen, insbesondere aber auch wegen des weiter sinkenden spezifischen Koksverbrauchs im Hochofen, zurück.
- Die Stromerzeugung des westdeutschen Steinkohlenbergbaus erhöhte sich von 19,4 Mrd. kW auf 20,5 Mrd. kW, d. h. um 5,9 Prozent.

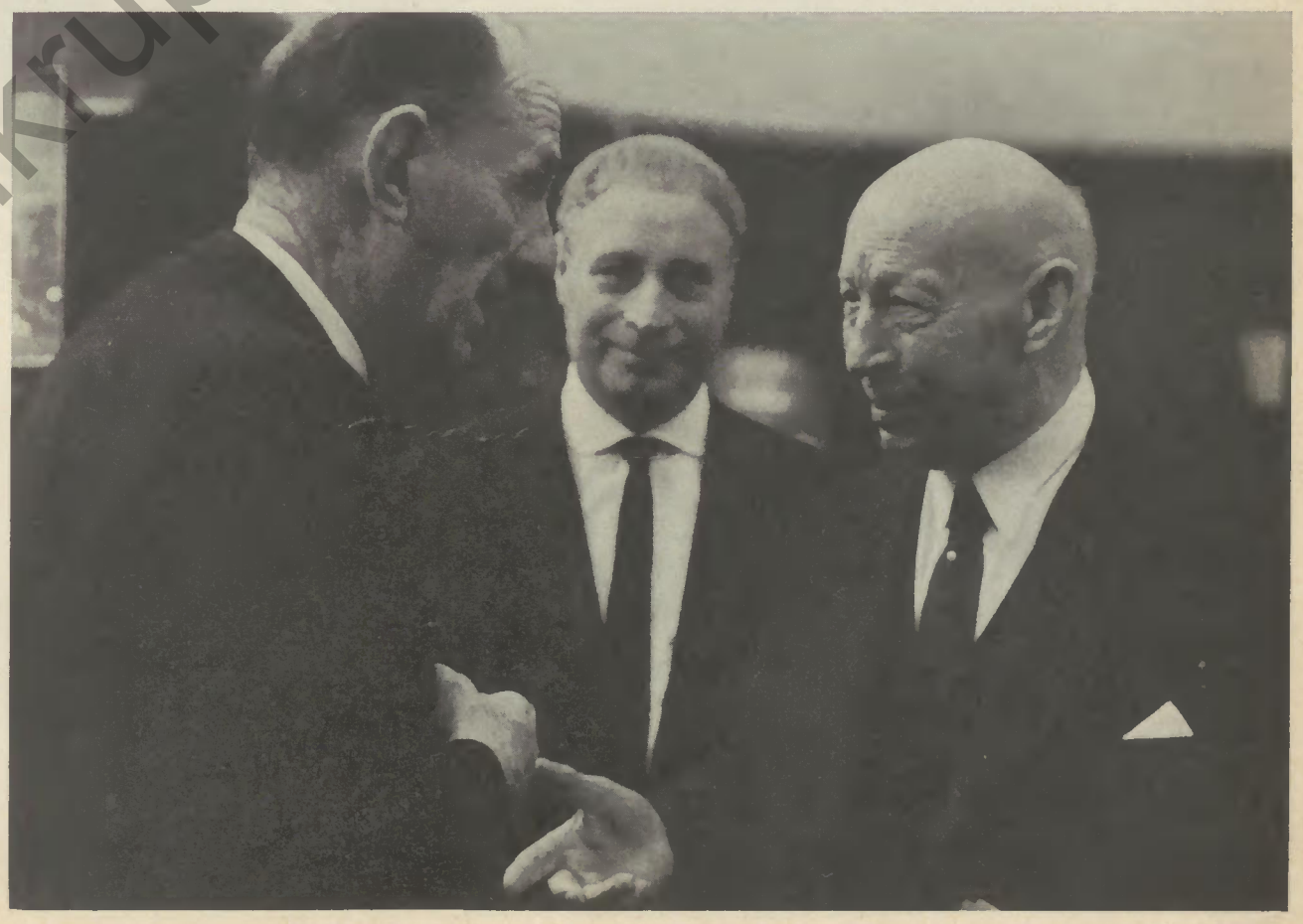
Die Ergebnisse des HOAG-Bergbaus

Speziell zum HOAG-Bergbau teilte der Aufsichtsratsvorsitzende mit, daß die Förderung sich während des letzten Geschäftsjahres um 1 Prozent auf 4,7 Mill. t erhöht habe, wogegen im gleichen Zeitraum die Förderung im Ruhr-Durchschnitt nur um 0,4 Prozent zugenommen habe. Feierschichten, so gab Dr. Butschkau bekannt, waren im vergangenen Geschäftsjahr nicht erforderlich. Der leichte Anstieg der Förderung sei darauf zurückzuführen, daß trotz weiterer Belegschaftsverminderung um 560 Mann und der um zwei Tage geringeren Zahl der Fördertage fördertäglich mehr gefördert wurde. Die Leistung je Mann und Schicht unter Tage stieg um 7 Prozent auf 2242 t und lag damit wiederum um 30 kg über dem Ruhr-Durchschnitt.

Wie der Aufsichtsratsvorsitzende darlegte, mußten durch die Konzentration des Abbaus auf die günstigsten Flöze gewisse Substanzverluste in Kauf genommen werden. Hierdurch — sowie durch die Erschöpfung der oberen Sohlen — werde künftig eine stärkere Ausrichtung, vor allem in den nördlichen Felderteilen, erforderlich. Für diese weitere Ausrichtung werde der Bau eines neuen Wetterschachtes notwendig, da die vorhandene Wetterkapazität nicht ausreiche. Der Aufsichtsrat habe die dafür erforderlichen Aufwendungen in Höhe von 27 Mill. DM genehmigt.

Die Kokserzeugung

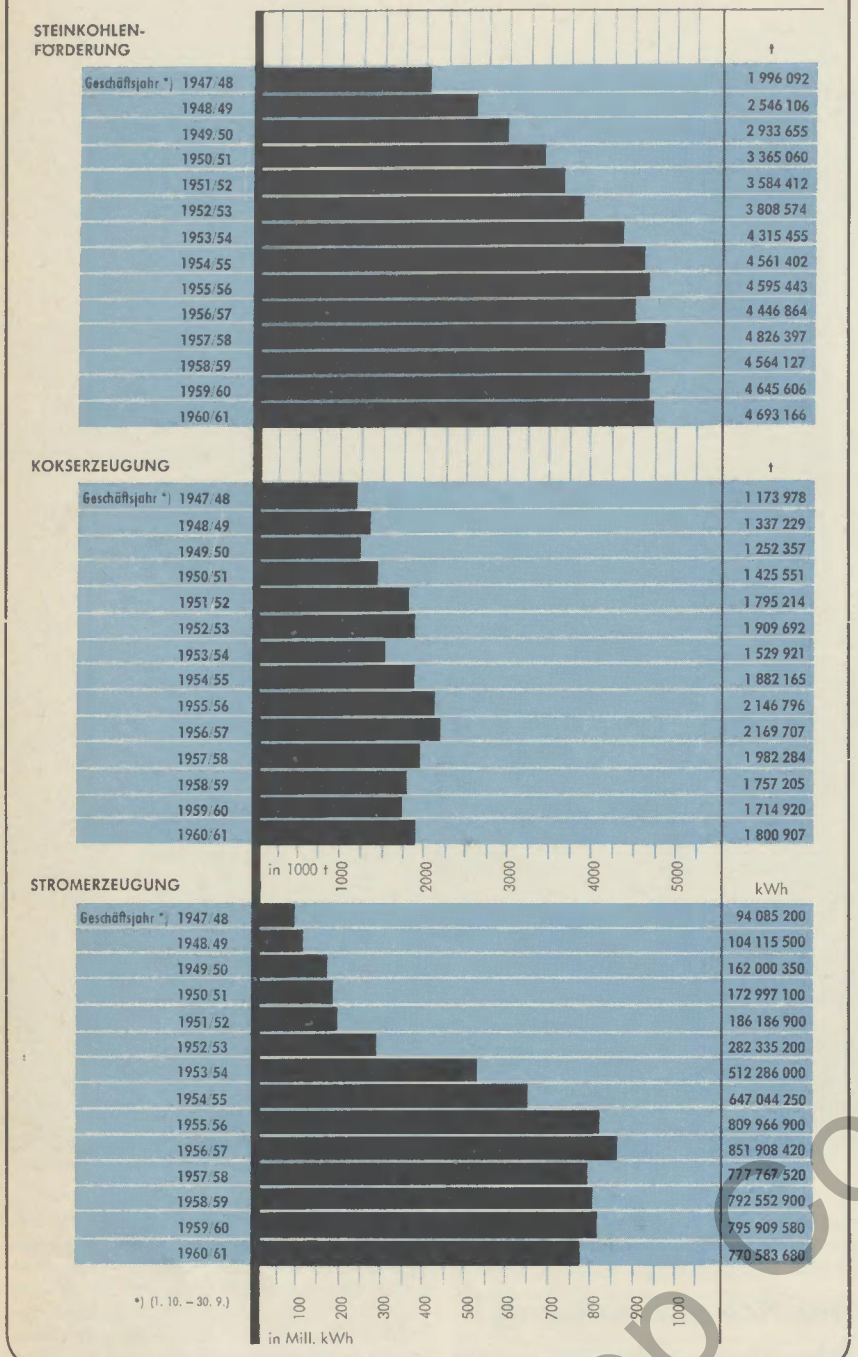
Alsdann kam Dr. Butschkau auf die Kokserzeugung des HOAG-Bergbaus zu sprechen, die mit 1,8 Mill. t um 5 Prozent über der Erzeugung des Vorjahres lag, wobei die Anlagen zu 76 Prozent ausgelastet waren. Demgegenüber ging die Stromerzeugung im Berichtsjahr infolge der geringeren Abnahme durch das RWE um 3,2 Prozent auf 770,6 Mill. kWh zurück. Der Anteil der HOAG-Zechen an der Steinkohlenförderung und Zechenkokserzeugung des Ruhrreviers blieb mit 4 Prozent und 5,3 Prozent unverändert. ⟶



Der 86jährige frühere Generaldirektor der GHH, Bergassessor a. D. Dr.-Ing. e. h. Hermann Kellermann, wurde von Dr. h. c. Butschkau mit besonders herzlichen Begrüßungsworten bedacht. Dr. Kellermann, dessen Name mit der Entwicklung unseres Werkes eng verbunden ist, war nach dem Kriege lange Zeit stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender unserer Gesellschaft. Unser Bild zeigt ihn (rechts) im Gespräch mit Dr. Franz Haniel. Mitte: Karl-Heinz Kellermann, der Sohn von Bergassessor a. D. Dr. Hermann Kellermann.

ThyssenKrupp Corporate Archives

STEINKOHLENFÖRDERUNG, KOKSERZEUGUNG UND STROMERZEUGUNG SEIT DEM GESCHÄFTSJAHR*) 1947/48



6,6 Prozent Ausländer

Wie im gesamten Bergbau, gab der Aufsichtsratsvorsitzende der Hauptversammlung bekannt, habe sich die Belegschaft auch der HOAG-Zechen weiter verringert.

Der Rückgang sei aber nicht mehr so stark gewesen wie in den Vorjahren. Bei nahezu unverändert hohen Abgängen habe sich die Zahl der Neueinstellungen insbesondere durch die Anlegung ausländischer Arbeitskräfte verdoppelt. Heute seien 946 Ausländer auf den Schachtanlagen der HOAG beschäftigt, was 6,6 Prozent der Bergbau-Belegschaft entspreche. Das größte Kontingent hiervon stellten die Italiener, in weitem Abstand gefolgt von Spaniern, Jugoslawen, Niederländern und Österreichern. — Bei der Hütte spiele dagegen die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte nur eine untergeordnete Rolle. Hier seien nur 209 Ausländer beschäftigt, größtenteils Spanier.

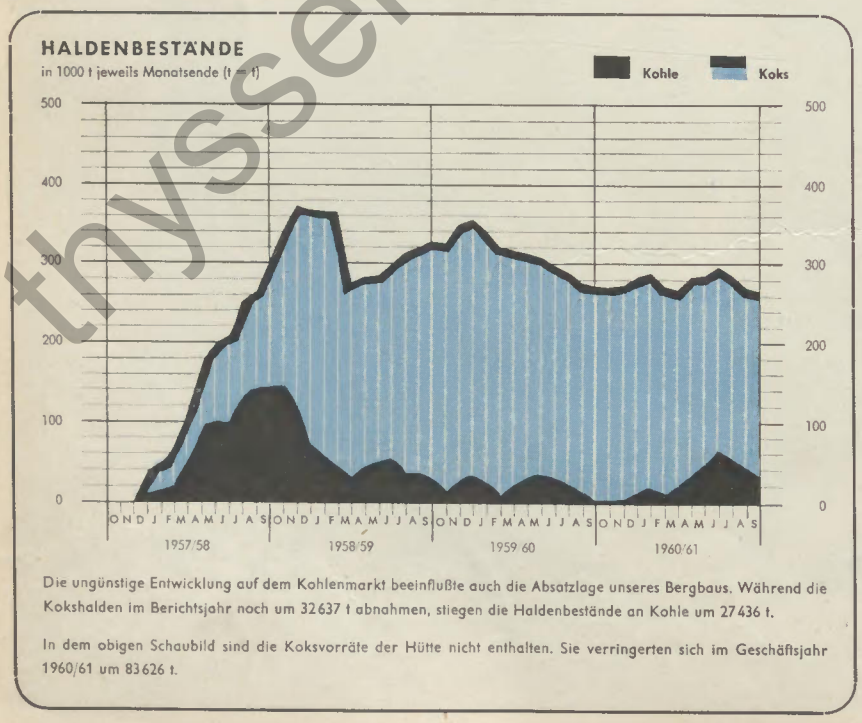
Sorgen wegen Bergmanns-Nachwuchs

Hinsichtlich des Altersaufbaus der Belegschaft mache sich der Nachwuchsmangel und die Abwanderung jüngerer Arbeitskräfte besonders bemerkbar. Das Durchschnittsalter der Bergbau-Belegschaft habe sich seit Juni 1958 um mehr als zwei Jahre erhöht. So sei der Anteil der 14 bis 30jährigen an der Gesamtbelegschaft von 48,9 Prozent im Juni 1958 auf 37,4 Prozent im Juni 1961 gesunken. Schließlich habe sich der Anteil der Berglehrlinge, der Ende 1955 noch 8 Prozent betragen habe, von im Vorjahr 1,8 Prozent auf 1,3 Prozent vermindert. Es bleibe zu hoffen, daß in den kommenden Jahren sich mehr Jugendliche für den Bergmannsberuf entschieden.

Wie auf der Hüttenseite habe auch beim Bergbau die Verhütung von Unfällen wiederum im Mittelpunkt der Sozialarbeit gestanden. Durch Sicherheitswettbewerbe und andere Maßnahmen habe die Zahl der meldepflichtigen Unfälle von 108,9 je 100000 verfahrene Schichten auf 105,9 herabgedrückt werden können. Der positive Abstand gegenüber dem Ruhrdurchschnitt habe sich vergrößert.



▲ Vollautomatische Gleichstrom-Vierseilfördermaschine mit Überwachungspult auf Zeche Osterfeld, Schacht I. Durch den vollendeten Umbau des Schachtes I der Zeche Osterfeld wurde die Schachtkapazität auf 10000 Tonnen je Tag erhöht, was eine beachtliche Steigerung ist.



Die ungünstige Entwicklung auf dem Kohlenmarkt beeinflußte auch die Absatzlage unseres Bergbaus. Während die Kokshalden im Berichtsjahr noch um 32637 t abnahmen, stiegen die Haldenbestände an Kohle um 27436 t.

In dem obigen Schaubild sind die Koksvorräte der Hütte nicht enthalten. Sie verringerten sich im Geschäftsjahr 1960/61 um 83626 t.

Wettbewerbsverzerrung am Stahlmarkt

Mit einem Vergleich aus der Meteorologie leitete der Aufsichtsratsvorsitzende über auf die Stahlseite. Während beim Steinkohlenbergbau die Konjunktursonne untergegangen sei, beeinträchtige das dem Durchzug einer Regenfront gleichende Wechselspiel des Lagerzyklus und andere Dämpfungserscheinungen die Klimalage der Stahlindustrie. So hätten Bestellungen, Produktion und Lieferungen bei der westdeutschen Stahlindustrie 1961 nicht die Vorjahreshöhe erreicht. Bestimmend hierfür sei in erster Linie die seit dem Frühjahr letzten Jahres zunehmend spürbare rückläufige Entwicklung des Inlandmarktes. Eine der Ursachen liege in der starken Vergrößerung der Kapazitäten der Werke. Die schlechten Erlöse im Export nach Dritten Ländern (das sind alle Länder außerhalb der Montanunion) veranlassen außerdem die Montanunionspartner, sich unter Angleichung an die französischen Listenpreise wieder stärker um den deutschen Markt zu bemühen. Durch mehrere Gründe, insbesondere aber durch umsatzsteuerlich bedingte Wettbewerbsverzerrungen, seien die französischen Werke in der Lage, die deutschen Stahlpreise bis zu 15 Prozent zu unterbieten.

Jeder, so meinte Aufsichtsratsvorsitzender Dr. h. c. Butschkau, müsse dies wissen. An einem Beispiel erläuterte er die Situation: Französischer Thomas-Stabstahl koste in einem französischen Ort an der deutschen Grenze rd. 446,— DM/t. Beim Export nach Deutschland werde der Stahl von der französischen 20prozentigen Mehrwertsteuer in Höhe von 89,— DM/t befreit und komme somit zu einem Preis von 357,— DM an die deutsche Grenze. Von deutscher Seite werde er bei der Grenzüberschreitung mit 6 Prozent Umsatzausgleichsteuer auf den Grenzwert, das sind rd. 23,— DM/t belastet, so daß der Preis des französischen Stabstahls nach Grenzübertritt somit 54,— DM/t niedriger sei als der deutsche Inlandsgrundpreis auf der Frachtbasis Oberhausen mit 434,— DM/t. Gegenüber dem französischen Inlandspreis habe sich der französische Stahl durch den Grenzübertritt also um 66,— DM/t verbilligt.

Werde umgekehrt deutscher Thomas-Stabstahl nach Frankreich exportiert, ermäßige sich der deutsche Grundpreis ein-

thyssenkrupp Corporate Archives

schließlich Umsatzsteuer in Höhe von 434,— DM/t um die Umsatzsteuerrückvergütung und die Ausfuhrvergütung von 6 Prozent auf den Grenzwert, was rd. 27,— DM/t ausmache. Auf diesen Preis in Höhe von 407,— DM/t werde nun von französischer Seite eine 25prozentige Mehrwertausgleichsteuer auf den Grenzwert in Höhe von rd. 104,— DM aufgeschlagen, so daß sich der Preis des deutschen Thomas-Stabstahls nach Grenzübertritt in Frankreich auf 511,— DM/t belaufe. Deutscher Thomas-Stabstahl sei somit in Frankreich 65,— DM/t teurer als der französische Stabstahl gleicher Qualität. Gegenüber dem deutschen Inlandsgrundpreis sei er durch die Grenzüberschreitung sogar um 77,— DM/t teurer geworden.

Im Inlandsabsatz sei der französische Stahl also etwas teurer als der deutsche Stahl. Beim Export nach Deutschland unterschreite der französische Th-Stabstahl den deutschen Inlandsgrundpreis um 54,— DM, während sich der deutsche Th-Stabstahl beim Export nach Frankreich um rd. 77,— DM verteure. Die Differenz aus der steuerlichen Wettbewerbsverzerrung mache also rd. 130,— DM/t aus; das sei mehr als ein Viertel des Th-Stabstahlpreises. „Und das", so resümierte Dr. Butschkau, „sieht sich die verehrte Montanunion, zu deren Gesamtaufwand die deutsche Stahlindustrie mit 59 Prozent aller beteiligten Stahlunternehmen beiträgt, nun schon seit Jahren ruhig an!"

EWG-Beitritt Englands schafft neue Probleme

Nach dem angekündigten Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt werde sich eine weitere Verschärfung ergeben. Dr. Butschkau begründete diese Feststellung durch die Tatsache, daß die englischen Stahlerzeugnisse durch das Fehlen einer allgemeinen Umsatzsteuer und durch die relativ geringe Belastung englischer Kapitalgesellschaften mit direkten Steuern nur die Hälfte der Gesamtsteuerlast zu tragen haben wie Stahlerzeugnisse in der Bundesrepublik und anderen Montanunionsländern.

Der Lagerzyklus

Das verlangsamte Wachstum des Stahlverbrauchs, die Ausweitung des Angebots durch den Zugang neuer Kapazitäten und Importe, wozu nicht zuletzt noch die Rationalisierungsleistungen des letzten Jahrzehnts kämen, hätten zu einer merklichen Verkürzung der Lieferfristen geführt. Die Abnehmer disponierten nicht mehr so lange im voraus und brauchten es auch nicht. Vielmehr hätten sie ihre Bestellungen dem unmittelbaren Verbrauch angepaßt, wobei die Vorräte der Verbraucher zunächst langsamer zugenommen hätten, um schließlich abgebaut zu werden. Während 1960 die potenzierende Wirkung der Lageraufstockung zu zusätzlicher Nachfrage geführt habe, sei 1961 durch den Lagerabbau ein Nachfrageausfall eingetreten. Der Rückgang der Inlandsbestellungen habe durch die Hereinnahme von Exportaufträgen abgemildert werden können, doch seien dabei durch das Eintreten in niedrigere Preise erhebliche Erlöseinbußen zu verzeichnen gewesen, was man aus Gründen der Beschäftigungspolitik und der Kontaktpflege in Kauf genommen habe. Da die Lieferungen über die gleichzeitigen Auftragseingänge hinausgingen, sei der Auftragsbestand geschmolzen. Bei Unterschieden für die einzelnen Erzeugnisse reiche er gegenwärtig für eine durchschnittliche Beschäftigung von rund zwei Monaten. Schließlich habe der Rückgang der Auftragseingänge und der Abbau des Auftragsbestandes in der zweiten Jahreshälfte eine Anpassung der Produktion erforderlich gemacht. Die westdeutsche Eisen schaffende Industrie habe daher im Kalenderjahr 1961 auf allen Produktionsstufen nicht ganz den Stand des Vorjahres erreicht.

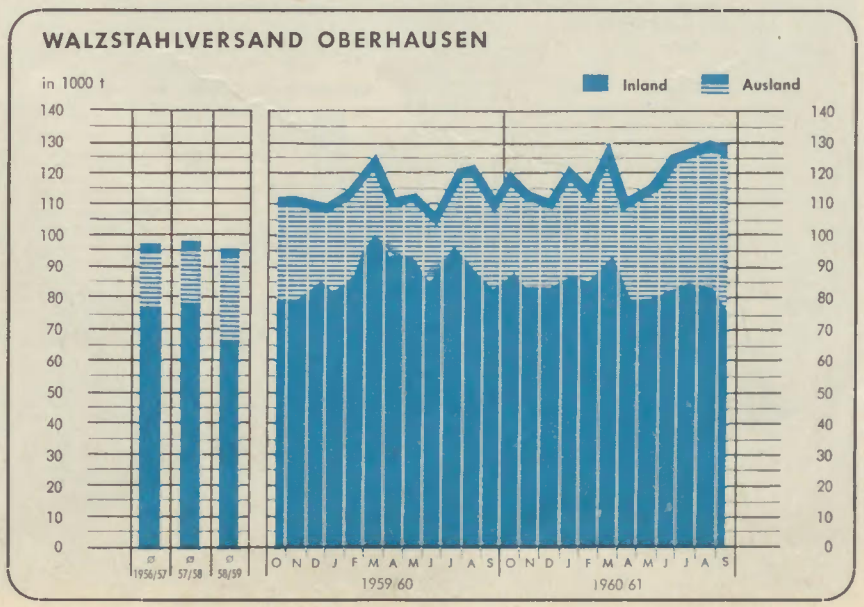
Ostblockländer erhöhen Produktion

Alsdann ließ Dr. Butschkau eine recht interessante Darstellung folgen hinsichtlich der Rohstahlproduktion des Jahres 1961 im internationalen Vergleich: Die Weltstahlproduktion nahm im vergangenen Jahr um 18,5 Mill. t auf ca. 360 Mill. t zu. Davon entfallen etwa zu gleichen Vierteln auf die Montanunion und England 26,7 Prozent, auf die Sowjetunion und die Volksrepublik China



▲ Großbandförderanlage auf der Zeche Franz Haniel. Die Länge beträgt 1237 m, die Breite 1,20 m. Diese Großbandförderanlage bringt die gewonnene Kohle — bis zu 1000 t je Stunde — zu der 1200 m entfernten Hauptladestelle. Dort wird sie in Großraumwagen umgeschlagen.

25,8 Prozent, auf die USA 24,7 Prozent und auf die übrigen Länder 22,9 Prozent. Fasse man den gesamten Ostblock — d. h. Rußland, China, Polen, die Tschechoslowakei, die Sowjetzone, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Nordkorea — zusammen, so betrage der Anteil des kommunistischen Blocks ein Drittel der Welterzeugung, während der Anteil 1957 — also vor vier Jahren — nur ein Viertel ausgemacht habe. Von den einzelnen Ländern haben Italien, Japan, Rotchina und die Sowjetunion die Produktion erhöhen können, während Belgien, die Bundesrepublik, die USA und Großbritannien sie verminderten.



Niedrige Erzpreise

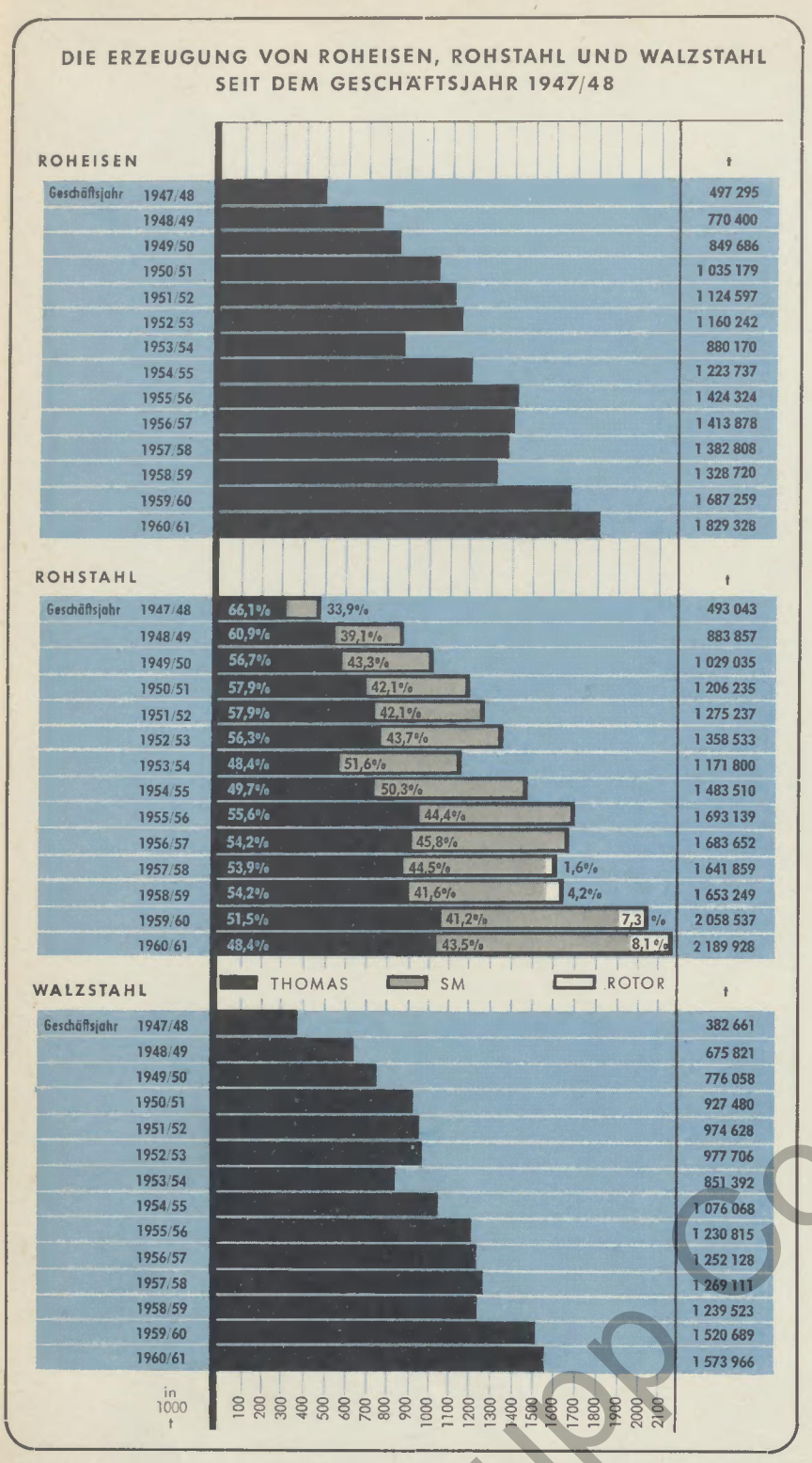
Die Versorgung mit Rohstoffen habe während des Berichtszeitraums keine Schwierigkeiten bereitet. Der Erzbedarf sei bei rückläufigen Preisen und niedrigen Frachtraten reibungslos gedeckt worden. Auf dem Schrottmarkt habe das reichliche Angebot und die sinkende Nachfrage Anfang Oktober 1961 ebenfalls zu einem Rückgang der Preise geführt.

Investitionspolitik auf lange Sicht

Zur Investitionspolitik der Stahlindustrie äußerte Dr. Butschkau, daß es bei der

→

Thyssenkrupp Corporate Archives



gegenwärtigen Marktlage nicht an kritischen Stimmen fehle, die der Stahlindustrie vorwerfen möchten, sie tue bezüglich der Investitionen wohl des Guten etwas zu viel. Um hier zu einem richtigen Urteil zu gelangen, müsse man sich jedoch vor Augen halten, daß investitionspolitische Entscheidungen sich an dem längerfristig zu erwartenden Wachstumstrend orientieren müßten. In diesem Zusammenhang verriet Dr. Butschkau aufs neue seine Abneigung gegen Prophezeiungen — etwa der Montanunion oder der ECE — hinsichtlich der Vorausberechnungen des wirtschaftlichen Wachstums. Die Erfahrungen mit der Kohle, so meinte er, hätten ihm recht gegeben.

Ergebnis des Vorjahres wurde überboten

Was nun die HOAG anbelange, so überschreite im letzten Geschäftsjahr die Erzeugung der einzelnen Produktionsstufen den an sich hohen Stand des Vorjahres. Die Ergebnisse: Die Roheisenerzeugung erhöhte sich im Geschäftsjahr 1960/61 um 8,4 Prozent auf 1,83 Mill. t, die Rohstahlerzeugung um 6,4 Prozent auf 2,2 Mill. t, die Produktion von Walzwerkserzeugnissen um 3,5 Prozent auf 1,57 Mill. t.

Trotz der weiteren Senkung des Koksverbrauchs je Tonne Roheisen von 810 kg im Vorjahr auf 765 kg, berichtete Dr. Butschkau, habe infolge der Produktionssteigerung der Verbrauch an festen Brennstoffen zugenommen. Die Hütte beanspruchte im letzten Geschäftsjahr 45 Prozent der Förderung der eigenen Zechen.

Der Anteil der HOAG an der Erzeugung der Bundesrepublik wurde von Dr. Butschkau bei Roheisen mit 7,1 Prozent und bei Rohstahl mit 6,4 Prozent angegeben.

Was die Investitionen der Hütte betrifft, so teilte Dr. Butschkau mit, daß diese sich im wesentlichen auf die Fertigstellung des zweiten 200-t-SM-Ofens beschränkt hätten, durch den die Rohstahlkapazität auf 2,5 Mill. Jahrestonnen stieg. Ferner erwähnte er den Umbau der Brammenstraße auf Elektrobetrieb und die Neuzustellung des Hochofens 9 bei gleichzeitiger Vergrößerung des Gestelldurchmessers, wodurch die Erzeugung des Ofens um 40 Prozent gesteigert werden konnte.

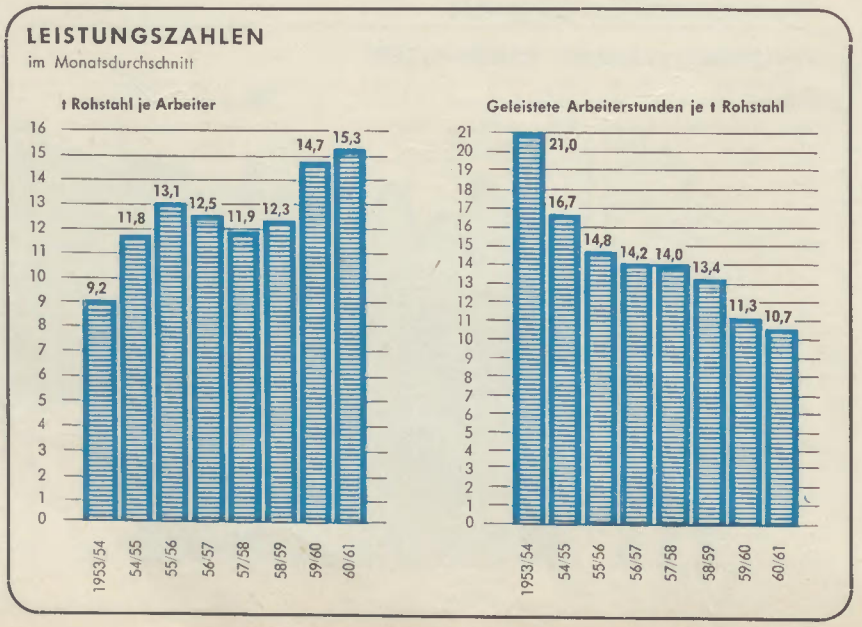
Reinhaltung der Luft wird ernst genommen

Die im September 1960 fertiggestellte Sinteranlage im Hafen Walsum habe sich günstig auf die Führung des Hochofenmöllers und die Senkung der Roheisenkosten ausgewirkt. Dr. Butschkau berichtete, daß der durch die Neuanlage erreichte Zuwachs an Sinterkapazität die Stillegung der alten und mit hohem Lohnstundenanteil arbeitenden Drehofenanlage ermöglichte, womit eine erhebliche Staubquelle im Oberhausener Raum beseitigt wurde. Auch die doppelten Gichtverschlüsse, die alle seit 1959 neu erbauten oder neu zugestellten Hochöfen erhalten, hätten sich gut bewährt, da sie einen Staubaustritt nahezu völlig verhinderten. Überhaupt werde der Reinhaltung der Luft große Beachtung geschenkt. Auch der Bergbau widme diesem Problem seit Jahren besondere Aufmerksamkeit.

Zukunfts-Aussichten optimistisch beurteilt

Allgemein zum Thema „Investitionen" bemerkte Dr. Butschkau, der Maßstab für die Höhe und Angemessenheit von Investitionen sei nicht nur die Ertragskraft des Eigenkapitals, sondern die Erhaltung des Werkes, seiner Umsätze und seiner Marktstellung schlechthin. In diesem Zusammenhang nannte der Vortragende den Gesamtbetrag der von der HOAG getätigten Investitionen. 1,1 Mrd. DM betrug die Gesamt-Investitionssumme seit 1948. Davon entfielen auf den Bergbau Investitionen in Höhe von 405 Mill. DM, die zu 77 Prozent aus den verdienten Abschreibungen finanziert wurden und auf die Hütte 765 Mill DM, die zu 65 Prozent aus den verdienten Abschreibungen vorgenommen wurden

Mit einem Blick auf die zukünftige Entwicklung der Stahlindustrie meinte Dr Butschkau, daß bei dem längerfristig zu erwartenden Stahlverbrauch Optimismus angebracht erscheine Dabei bringe der mit der technischen Entwicklung verbundene Übergang zu immer größeren Erzeugungseinheiten eine Erhöhung des Unternehmensrisikos mit sich, dem andererseits die Bildung von Großwirtschaftsräumen mit größeren Absatzmöglichkeiten gegenüberstünden. Dabei könnten die investitionspolitischen Aufgaben durch das Zusammengehen mehrerer Werke in idealer Weise gelöst werden. Bei einer Gemeinschaftsproduktion werde der erstrebte Zweck mit einem geringeren Kapitalzuwachs und einem geringeren Investitionsaufwand erreicht, als wenn die Werke jeweils für sich allein Groß-Investitionen durchführten. Schließlich führten die geringeren Investitionsaufwendungen zusammen mit besserer Kapazitätsauslastung dann auch zu einer kostengünstigeren Produktion.



Das Breitband-Projekt

In diesem Zusammenhang machte Dr. Butschkau aufmerksam auf das geplante Zusammengehen zwischen August-Thyssen-Hütte AG, Mannesmann AG und HOAG auf dem Breitbandsektor. Dem Entschluß hierzu seien umfangreiche Marktuntersuchungen vorausgegangen. Seit Jahren vergrößere sich der Verbrauch von Flachstahl, was zu einem Vordringen der Warm- und Kaltbreitbandstraßen geführt habe. Dabei seien die Breitbandstraßen den Straßen älterer Bauart sowohl in Leistungsfähigkeit als auch in Kostengestaltung und Qualität ihrer Produkte überlegen. Daher müsse damit gerechnet werden, daß die eigene Feinblechstraße in absehbarer Zeit ihre Konkurrenzfähigkeit verliere. Darüber hinaus erscheine aber auch in gewissem Umfang der Absatz unserer Mittelbleche und dünnen Grobbleche gefährdet. Wenn die HOAG als ältestes Blechwalzwerk an der Ruhr und bei dem Gewicht des Flachstahls in ihrem Erzeugungsprogramm eine Aushöhlung ihrer Marktstellung vermeiden wolle, müsse sie sich — der technischen Entwicklung und dem Markttrend folgend — in die Breitbandproduktion einschalten. Die Werksleitung habe sich seit langem darüber Gedanken gemacht, wie man den Anschluß an die Weiterentwicklung auf dem Flachstahlsektor erreichen könne, ohne gleich mit kompletten Großanlagen beginnen zu müssen. Wegen der Größe der Investitionen und der gerade auf diesem Gebiet sehr regen Investitionstätigkeit seien die Überlegungen gleich von einer Zusammenarbeit mit einem oder mehreren Partnern ausgegangen. Die Verhandlungen stünden erst am Anfang. Der Aufsichtsratsvorsitzende bat die Aktionäre daher um Verständnis, daß er bei dem derzeitigen Stand der Verhandlungen nähere Einzelheiten zu diesem Thema noch nicht machen könne.

Sonntagsarbeits-Regelung erschwert Produktion

Nach diesen investitionspolitischen Erläuterungen leitete Dr. Butschkau über zu personal- und sozialpolitischen Fakten der Hütte. Er berichtete, daß die Belegschaftszahl sich während des letzten Geschäftsjahres nur unwesentlich erhöht habe, da die Neueinstellungen vorwiegend dem Ersatz von Abgängen dienten. Weiter kam Dr. h. c. Butschkau zu sprechen auf die Erhöhung der Tarifbezüge um 5 Prozent ab 1. Juli 1961 sowie auf die ab 1. August 1961 in Kraft getretene gesetzliche Neuregelung der Sonn- und Feiertagsarbeit in stahlerzeugenden Betrieben und an Walzenstraßen erster Hitze. Zu letzterem Punkt meinte der Aufsichtsratsvorsitzende, die Erschwernisse, die sich daraus ergäben, störten den Betriebsablauf erheblich. Er wiederholte seine schon 1960 auf der Hauptversammlung zum Ausdruck gekommene Meinung. Die Milderung bestehe nur darin, daß die Einschränkungen stufenweise erfolgten. Wörtlich sagte er: „Das ist ein trügerischer, optischer Effekt. Die Auswirkungen werden dadurch nicht so plötzlich sichtbar; vermeiden lassen sie sich jedoch — insgesamt gesehen — nicht, und meine voriges Jahr gemachten Ausführungen über die Beschränkung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Stahlindustrie durch diese Maßnahme gegenüber den anderen Ländern behalten leider ihre Gültigkeit."

Steigende Produktivität

Ebenfalls erwähnte Dr. Butschkau den zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern vereinbarten Stufenplan, nach dem zu Beginn dieses Jahres die wöchentliche Arbeitszeit in der Eisen schaffenden Industrie auf 42 bzw. 42½ Stunden verkürzt wurde. Er wies darauf hin, zumal neben den schwebenden Verhandlungen in der Metallindustrie und der Stahlindustrie neben Lohn- und Gehaltserhöhungen auch eine Urlaubsverlängerung zur Debatte stehe, daß mit der Arbeitszeitverkürzung und der eventuellen Urlaubsverlängerung auf einen Teil des sonst möglichen wirtschaftlichen Wachstums verzichtet werde. Der statistisch bei der HOAG ermittelte Anstieg der Leistung auf 15,3 t Rohstahl je Arbeiter stehe dem nicht entgegen. Bei der Beurteilung arbeits-

thyssenkrupp Corporate Archives

bezogener sogenannter Produktivitätskennziffern müßten der Anstieg der Kapitalintensität, die Herabsetzung des spezifischen Rohstoffeinsatzes, die allgemeinen Einflüsse des technischen Fortschritts, verbesserte Produktionsplanung, Verbesserung des Arbeitsablaufs sowie der Produktions- und Qualitätskontrolle und nicht zuletzt die Kapazitätsauslastung berücksichtigt werden.

Jeder vierte spart vermögenswirksam

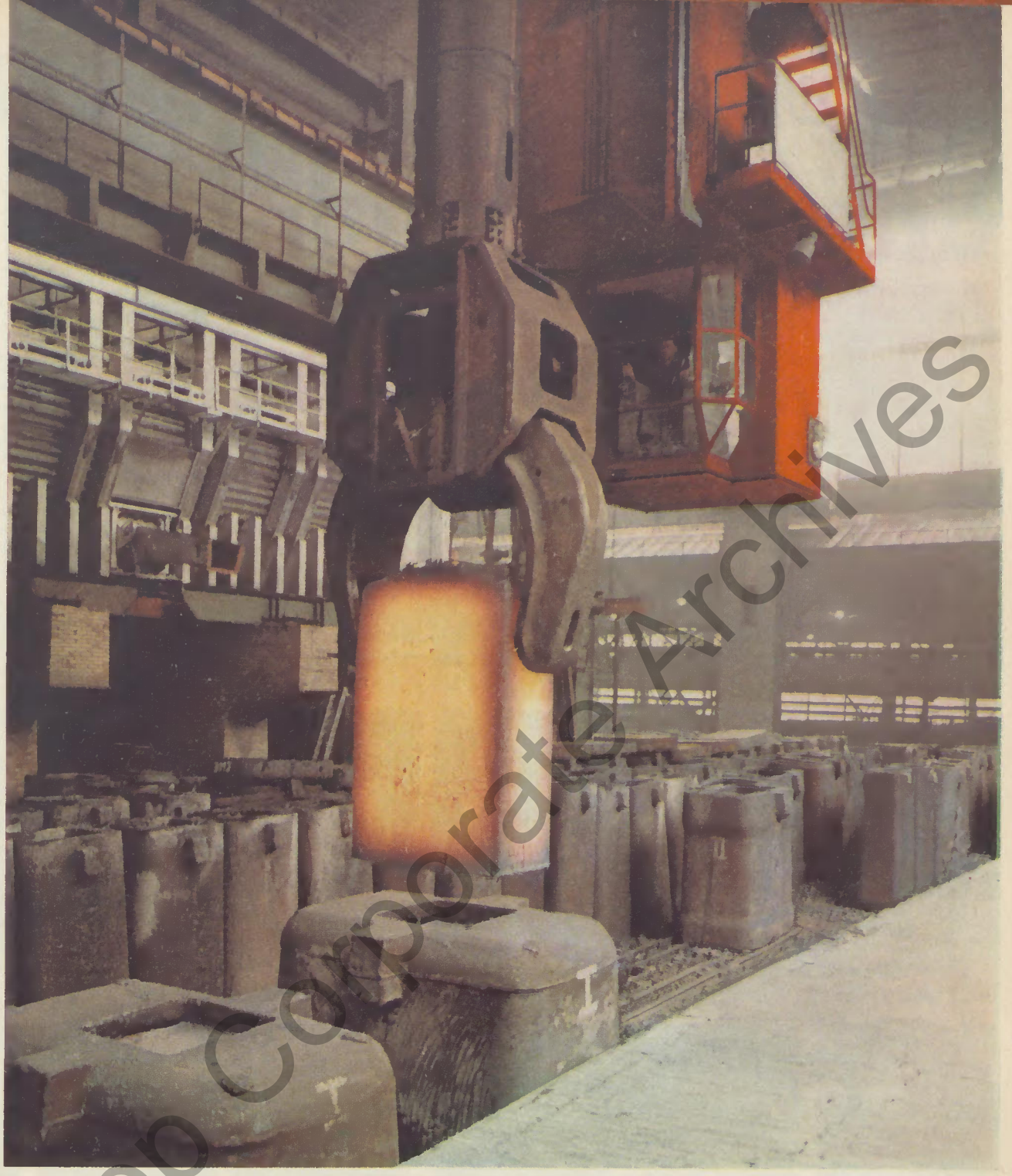
Die betriebliche Sozialpolitik sei weiterhin auf die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit des einzelnen Arbeiters und Angestellten ausgerichtet gewesen. Als besonders erfreulich bezeichnete Dr. Butschkau das Echo, das der Aufruf der Werksleitung, von dem Gesetz zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer Gebrauch zu machen, gefunden hat. Er teilte der Hauptversammlung mit, daß ein Viertel der Belegschaft die anläßlich des Jahresabschlusses 1960/61 gewährte Sondervergütung von 80,— DM auf die Dauer von fünf Jahren vermögenswirksam angelegt, d. h. gespart habe. Das sei ein guter Anfang und spreche ebenso für den Sparwillen wie für das Vertrauen der Belegschaft in den Geldwert.

Verbessertes Arbeitsschutzergebnis

Im Mittelpunkt der betrieblichen Sozialarbeit habe wiederum der Arbeitsschutz gestanden. Er machte die Aktionäre besonders aufmerksam auf eine im Geschäftsbericht veröffentlichte grafische Darstellung (vergl. nächste Seite), die den Erfolg der Unfallverhütungs-Bemühungen widerspiegele, die aber auch den enormen Abstand der Bundesrepublik von den Stahlindustrien des westlichen Auslandes zeige. Gegenüber dem Vorjahr habe die HOAG das Arbeitsschutz-Ergebnis verbessern können, und es bliebe zu wünschen, daß die Oberhausener Anstrengungen Schule machten und der steigende Trend der Unfallzahlen in der Bundesrepublik ins Gegenteil verkehrt werde.

Unveränderte Dividende

Die Veränderungen in der Bilanz, auf die Dr. Butschkau dann kurz einging, bedurften diesmal nicht der eingehenden Erläuterung, wie sie noch im Vorjahr notwendig war, als der Aufsichtsratsvorsitzende der Hauptversammlung die Umwandlung und die volle bilanzmäßige Vereinigung mit der Bergbau AG Neue Hoffnung kommentieren mußte. Zu der gegenüber dem Vorjahr unveränderten Dividende von 12 Prozent meinte Dr. Butschkau, er verrate kein Betriebsgeheimnis, wenn er erkläre, daß der Bergbau, wenn er selbständig geblieben wäre, sich nicht in der Lage gesehen hätte, eine Dividende von 12 Prozent aufzubringen. Somit komme die Umwandlung der Bergbau AG Neue Hoffnung auf die HOAG auch den Aktionären zugute.



▲ In Verbindung mit dem Bau der beiden 200-t-Öfen im Siemens-Martin-Werk II wurde auch ein neuer 60-t-Stripperkran installiert. Der von der MAN gebaute Kran entwickelt bei einem Gesamtgewicht von rd. 230 t einen Stripperdruck von 350 t. Mittels einer Zange wird die Kokille gefaßt und der glühende Block durch Stripperstempel ausgedrückt. Neu ist das einseitig angebrachte Schachtgerüst — an früheren Stripperkränen war der Schacht rings umschlossen —, so daß der davorgesetzte Stripperbaum leicht gewechselt werden kann.



◀ Steuerstand der Bandsinteranlage im Hafen Walsum. Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Butschkau berichtete in seiner Hauptversammlungsrede, daß die Sinteranlage sich günstig auf die Führung des Hochofenmöllers und die Senkung der Roheisenkosten auswirkt. Nach kurzer Anlaufzeit erbrachte die im September 1960 fertiggestellte Anlage die volle Leistung. Bei dieser Anlage wurden die letzten Erkenntnisse der Staubbekämpfung verwertet. Außerdem ermöglichte die Walsumer Anlage die Stillegung der alten Oberhausener Drehofenanlage, wodurch eine erhebliche Staubquelle unseres Hüttenwerkes beseitigt wurde.

Geschäftsrückgang im laufenden Jahr

Zusammenfassend erläuterte der Vortragende noch die derzeitige Geschäftsentwicklung und die weiteren Zukunftsaus-

→

Krupp Corporate Archives

Die HOAG in Zahlen

	1959/60			1960/61		
	insgesamt	davon Bergbau	davon Hütte	insgesamt	davon Bergbau	davon Hütte
Grundkapital (30. 9.) in Mill. DM	260			260		
Bilanzsumme (30. 9.) in Mill. DM	1 191			1 195		
Umsatz*)						
Gesamtumsatz in Mill. DM	1 223	349	874	1 234	352	882
Innenumsatz in Mill. DM	178	148	30	181	155	26
Umsatz an die Kundschaft in Mill. DM	1 045	201	844	1 053	197	856
davon: Inland in Mill. DM	820	163	657	779	152	627
Ausland in Mill. DM	225	38	187	274	45	229
Exportquote in v.H.	21,5	18,9	22,2	26,0	23,2	26,7
Investitionen						
seit der Währungsreform (30. 9.) in Mill. DM	1 102	382	720	1 161	405	756
Belegschaft insgesamt (30. 9.)	29 833	14 556	15 277	29 657	14 252	15 405
davon: Arbeiter	26 452	12 985	13 467	26 098	12 630	13 468
Angestellte	3 381	1 571	1 810	3 559	1 622	1 937
Förderung und Erzeugung						
Steinkohle in 1000 t	4 646	4 646		4 693	4 693	
Koks in 1000 t	1 715	1 715		1 801	1 801	
Strom in Mill. kWh	1 146	796	350	1 094	771	323
Roheisen in 1000 t	1 687		1 687	1 829		1 829
Rohstahl in 1000 t	2 059		2 059	2 190		2 190
Walzstahl in 1000 t	1 521		1 521	1 574		1 574

*) Der Umsatz für das Geschäftsjahr 1959/60 wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Gewinn- und Verlustrechnung vom 23. Dezember 1959 umgestellt.

sichten. Was die Durchschnittszahlen der letzten drei Monate des Jahres 1961 — des ersten Quartals des laufenden Geschäftsjahres also — anbelange, so lägen diese auf der Stahlseite etwa um 12 Prozent unter denen der gleichen Monate des Vorjahres; auch der Auftragseingang erreiche nicht die entsprechenden Vorjahreszahlen. Bei der Kohle werde nach wie vor die Marktentwicklung durch den Strukturwandel bestimmt, den unter Hinweis auf das Vordringen des Öls Dr. Butschkau einleitend behandelt hatte.

Wachsendes Sozialprodukt

In der Gesamtwirtschaft des Bundesgebietes sei eine gewisse Beruhigung festzustellen, die Bauwirtschaft ausgenommen, die ja im letzten Jahre die maximale Höhe von rd. 40 Mrd. DM erreicht habe und sich anschicke, gleich hohe Leistungen auch im laufenden Jahr zu erzielen. Bei dieser Gelegenheit erwähnte Dr. Butschkau den Anstieg des Brutto-Sozialprodukts der Bundesrepublik, d. h. die Summe aller Wertschöpfungen der westdeutschen Volkswirtschaft, das im Jahre 1961 bekanntlich einen Zuwachs von rd. 30 Mrd. DM — von 281 Mrd. DM auf 310 Mrd. DM — zu verzeichnen hatte. Man müsse jedoch, so meinte der Referent, berücksichtigen, daß diese Sozialprodukt-Rechnungen zu dem jeweiligen Preisniveau durchgeführt würden, und daß von der Steigerung von 10 Prozent mehr als ein Drittel, nämlich 4,6 Prozent, auf Veränderungen im allgemeinen Preisniveau im Verhältnis zu konstanten Preisen zurückzuführen seien. Dabei nannte er an erster Stelle die Baupreise, dann die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, den allgemeinen Index der Lebenshaltungskosten (einschließlich Mieten) und — nicht zuletzt — die Dienstleistungspreise (Straßenbahn, Friseur usw.), wogegen er die im letzten Jahr relativ konstant gebliebenen industriellen Erzeugerpreise lobend erwähnte. Von den verbleibenden 5,4 Prozent müßten 1,4 Prozent der Zunahme der Erwerbstätigen zugeschrieben werden, so daß nur 4 Prozent als echte Steigerung des Sozialprodukts angesehen werden könnten, also eine Zunahme der Produktionsleistung pro Erwerbstätigen bedeuteten.

Wirtschafts-Wettrennen

Dr. Butschkau vertrat die Ansicht, daß sich in anderen westlichen Volkswirtschaften bei sorgfältiger Untersuchung des Brutto-Sozialprodukts ähnliche Ergebnisse zeigen würden. Dies lasse darauf schließen, daß die langsamen Veränderungen zwischen nomineller und realer Kaufkraft der jeweiligen Währung eines der Grundprobleme und eine der größten Gefahren der gegenwärtigen freien Welt seien.

Dabei warnte Dr. Butschkau vor einem allzu großzügigen Wachstums-Denken. Er knüpfte an an die auf der Hauptversammlung vor drei Jahren erörterte Frage „Stabilität oder Wachstum?". Ein gewisser Wachstumsfanatismus komme natürlich auch bei der Auseinandersetzung mit dem östlichen Wirtschaftssystem zum Ausdruck.

Höhere Wachstumsraten entscheiden nicht

Dort habe man das Überholen des westlichen Produktionspotentials pro Kopf der Bevölkerung als eines der Hauptziele proklamiert. Mancher habe sich dadurch zu der etwas primitiven Annahme verleiten lassen, der kalte Krieg werde in erster Linie durch ein Wettrennen um die höheren statistischen Wachstumsraten entschieden. Dabei vergesse man allzu oft, daß in einem rein statistischen Wettrennen ein so hochentwickeltes Land wie z. B. die USA, in dem über die Hälfte der Beschäftigten nicht Waren-, sondern Dienstleistungen produziere (in der Bundesrepublik sind es 37 Prozent), und in dem ein beträchtlicher Teil des Produktivitätsfortschritts sich nicht in größerer Güterproduktion, sondern in erhöhter Freizeit niederschlage, nicht über die gleichen statistischen Größen verfügen könne wie ein Land, das dieses Niveau noch nicht erreicht habe. Entscheidend sei doch letztlich, welches System die Gesamtheit der materiellen und geistigen Bedürfnisse des Volkes besser erfülle, und diesen Wettlauf brauche die westliche Welt nicht zu fürchten.

Stabilität und wirtschaftliches Wachstum

Damit war Dr. Butschkau bei einem Thema angelangt, das auch auf seinen Oberhausener Hauptversammlungsreden immer wieder anklingen ließ: der Sorge um die Stabilität des Geldwertes. Ein Thema, das ihm in seiner Eigenschaft als Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und damit als oberstem Vertrauensmann der Sparer, geradezu Herzensangelegenheit ist. Dabei sprach Dr. h. c. Butschkau die Überzeugung aus, daß ein vernünftiges und stetiges wirtschaftliches Wachstum — ohne Gefahr krisenhafter Rückschläge — durchaus vereinbar sei mit Preis- und Geldwertstabilität.

Den Appell von Professor Erhard, über alle Verhandlungen der Sozialpartner hinaus „für Gegenwart und Zukunft unserer Wirtschaft Maßstäbe bei der Beurteilung wirtschaftlicher Verhältnisse zu finden, die objektiv unsere Leistungskraft messen, anstatt es auf Machtkämpfe unter den Sozialpartnern ankommen zu lassen", könne man nur unterstreichen.

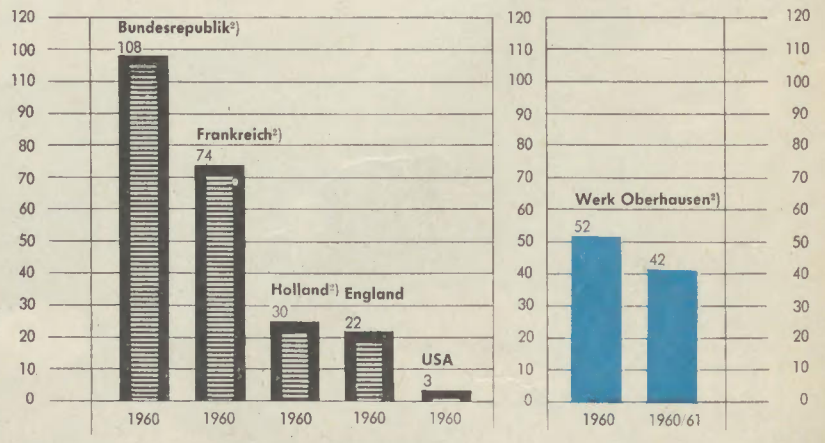
Eindringlicher Appell zum Maßhalten

Das Fazit: Sollten wir unsere Kosten weiter erheblich über die mögliche Produktivität hinaus steigern, werde sich weiterhin ein Sozialprodukt ergeben, das in nominellen Geldwerten gerechnet zwar größer geworden, in seinem realen Ausstoß jedoch nicht an die sogenannten Wachstumsprozente heranreiche. Das bedeute, in einfachen Worten, man gebe sich einer Illusion hin, was bedenkliche Folgen haben könne. Dies gelte es zu vermeiden, so schwer das manchmal im persönlichen wie im wirtschaftlichen Wunschdenken auch scheine. Lediglich durch Maßhalten in allen Bereichen könne die Stabilität unserer Lebensverhältnisse gesichert werden.

Dr. Butschkau schloß seine Rede mit einem herzlichen Wort des Dankes für die von Vorstand und allen Arbeitern und Angestellten des Werkes geleistete Arbeit. Dieser Dank wurde unterstrichen durch Dr. Franz Haniel, der im Namen der Aktionäre dem Unternehmen und seiner Belegschaft Anerkennung für die geleistete Arbeit aussprach, wobei er besonders betonte, daß die Arbeit sicherlich nicht einfach gewesen sei wegen der bekannten Situation des Bergbaus und der gedämpften Konjunktur der eisenschaffenden Industrie.

UNFALLHÄUFIGKEIT [1]) in der Stahlindustrie

je eine Million geleistete Arbeitsstunden im Monatsdurchschnitt



[1]) Berechnungsgrundlage: Lohnbelegschaft · Betriebsunfall mit mehr als einem Tag Arbeitsausfall

[2]) Dem Montanvertrag unterliegende Betriebsabteilungen

Quellen: Bundesrepublik: Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl — Frankreich, Holland und England: die der deutschen Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl entsprechenden Organisationen
USA: American Iron and Steel Institute, New York

Thyssenkrupp Corporate Archives

Neuer HOAG-Aufsichtsrat wurde einstimmig gewählt

Mit Abschluß der letzten Hauptversammlung lief die Amtszeit des amtierenden Aufsichtsrates ab. Bekanntlich hatte vor zwei Jahren die Hauptversammlung einer Satzungsänderung zugestimmt, wodurch infolge der Eingliederung des Bergbaus die Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrats vorübergehend von 11 auf 21 erhöht wurde; gleichzeitig aber war beschlossen worden, nach Ablauf von zwei Jahren die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder endgültig auf 15 festzusetzen. Für die Neuwahl und Zusammensetzung der Mitglieder des Aufsichtsrates gilt das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie von 1951. Dazu waren Vorschläge eingegangen, die den Aktionären mit dem Geschäftsbericht bekanntgegeben wurden. Nachdem Dr. Butschkau die Vorschläge noch einmal verlesen hatte, ließ er bei der Wahl getrennt abstimmen für die je sieben Vertreter der Anteilseigner und der Arbeitnehmer. In beiden Fällen ergab die Abstimmung Einstimmigkeit. Die Vertreter der Anteilseigner stellen wir in der oberen Bildreihe vor, darunter die Arbeitnehmer-Vertreter. Von letzteren sind Albert Ruschmeier (Bergbau), Hans Schmitz (Bergbau) und Johannes Stappert (Hütte) Vertreter der Belegschaft, während Heinz Dürrbeck (Vorstandsmitglied der IG Metall), Willi Ginhold (Geschäftsführer der Vermögens- und Treuhandverwaltung des DGB), NRW-Arbeits- und Sozialminister Konrad Grundmann sowie Eberhard Kadow (Bevollmächtigter der IG Bergbau und Energie in Moers) von der gewerkschaftlichen Spitzenorganisation zur Wahl vorgeschlagen wurden. Nach § 4 Abs. 2 des Mitbestimmungsgesetzes gilt Landesminister Konrad Grundmann als sogenanntes „weiteres Mitglied", ebenso wie Dr. Otto Wiskott auf der Anteilseigner-Seite. An die Unabhängigkeit der sogenannten „weiteren Mitglieder" werden besondere gesetzliche Anforderungen gestellt. So dürfen die „weiteren Mitglieder" nicht Repräsentant einer Gewerkschaft oder einer Vereinigung der Arbeitgeber oder einer Spitzenorganisation dieser Verbände sein oder zu dieser in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen; ebenso darf das der Arbeitnehmerseite des Aufsichtsrates angehörende „weitere Mitglied" nicht in einem der unter das Mitbestimmungsgesetz fallenden Unternehmen beschäftigt sein.

Nachdem die 14 Aufsichtsratsmitglieder feststanden und die Wahl angenommen hatten, wurde durch den neuen Aufsichtsrat der Hauptversammlung Dr. h. c. Butschkau als „15. Mann" vorgeschlagen. Als nach dem Lebensalter ältestes Mitglied des Aufsichtsrats leitete Oberbürgermeister a. D. Edwin Hasenjaeger die Abstimmung, die ebenfalls Einmütigkeit ergab. Die Hauptversammlung quittierte die Wahl von Dr. Butschkau mit starkem Beifall.

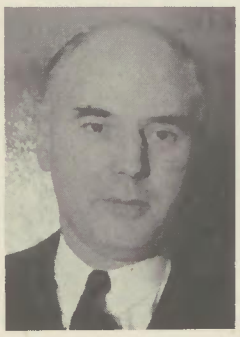
Auf der ersten Sitzung des Aufsichtsrats wurde Dr. rer. pol. h. c. Fritz Butschkau als Aufsichtsratsvorsitzender wiedergewählt, stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende sind Dr. phil. Dr. Ing. e. h. Hermann Reusch und Heinz Dürrbeck.



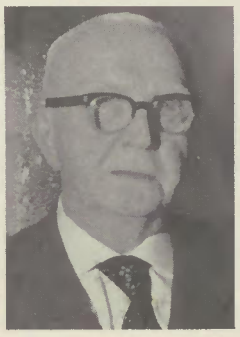
Dr. h. c. Fritz Butschkau



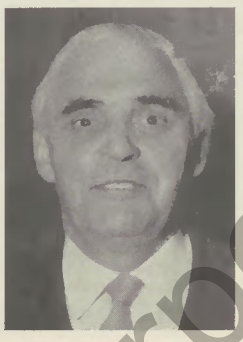
Dr. Hermann Reusch



Wolfgang Curtius



Edwin Hasenjaeger



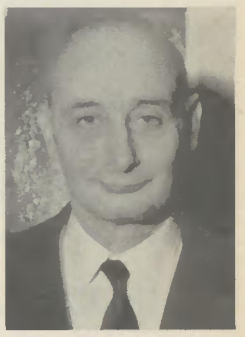
Wilhelm Melcher



Dr. Hans Pahl



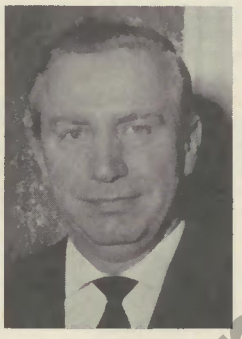
Dr. K. Frh. v. d. Tann-R.



Dr. Otto Wiskott



Heinz Dürrbeck



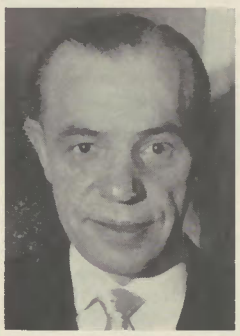
Willi Ginhold



Konrad Grundmann



Eberhard Kadow



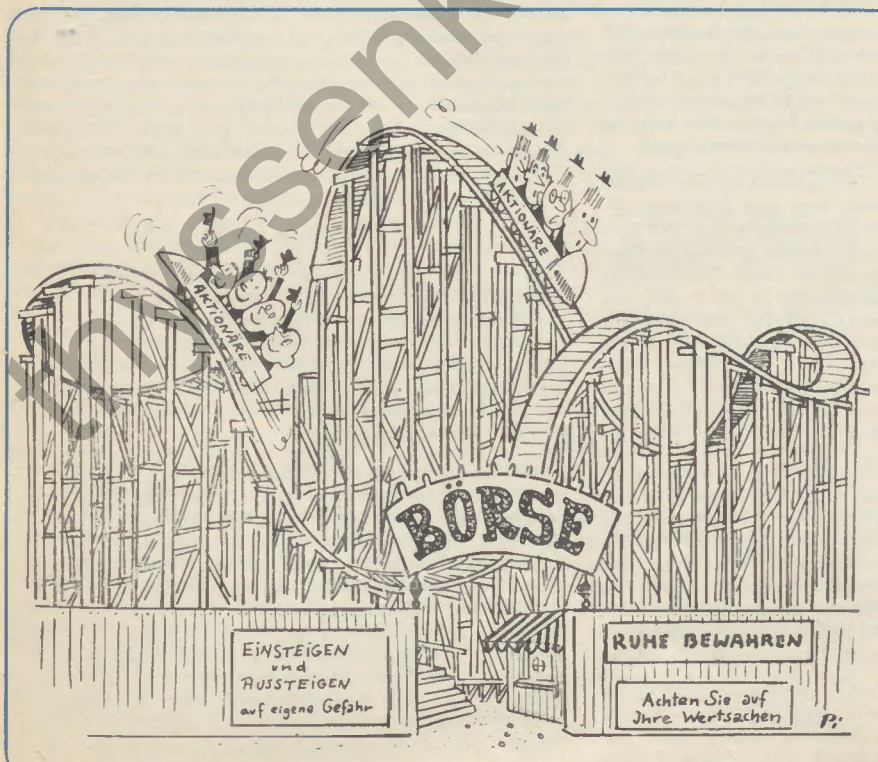
Albert Ruschmeier



Hans Schmitz



Johannes Stappert



Lieschen Müller und die Börse

Er habe in der vorigen Hauptversammlung die Unklugheit besessen, auf den neuralgischen Punkt des Aktionärsbewußtseins einzugehen: die Kurse. „Wenn ich heute wiederum darauf eingehe, so tue ich es nicht, weil ich eine Schwäche für die Kurse der Stahlaktien hätte; sie sind ohnehin schwach genug." „Heiterkeit" – verzeichnet das HV-Protokoll an dieser Stelle der Rede von Dr. Butschkau. Um so mehr ein Beweis dafür, daß Menschen selbst dann freundlich reagieren, wenn man sie auf etwas heikle Themen anspricht; es kommt nur darauf an, wie man es ihnen sagt.

„Sieh' zu, daß die HOAG-Aktien steigen", so erzählte Dr. Butschkau weiter, habe man ihm – nebenbei in völliger Verkennung einer Hauptversammlung – noch beim Verlassen des Frühstückstisches nachgerufen. Und dann die Pointe: „Was mich nur besonders neugierig macht, ist, wie das morgige Frühstück verlaufen wird!" („Erneute Heiterkeit" wird im Protokoll vermerkt.) Nun seien im letzten Jahr die Kurse nicht günstiger geworden, wenn auch das beharrliche Verhalten der Montankurse auf der Talsohle des Kursgebildes den Eindruck einer gewissen Stabilität erwecke. Dr. Butschkau ließ dann einen Kursvergleich folgen, und zwar nach vier Gruppen: Eisen schaffende Industrie, Grundstoffindustrie, Metall verarbeitende Industrie und sonstige verarbeitende Industrie. Dieser Vergleich bezog sich auf den Ultimokurs 1960 und den Oktober-Kurs 1961. Danach fielen die Kurse der Eisen schaffenden Industrie im Durchschnitt von 317 auf 245, die der Grundstoffindustrie von 308 auf 250, der Metall verarbeitenden Industrie von 850 auf 733 und der sonstigen verarbeitenden Industrie von 710 auf 578. Dabei seien die Dividenden in allen Gruppen angestiegen: Eisen schaffende Industrie von 10,6 auf 12,1, Grundstoffindustrie von 10,1 auf 11,4, Metall verarbeitende von 11,8 auf 13,4 und sonstige verarbeitende Industrie von 13,4 auf 14,9 Prozent. Das bedeute, daß die Rendite in allen Fällen gestiegen sei: Bei der Eisen schaffenden Industrie von 3,4 auf 5, bei der Grundstoffindustrie von 3,3 auf 4,5, bei der Metall verarbeitenden Industrie von 1,4 auf 1,8 und bei der sonstigen verarbeitenden Industrie von 1,9 auf 2,6 Prozent. In diesen Gruppen sei die HOAG-Aktie Spitzenreiter. (Ende Februar ließ sich eine Rendite von annähernd 6 Prozent errechnen.)

In der Tat unterscheide sich die durchschnittliche Stahlaktie zur Zeit nur dadurch von einem Rentenpapier, daß ihr nicht ein obligatorisches Schuldverhältnis, sondern ein Miteigentum an Werten der Stahlindustrie zugrunde liege.

Wie sehr auch in Bankkreisen Kopfschütteln herrscht über solcherart Überraschungen, verdeutlichte Dr. Butschkau durch den Hinweis auf ein amüsant-anschauliches Gespräch mit einem Börsenkollegen. Diesem gegenüber habe er von dem inneren Wert der Montanaktien gesprochen. Die Antwort darauf sei ein mitleidig-nachsichtiger Blick gewesen. „Als ich dann noch hinzufügte, daß ich über genaue Informationen aus der Stahlindustrie verfüge, erwiderte er dann kurz: ‚Alle Insider-Informationen sind wertlos, insbesondere dann, wenn sie richtig sind." Letztlich entscheide Lieschen Müller. Das Protokoll registriert: „Lebhafte Heiterkeit."

thyssenkrupp Corporate Archives

FRAGEN

und

ANTWORTEN

Wenn auch die diesjährige Hauptversammlung nur knapp drei Stunden dauerte, so wurde dennoch eine Reihe von Fragen gestellt und beantwortet. Unsere Aktionäre interessierten sich u. a. für die Ertragslage der Beteiligungsgesellschaften, die Situation auf dem Feinblechmarkt, das Problem der Reinhaltung der Luft sowie für die von der Gesellschaft geleisteten Spenden. Ein Aktionär stellte auch Fragen hinsichtlich des Arbeitsschutzes. Wir haben einige dieser Fragen herausgegriffen, um aufzuzeigen, um welche Art von Problemen es auf der Hauptversammlung ging.

FRAGE: Ich meine, daß wir als Aktionäre mit dem abgelaufenen Geschäftsjahr durchaus zufrieden sein können. Es herrscht zwar nicht mehr die hektische Produktionssteigerung. Die Anlagen werden nicht mehr 120prozentig ausgefahren, sondern vielleicht nur noch zu 80 Prozent. Aber das genügt ja auch. Man muß ja nicht immer in Überspannung und in hektischem Tempo leben. So meine ich, daß recht zufriedenstellend gearbeitet worden ist. Ich sehe es aus dem Versand an die Kunden. Auch hier ist noch eine Steigerung festzustellen. Aber eines scheint doch Anlaß zur Sorge zu geben, und das ist der starke Rückgang im Verkauf von Feinblechen. Da meine ich, daß hier einmal den Ursachen nachgegangen werden sollte...

ANTWORT (Direktor Siering): Der Feinblechmarkt war im letzten Jahr erstaunlich schwach. Das hängt mit dem Zuwachs der großen Warmband-Kapazitäten zusammen, die erst in den Bedarf hineinwachsen müssen. Wie Herr Butschkau in seiner Rede schon erwähnt hat, ergibt sich für uns auf dem Feinblechgebiet aber auch technisch ein Problem. Unsere alten Straßen werden auf lange Sicht gesehen aus rein technischen Gründen nicht mehr in der Lage sein, den Qualitätsansprüchen zu genügen. Herr Dr. Butschkau hat über unsere Überlegungen, gemeinsam mit anderen Werken Abhilfe zu schaffen, ja bereits berichtet.

FRAGE: Was wir auch hier in diesem Kreise anerkennen sollten, das sind die Anstrengungen, die der Vorstand zur Reinhaltung der Luft macht. Reinhaltung kann man eigentlich nicht sagen, denn die Luft ist ja nicht sauber. Sagen wir: um Verbesserungen in der Luft. Diese Anstrengungen sollten intensiv fortgesetzt werden, und ich glaube, das dürfen wir auch wohl erwarten. Welche Aufwendungen wurden von der HOAG bisher auf diesem Gebiet getätigt?

ANTWORT (Direktor Siering): Mit dem Bergbau zusammen haben wir für die Luftreinhaltung bis zum 30. September 1961 insgesamt 11,2 Mill. DM aufgewandt, und für die Wasserreinhaltung weitere 12 Mill. DM, zusammen also 23,2 Mill. DM. Ein beachtlicher Betrag. Aber die Entwicklung geht weiter.

FRAGE: Ich möchte der Verwaltung dafür danken, daß im Geschäftsbericht zum ersten Male eine genaue Übersicht der Beteiligungen gegeben wird, wodurch die Aktionäre in der Lage sind, sich ein Bild zu machen. Im übrigen stelle ich fest, daß eine Beteiligungssumme von insgesamt 27 Mill. DM irgendwie in näherer Zukunft einmal einen entsprechenden Ertrag erwarten lassen muß. Wie sieht es mit den Beteiligungen im einzelnen aus?

ANTWORT (Direktor Siering): Ich darf mich vielleicht darauf beschränken, zu den großen Beteiligungen einiges zu sagen. Zunächst zur Ruhrchemie AG, Oberhausen-Holten: Sie wissen, daß die Ruhrchemie in einem großen Umstellungsprozeß begriffen ist und daß wir vor einigen Jahren mit unseren beiden Partnern Mannesmann AG und Farbwerke Hoechst AG die Ruhrchemie sanieren mußten. Die Sanierung hat vollen Erfolg gehabt. Die Ruhrchemie hat in den letzten beiden Jahren Überschüsse erzielt, die wir aber noch nicht zur Ausschüttung benutzt, sondern zur Verstärkung der eigenen Mittel in der Gesellschaft belassen haben. Die Aussichten des laufenden Jahres beurteilen wir durchaus optimistisch, trotzdem zu berücksichtigen ist, daß auf dem Düngemittelsektor — die Ruhrchemie ist ein großer Stickstoffhersteller —, was die Preise angeht, die Lage nicht sehr günstig ist.

Zur Gutehoffnungshütte Schwerte GmbH ist zu sagen, daß diese Beteiligung, die wir mit der GHH gemeinsam führen, noch im Aufbau ist. Die Gesellschaft wird etwa ab 1. April des laufenden Jahres in die volle Produktion gehen. Wir beurteilen auch hier die Aussichten sehr günstig.

Zur Hansa-Rohstoffverwertungs-GmbH: Die Gesellschaft, die wir mit Krupp zusammen betreiben, hat in den letzten Jahren verdient. Sie kennen aber alle die Schwierigkeiten, die mit der Liquidation der Brüsseler Kasse zusammenhängen. Es läuft beim Hohen Gerichtshof eine Vielzahl von Prozessen über die Klärung der Finanzverhältnisse dieser Einrichtung. Wir haben es daher für richtig gehalten, auch hier die Überschüsse, die erzielt worden sind, zur Rücklagenbildung zu benutzen.

Das wäre zu unseren großen Beteiligungen zu sagen.

FRAGE: In der Hauptversammlung am 28. Januar 1960 wurde unter Beteiligungen auch die Société Anonyme des Mines in Fort Gouraud mit einem Aufwand von einer halben Million DM angegeben, der damals auf 1 DM abgeschrieben wurde. Zu dieser Beteiligung meine Frage: Wie steht es heute mit dieser Beteiligung und ihren Erzlieferungen?

ANTWORT (Direktor Siering): Die Société Anonyme des Mines in Fort Gouraud (Nordafrika) war eine Studiengesellschaft, an der wir uns ursprünglich beteiligt hatten. Die Verhältnisse auf dem Erzgebiet haben sich aber grundlegend geändert, so daß wir unser Interesse an dieser Entwicklung zurückgezogen haben. Die Beteiligung ist auf 1 DM abgeschrieben. Wir haben unseren Anteil, der nominell noch einige hunderttausend DM wert ist, inzwischen anderen Partnern zur Verfügung gestellt, und wir hoffen, diese Beteiligung noch günstig veräußern zu können. Im einzelnen kann ich noch nichts hierzu sagen, da die Verhandlungen nicht abgeschlossen sind.

FRAGE: Das Kohleproblem, das uns alle — leider — sehr tief berührt, kommt auch in dem diesjährigen Bericht insofern zur Geltung, als innerhalb der Notgemeinschaft Deutscher Kohlenbergbau GmbH eine Ablösungsverpflichtung der HOAG besteht. Ich bitte die Verwaltung, der Hauptversammlung mitzuteilen, was bisher als Ablösung gezahlt wurde, und darüber hinaus, welche Beträge noch in Rückstellungen enthalten sind und in wieweit deren volle Inanspruchnahme zu erwarten ist.

ANTWORT (Direktor Siering): Zur Notgemeinschaft Ruhrbergbau. Zur Ablösung der Verpflichtungen sind rd. 300 Mill. DM vom gesamten Bergbau aufzubringen. An dieser Summe sind wir mit 9,8 Mill. DM beteiligt. Davon sind 3,5 Mill. DM inzwischen bezahlt. Es bleibt also noch ein Restbetrag in Rückstellung. Wir erwarten, daß dieser Betrag auch noch in Anspruch genommen wird. Wann und in welchem Rhythmus, darüber können wir Genaueres zur Zeit nicht sagen.

FRAGE: Es befindet sich in der Bilanz ein Posten über 46100 DM eigene Aktien. Es ist nicht geklärt, warum diese eigenen Aktien gehalten werden. Zur Kurspflege kann es ja wohl nicht sein, dazu ist der Posten zu gering. Wenn kein Grund vorliegt, sollte das Grundkapital um diesen Betrag ermäßigt werden?

ANTWORT (Direktor Siering): Dabei handelt es sich um einen Bestand, der aus der Kapitalerhöhung übriggeblieben ist. Der Betrag ist relativ klein, und wenn wir diese Aktien bisher festgehalten haben, so wollten wir die Börse mit dem kleinen Betrag nicht noch weiter beunruhigen. Eine Kapitalherabsetzung um diesen kleinen Betrag kommt ja wohl nicht in Frage, denn das würde verhältnismäßig hohe Kosten verursachen. Bei Gelegenheit werden wir diese Aktien auf den Markt bringen.

FRAGE: Ich bitte um Mitteilung, wie hoch die Spenden — auch bei den Beteiligungen und Tochtergesellschaften — sind, und bitte, die einzelnen Spendenempfänger mitzuteilen mit der Höhe der jeweiligen Spenden.

ANTWORT (Direktor Siering): Die Spenden setzen sich aus einer Vielzahl von Einzelbeträgen zusammen. Vor allen Dingen unterstützen wir sehr stark die Oberhausener Krankenhäuser, die teilweise Etatschwierigkeiten haben, um moderne Einrichtungen in den Krankenhäusern selbst aus Etatmitteln bezahlen zu können. Bei den engen Verbindungen unseres Werkes zu den Krankenhäusern haben wir uns verpflichtet gefühlt, hier im Rahmen unserer Möglichkeiten einzuspringen.

(Beifall.)

Zahlungen an politische Verbände sind nicht geleistet worden, auch nicht an Parteien. Wie hoch bei unseren Beteiligungsgesellschaften die Spenden sind und wer die einzelnen Spendenempfänger sind, ist uns nicht bekannt.

(Eine Liste der Spendenempfänger und der Höhe der Spendenbeträge wurde später verlesen.)

FRAGE: Ein sehr schwerwiegendes Problem, das auch der Aufsichtsratsvorsitzende eingehend dargestellt hat, sollte viel mehr in die breite Öffentlichkeit getragen werden. Es handelt sich darum, daß gerade die Bundesrepublik zu den Ländern gehört, in denen nicht nur die Straßenunfälle eine ungeheure Höhe erreicht haben, sondern auch in den Betrieben steigende Unfallzahlen zu verzeichnen sind, die unmittelbar den Ertrag der Volkswirtschaft und damit auch jedes einzelnen Aktionärs angehen sollen. Sie verursachen vielfach menschliches Leid, verringern die Leistungen des Betriebes, so daß ihre Verhütung ein Anliegen von höchster Bedeutung für uns alle ist. Es ist erfreulich, daß die Verwaltung dieses Problem etwas eingehender behandelt und ein weiteres Absinken der Unfallzahlen melden kann. Die beachtliche hohe Zahl der Unfallhäufigkeit je 1 Mill. geleistete Arbeitsstunden von 108 in der Bundesrepublik gegenüber nur 3 in den USA muß uns allen zu denken geben und zeigt uns, daß die Bundesrepublik in diesem Punkt kein Wunderland ist. Hier ist noch viel Kleinarbeit nötig, um uns allen das Eichenlaub der Unfallverhütung zuzuerkennen. Um uns allen dieses Problem in seiner ganzen Tragweite näherzubringen, stelle ich folgende Fragen: Wie hoch ist die materielle Belastung durch Arbeitsausfälle mit zusätzlichen Kosten usw.? Im vorletzten Jahr und im letzten Jahr? — Wie hoch ist die Zahl der Betriebsunfälle in den gleichen Jahren? — Welche weiteren Maßnahmen sind geplant, um die Menschen im Betrieb zum Sicherheitsverhalten anzuhalten? — Sind die Methoden in den USA in ihren Einzelheiten bisher von der Verwaltung hinreichend studiert worden und sind sie bei uns anwendbar? — Was tut die Berufsgenossenschaft? — Es ist uns allen bekannt, daß das Versicherungsprinzip in Deutschland zur Blüte getrieben worden ist. Die Berufsgenossenschaften scheinen sich heute nach wie vor darauf zu beschränken, wenn Unfälle eingetreten sind, für die Folgen dann die Zahlungen zu leisten. Es wäre viel vernünftiger, wenn die Berufsgenossenschaften sich mit den Betrieben abstimmen würden, um diesem verheerenden Verlust der deutschen Volkswirtschaft ein Ende zu bereiten.

(Unruhe im Saal.)

Leider haben viele Aktionäre für dieses Problem nicht das notwendige Verständnis. Denn die Tatsache, daß hier heute auf die der deutschen Stahlindustrie durch Unfälle entstehenden besonderen negativen Auswirkungen und konkurrenzschmälernden Nachteile hingewiesen wurde, müßten veranlassen, daß in sämtlichen Hauptversammlungen der Stahlunternehmen alle Aktionäre sich geschlossen hinter diese Forderungen stellten.

ANTWORT (Arbeitsdirektor Strohmenger): Ich glaube, wir sind Ihnen allen dankbar für das Interesse, das sie dem Problem der Unfallverhütung entgegenbringen. Ich bin es jedenfalls im besonderen Maße. Ich glaube, eine präzise Antwort auf Ihre vielen Fragen würde allerdings den Rahmen dieser Hauptversammlung zu sehr sprengen. Wenn Sie damit einverstanden sind, werden wir Ihnen diese Fragen in einem persönlichen Gespräch sehr eingehend beantworten. Wenn ich nämlich hier in Einzelheiten der Unfallverhütung einsteigen würde, wie Sie es anregen, dann hätten wir uns eine Stunde zu unterhalten, und das scheint mir für die anwesenden Damen und Herren hier in der Hauptversammlung nicht zumutbar.

ZURUF DES AKTIONÄRS: Einverstanden.

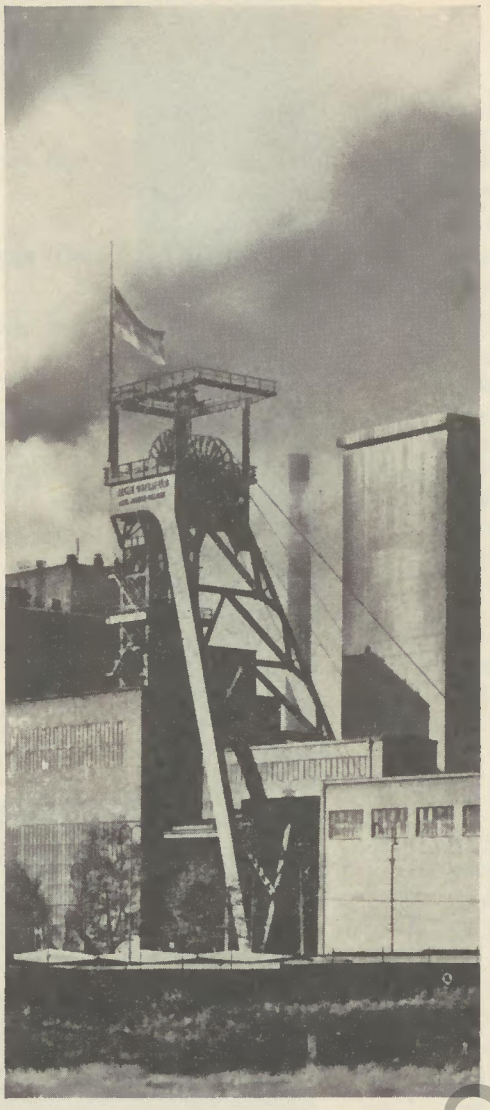
ThyssenKrupp Corporate Archives

Das gehört zur Allgemeinbildung

Woran denken die Menschen, wenn Sie von der sogenannten Allgemeinbildung sprechen? Meistens haben sie dabei Goethes „Faust" oder Hauptmanns „Weber" im Sinn oder Bilder von Pablo Picasso und Paul Klee oder die Zwölftonmusik, vielleicht auch einiges aus dem Gebiete der Naturwissenschaften: wer zu erklären vermag, wieso eine Fliege fähig ist, an der Stubendecke entlangzulaufen, wer weiß, daß die Atombombe von Hiroschima auf die von Professor Hahn entdeckte Kernspaltung des Uranatoms zurückzuführen ist, der ist ein gebildeter Mensch. Auf die wirtschaftlichen Dinge aber verzichtet die Allgemeinbildung in der Regel. Die Schule bekümmert sich überhaupt kaum um Wirtschaft, Wirtschaftskunde, wirtschaftliche Bildung. Das ist um so merkwürdiger, als jeder doch für seine eigene Person, in seinem täglichen Tun und Lassen in engster Verbindung mit der Wirtschaft steht — und sei es auch „nur" als „Verbraucher".

Hans Otto Wesemann in der WDR-Sendereihe „Soll und Haben".

Wer heutzutage ein gewisses Maß an Bildung für sich in Anspruch nehmen will, der wird sich wohl oder übel auch mit wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen befassen müssen. Unseren Mitarbeitern dabei zu helfen, ist das Ziel der vorliegenden Ausgabe. Gleichermaßen zum Nutzen für die Belegschaft sowie für das Unternehmen wird durch eine solche Information versucht, das Verständnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die Entwicklung des Werkes zu vertiefen. Gute Zusammenarbeit im Betrieb setzt viel gegenseitiges Verständnis voraus. Ein solches Verständnis bedingt aber eine gewisse Kenntnis von den Lebensgrundlagen eines wirtschaftlichen Unternehmens.



Fahnen wehten auf halbmast

293 Bergleute der Zeche Luisenthal in Völklingen sind bei einer Schlagwetterexplosion ums Leben gekommen. Ein furchtbares, ein grausames Unglück, das die saarländischen Bergarbeiter heimgesucht und die ständige Gefährlichkeit des Bergmannsberufes mit brutaler Offenheit deutlich gemacht hat. Von den 480 Bergleuten, die am Morgen des 7. Februar zur Frühschicht einfuhren, kamen weit über die Hälfte nicht mehr lebend ans Tageslicht. Unter dem Eindruck der Katastrophe stehend, fällt es schwer, die rechten Worte der Trauer und der Anteilnahme zu finden.

Auch auf unseren Zechen wehten die Fahnen auf halbmast. Als Angehörige eines Unternehmens, das zu den ältesten Bergbaubetrieben an der Ruhr gehört und dessen Belegschaft zur Hälfte aus Bergleuten besteht, fühlen wir uns den von dem Unglück Betroffenen besonders verbunden. Unsere Anteilnahme mag noch so tiefempfunden sein, sie wird jedoch nur schwerlich jenes Leid und jene Trauer mildern können, die nach dem Unglück von Luisenthal einmal mehr in viele Bergarbeiterfamilien eingezogen sind. Die Opfer der Schachtanlage mahnen uns alle.

In einer tiefergreifenden Feierstunde nahm Deutschland Abschied von den Toten von Luisenthal. Bundespräsident Dr. Lübke sprach den Angehörigen die Anteilnahme des ganzen Volkes aus. „Das ganze deutsche Volk fühlt sich in der Gemeinschaft der Leidtragenden, der Eltern, der Frauen und Kinder und der Arbeitskameraden der Verunglückten. Denn die Männer, deren Lebensweg hier das Ende gefunden hat, haben für uns alle ihren schweren Beruf ausgeübt." Lübke appellierte angesichts des ungeheueren Ausmaßes der Katastrophe auch an die für die Sicherheit Verantwortlichen, in allen Fragen der Sicherheit „übertriebene Sorgfalt" walten zu lassen. Die Ehrfurcht, mit der wir uns vor den toten Kameraden von der Saar verneigen, bedeutet zugleich eine Verpflichtung für uns Lebenden. Die Sicherheit sowohl in unseren Bergbaubetrieben als auch auf der Hütte, wovon im Zusammenhang mit dem Jahresabschluß des letzten Geschäftsjahres gerade in dieser Ausgabe wiederholt die Rede ist, muß Richtschnur allen Handelns sein. **S.**

Die gesetzlichen Vorschriften des Jahresabschlusses

Die Bilanz soll den Betrieb durchschaubar machen

Wie lese ich eine Bilanz? — — Diese Frage haben wir in Verbindung mit den Jahresabschlüssen der letzten Jahre wiederholt ausführlich erläutert. Wir wollen uns deshalb diesmal mehr mit den gesetzlichen Vorschriften des Jahresabschlusses befassen.

Für alle Kaufleute — gleich, ob juristische oder natürliche Personen — gelten die Vorschriften, die im Ersten Buch des Handelsgesetzbuches unter der Überschrift „Handelsbücher" in den Paragraphen 38 bis 47 für die Buchführung und die Bilanzierungspflicht zu finden sind. Dort ist gesagt, daß jeder Kaufmann zur Buchführung verpflichtet ist und am Ende des Geschäftsjahres eine Bilanz aufzustellen hat. Für die juristischen Personen (AG, KG, KG auf Aktien, GmbH) sind darüber hinaus jeweils in den Spezialgesetzen Sonderbestimmungen erlassen. So regelt das „Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz)" vom 30. Januar 1937 in seinem Fünften Teil (Rechnungslegung) und den Paragraphen 125 bis 144 für die AG den Jahresabschluß, die Gewinnverteilung, den Geschäftsbericht, die Prüfung des Jahresabschlusses und seine Bekanntmachung. Wer sich über Einzelheiten informieren will, dem wird empfohlen, in dem genannten Gesetz nachzuschlagen. An dieser Stelle soll auf die gesetzlichen Regelungen nur in kurzer Zusammenfassung eingegangen werden.

Als Leitmotiv der aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften kann § 129 AktGes. angesehen werden, in dem es heißt: „Der Jahresabschluß hat den Grundsätzen ordentlicher Buchführung zu entsprechen. Er ist so klar und übersichtlich aufzustellen, daß er einen möglichst sicheren Einblick in die Lage der Gesellschaft gewährt."

Drei Monate nach Abschluß des Geschäftsjahres muß der Vorstand den Jahresabschluß aufstellen und dem Aufsichtsrat vorlegen. Dabei brauchen Kalenderjahr und Geschäftsjahr zeitlich nicht übereinzustimmen. Bei der HOAG läuft das Geschäftsjahr bekanntlich vom 1. Oktober bis zum 30. September des folgenden Jahres. Durch die Satzung einer Aktiengesellschaft kann die Vorlegungsfrist verlängert werden, aber nicht über fünf Monate hinaus. Binnen eines Monats nach Vorlegung hat sich der Aufsichtsrat gegenüber dem Vorstand über den Jahresabschluß zu erklären. Im Billigungsfall gilt der Jahresabschluß als festgestellt, Vorstand und Aufsichtsrat können sich jedoch für eine Feststellung durch die Hauptversammlung — die Versammlung der Aktionäre — einigen. Ist der Aufsichtsrat mit dem Jahresabschluß nicht einverstanden, so kann dieser nur durch die Hauptversammlung festgestellt werden. Die Hauptversammlung muß in den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres stattfinden. Auch diese Frist kann verlängert werden, aber nicht über sieben Monate hinaus. In jedem Falle hat der Vorstand den Jahresabschluß mit dem Bericht des Aufsichtsrats der Hauptversammlung vorzulegen.

Auch über die Gewinnverteilung der AG beschließt die Hauptversammlung innerhalb der genannten Fristen. Für diese Gewinnverteilung (Dividende) muß der Vorstand dem Aufsichtsrat einen Vorschlag vorlegen, der dann mit der Stellungnahme des Aufsichtsrats der Hauptversammlung zuzuleiten ist. Die Hauptversammlung ist an den mit Billigung des Aufsichtsrats vorgelegten Jahresabschluß gebunden. Sie braucht jedoch den Reingewinn gar nicht oder nur teilweise zu verteilen.

Dem Jahresabschluß der AG muß ein vom Vorstand verfaßter Geschäftsbericht beiliegen, aus dem die Lage der Gesellschaft hervorgehen muß. Außerdem muß der Geschäftsbericht den Jahresabschluß erläutern. Die AG ist auch verpflichtet, eine gesetzliche Rücklage zu bilden. Zu diesem Zweck muß mindestens der 20. Teil des jährlichen Reingewinns auf Rücklage gebucht werden, bis diese gesetzliche Rücklage mindestens den 10. oder den in der Satzung bestimmten höheren Teil des Grundkapitals erreicht.

Der Jahresabschluß muß durch einen oder mehrere von der Hauptversammlung gewählte Abschlußprüfer geprüft werden. Dazu dürfen nur öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer oder Wirtschaftsprüfungs-Gesellschaften herangezogen werden, die weder Angestellte der Gesellschaft noch Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrats sind. Die Abschlußprüfer haben das Ergebnis ihrer Prüfung in einem schriftlichen Bericht niederzulegen und diesen dem Vorstand und dem Aufsichtsrat vorzulegen.

Um den Wert der Bilanzen in bezug auf ihre Auswertbarkeit zu erhöhen, schreibt das Aktiengesetz sogar eine ganz bestimmte Bilanzgliederung vor, die ziemlich tiefgreifend ist, und von den Aktiengesellschaften bei der Aufstellung ihrer für die Veröffentlichung bestimmten Jahresbilanz beachtet werden muß. Dieses Schema liegt somit auch unserer auf der nächsten Seite abgedruckten Bilanz zugrunde. Wir haben dafür eine vereinfachte anschauliche Darstellung gewählt, die ein leichteres Verständnis ermöglicht.

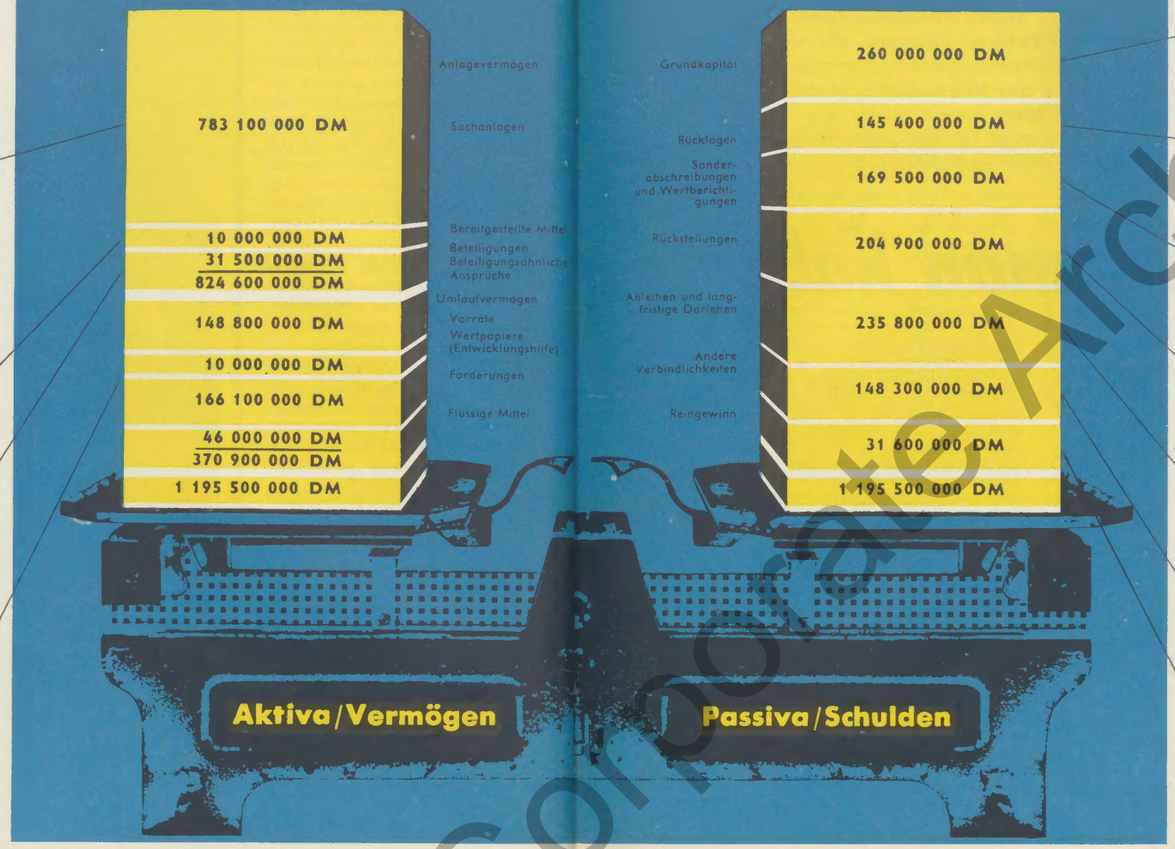
Die in der Bilanz ausgewiesenen Vermögens- und Kapitalwerte sind nun in mannigfacher Weise auswertbar. Je tiefer die einzelnen Bilanzposten gegliedert sind, um so eher kann sich der Leser einer solchen Bilanz einen Einblick in das Betriebsgeschehen verschaffen und beurteilen, ob alle Bilanzgruppen harmonisch auf die Erfordernisse des Betriebes abgestimmt sind.

So kann sich der Leser einer Bilanz auf Grund der vorgefundenen Bilanzstruktur auch ein Urteil darüber bilden, ob das Unternehmen finanziell gesichert ist, d. h. ob genügend Eigenkapital vorhanden ist, um auch in Zeiten eines schlechteren Geschäftsganges eine ausreichende Deckung der vorhandenen Werte zu gewährleisten. Da gerade in solchen Krisenzeiten der Absatz stark zurückgeht, die Zahlungen auf außenstehende Forderungen nur zögernd eingehen, möglicherweise sogar größere Verluste entstehen, auf der anderen Seite Kredite aber nur schwer oder überhaupt nicht zu haben sind, und außerdem hohe Zinsverpflichtungen mit sich bringen, ist es wichtig, daß zumindest der größte Teil des Anlagevermögens oder Eigenkapitals gedeckt ist. Eine Gegenüberstellung dieser beiden Posten zeigt, inwieweit das der Fall ist. Aufschlußreich ist vor allem ein Vergleich der einzelnen Bilanzposten über verschiedene Geschäftsjahre.

So viel über die wichtigsten gesetzlichen Bilanzvorschriften für die Aktiengesellschaft und die Auswertbarkeit der Bilanz. Wir haben gesehen, daß der Gesetzgeber dem Aktionär — also dem Geldgeber der AG — weitgehende gesetzliche Sicherungen zubilligt. Gegenwärtig befindet sich eine sogenannte Aktienrechtsreform in Vorbereitung, die wesentliche Änderungen des Gesetzes vorsieht. So hat sich in diesen Tagen der Bundestag in erster Lesung mit dem Entwurf der Bundesregierung für ein neues Aktiengesetz und ein dazugehöriges Einführungsgesetz beschäftigt. Dadurch soll die Stellung der Aktionäre gegenüber den Gesellschaften weiter verstärkt werden.

ThyssenKrupp Corporate Archives

UNSERE BILANZ



Bergbau
Die Berechtsame mit Grubenfeldern von insgesamt rd. 100000000 qm, 13 Tagesschächte mit den Zechen Osterfeld, Jacobi, Franz Haniel, Sterkrade und Hugo Haniel, 2 Kokereien, 2 Kohlenwertstoffgewinnungsanlagen mit Schwefelsäurefabriken, 3 Kraftwerke und 1 Teerdestillation bilden den Grundstock der Anlagen des Bergbaus.

Hütte
Zwei Hochofen-Anlagen mit insgesamt 9 Öfen sowie Erzaufbereitungsanlagen, 1 Thomas-Stahlwerk, 2 Siemens-Martin-Stahlwerke, 1 Rotor-Stahlwerk, 2 Block-Walzwerke, 1 Halbzeugstraße, 1 schwere Profilstraße, 1 Stabstahl-Walzwerk, 1 Feineisenstraße, 1 Draht-Walzwerk, 1 Radsatzschmiede, 2 Grobblech-Walzwerke, 1 Mittelblechwalzwerk, 1 Feinblechwalzwerk, 1 Preßwerk und 1 Zement- und Hüttensteinfabrik nebst Energie- und sonstigen Hilfsbetrieben in Oberhausen sowie das Drahtwerk in Gelsenkirchen bilden die Grundlage der Werksanlagen der Hütte.

Hierbei handelt es sich um vorrübergehend angelegte flüssige Mittel, die für Investitionszahlungen vorgesehen sind.

Zu den wesentlichen Beteiligungen gehören die Ruhrchemie Aktiengesellschaft, Oberhausen-Holten, die Gutehoffnungshütte Schwerte GmbH, Oberhausen, und die Hansa-Rohstoffverwertung GmbH, Düsseldorf; sie dienen u. a. der Gasverbundwirtschaft, der Weiterverarbeitung und der Rohstoffversorgung.

Seit der Währungsreform erhöhten sich die Vorräte (einschl. Anzahlungen) des Gesamtunternehmens im Zusammenhang mit der Ausweitung des Geschäftsumfangs um rd. 110000000 DM. Zur Unterstützung der Entwicklungsländer wurden in 1960/61 10000000 DM von der 5%igen Anleihe der Bundesrepublik Deutschland (Entwicklungshilfe) gezeichnet. Insgesamt gesehen ist das Umlaufvermögen beträchtlich höher als die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Das Grundkapital erfuhr in 1960/61 keine Veränderung.

Die Rücklagen dienen der Stärkung des Eigenkapitals der Gesellschaft und sind teilweise zur Deckung des Gegenwartswerts der Vermögensabgabe von 117700000 DM bestimmt.

Diese Posten stellen Berichtigungen zu den Sachanlagen und zum Umlaufvermögen dar. Etwa 40% dieses Betrages sind als Eigenkapital anzusehen.

Hierin sind hauptsächlich Rückstellungen für Versorgungsleistungen in Höhe von 119000000 DM enthalten.

Diese langfristigen Investitionskredite werden mit unterschiedlichen Jahresraten laufend bis 1981 getilgt.

Der Posten enthält vor allem Warenschulden, erhaltene Anzahlungen sowie am Bilanzstichtag noch nicht fällige Steuern, Personalaufwendungen, Zinsen usw.

Hieraus wird die Dividende in Höhe von 12% auf das dividendenberechtigte Kapital gezahlt.

Für Investitionen (Sachanlagen) wurden seit der Währungsreform bis zum 30. September 1961 rd. 1161 000 000 DM investiert, davon durch den Bergbau rd. 405 000 000 DM und die Hütte rd. 756 000 000 DM.

Der Umsatz an die Kundschaft betrug im Berichtsjahr 1 053 000 000 DM, davon beim Bergbau 197 000 000 DM und bei der Hütte 856 000 000 DM.

Am 30. September 1961 beschäftigte das Unternehmen 29 657 Belegschaftsmitglieder, davon der Bergbau 14 252 und die Hütte 15 405.

Die Hüttenwerk Oberhausen AG verwandte im Geschäftsjahr 1960/61 je DM 100,- Umsatzerlöse einschließlich sonstiger Erträge wie folgt:

DM **45,14** Stoffaufwand einschließlich Bestandsveränderung

DM **30,35** Arbeitsaufwand

DM **9,69** Kapitalaufwand

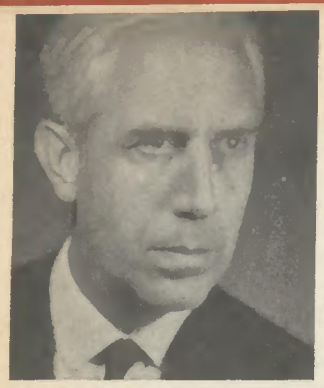
DM **9,33** Steuern

DM **2,60** Sonstiges

DM **2,89** Gewinn des Geschäftsjahres



thyssenkrupp Corporate Archives



Dr. Hans Dichgans, MdB

Die Diskussion über die Frage, ob Entwicklungsländern durch den Bau moderner Hüttenwerke geholfen wird oder nicht, ist so alt wie das Thema „Entwicklungshilfe" selbst. Zwei Meinungen stehen sich gegenüber. Die eine hält den Bau von Hüttenwerken für unzweckmäßig, weil ohne die Grundlage einer leistungsfähigen weiterverarbeitenden Industrie kein bedeutsamer Effekt erzielt werden könne, die andere glaubt an starke Ausstrahlungskräfte solcher Anlagen, die dann gewissermaßen zu einem Kern für die Bildung weiterer Industriebetriebe würden. Nun hat das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Dr. Hans Dichgans, zu dieser Frage Stellung genommen. Seine Meinung hierzu ist ein wesentlicher Beitrag zum Thema „Entwicklungshilfe", das auch bei der Hauptversammlung unserer Gesellschaft verschiedentlich anklang.

„Ein Stahlwerk müßte man haben"

Daß wir den Entwicklungsländern helfen müssen, nicht nur um ihretwillen, sondern auch um unserer selbst willen, bedarf heute keiner Begründung mehr. Die Probleme des Hungers und der Übervölkerung sind in vielen Entwicklungsländern nur durch Industrialisierung lösbar. In den großen Entwicklungsländern liegt das Kernstück solcher Industrialisierungspläne sehr oft in der Planung einer eigenen Stahlindustrie.

Die Ursachen für diese Betonung der Stahlindustrie liegen oft mehr im psychologischen als im wirtschaftlichen Bereich. Die Rohstahlerzeugung gilt international als die wichtigste Meßziffer für den Vergleich der Wirtschaftskraft großer Industrieländer, weil sie sehr anschaulich ist, anschaulicher z. B. als der Verbrauch von Kilowattstunden, dessen Kennzeichnungskraft wohl größer wäre. Auch die Anschaulichkeit der Erzeugungsvorgänge fördert das Interesse an der Stahlindustrie. Die Flammen an der Mündung des Thomaskonverters, der flüssige Stahl, der in mächtigem Strahl in die Pfanne stürzt, das glühende Breitband auf dem Weg durch eine Reihe von Walzgerüsten liefern höchst eindrucksvolle Bilder. Die Besichtigung eines Stahlwerks spricht nicht nur den Verstand, sondern auch das Gefühl an, und der hohe Besucher, der die Industrialisierung seines Landes planen soll, fährt nach Hause mit dem Wunsch: „Ein Stahlwerk müßte man haben."

Ziel: Möglichst viele Arbeitsplätze

Wirtschaftliche Überlegungen rechtfertigen diese Vorliebe nicht ganz. In den meisten Entwicklungsländern ist das wichtigste Ziel der Industrialisierung, möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen. Arbeitsplätze in Stahlwerken sind aber sehr kostspielig, weil die Stahlindustrie besonders kapitalintensiv ist. In einem neuzeitlichen gemischten Hüttenwerk liegen die Kosten eines Arbeitsplatzes zwischen 200000 DM und 300000 DM. Mit solchen Aufwendungen lassen sich in anderen Industrien viel mehr Arbeitsplätze schaffen.

Die hohe Kapitalintensität der Stahlindustrie führt auch dazu, daß sich der Vorteil billiger Arbeitskräfte, die in den meisten Entwicklungsländern zur Verfügung stehen, nicht auswirkt. Bei den neuzeitlichen gemischten Hüttenwerken kann der Lohnanteil an den Kosten, errechnet unter deutschen Erzeugungsbedingungen, auf weniger als 10 Prozent sinken, so daß billige Arbeitskraft heute für Stahlwerke keinen Standortvorteil mehr darstellt.

Nicht unbedingt Hüttenwerke

Ein weiteres Problem liegt in der Bereitstellung leistungsfähiger Bedienungsmannschaften. Selbst in historischen Industrieländern hat sich gezeigt, daß altgediente Hüttenarbeiter oft nicht an den Steuerungsbühnen neuzeitlicher Anlagen eingesetzt werden können. Um wieviel schwerer muß das einheimischen Arbeitskräften fallen, die noch nie in der Industrie gearbeitet haben. Das hat nichts mit der technischen Begabung zu tun. Im Altertum haben Chinesen, Inder und Ägypter technische Leistungen vollbracht, die weit über den damaligen technischen Leistungen nordeuropäischer Völker lagen. Für die praktischen Aufgaben, die heute zu leisten sind, ist aber neben der technischen Begabung noch technische Erfahrung notwendig, die nur in Ausnahmefällen durch Kurzkurse bei fremden Hüttenwerken erworben werden kann.

Das sind die Bedenken, die dagegen sprechen, die Industrialisierung mit dem Bau großer Hüttenwerke zu beginnen. Wettbewerbsgedanken, etwa der Schutz des Absatzes der deutschen Stahlwerke, spielen dabei keine Rolle. Im Gegenteil, es hat sich immer wieder gezeigt, daß eine energische Industrialisierung, wie sie sich im Bau großer Stahlwerke ausdrückt, den Einfuhrbedarf für Stahl, sei es in Form von Walzstahl, sei es in der Form von Fertigerzeugnissen der Eisen verarbeitenden Industrie, nicht vermindert, sondern erhöht: Die Steigerung eines niedrigen Lebensstandes führt zunächst zu einer überproportionalen Steigerung der Marktversorgung mit Stahl.

Die Überlegungen jeder Stahlplanung beginnen mit einer Untersuchung der Rohstoffgrundlagen. Eisenerz ist in vielen Ländern der Welt in ausreichender Menge und Güte vorhanden. Kohlevorkommen, die brauchbaren Hochofenkoks liefern, sind schon seltener, aber Hochofenwerke gehören nicht notwendig zum Bestand einer neuen Stahlindustrie. Rennöfen und Niederschachtöfen ermöglichen in manchen Ländern Lösungen, um ohne Hochöfen auszukommen.

Aber auch ein Stahlwerk gehört nicht notwendigerweise zum Anfangsbestand neuer Hüttenwerke. Die Überlegungen, die im ersten Abschnitt dargestellt worden sind, sprechen in manchen Fällen dafür, zunächst mit dem Bau kleinerer Walzwerke zu beginnen, die geringere Anforderungen an den Kapitalbedarf und an die Bedienungskunst stellen. Seit Jahrzehnten gibt es in vielen Hafenstädten des Orients Walzwerke, die Betonstahl oder ähnliche Erzeugnisse mit einfachen Mitteln aus gekauftem Halbzeug oder auch aus Abwrackschrott herstellen. Das ist ein fruchtbarer Ansatzpunkt. Man sollte überlegen, ob man nicht ältere Walzenstraßen, die in Europa wegen des hohen Lohnaufwandes nicht mehr wirtschaftlich sind, den Entwicklungsländern zu einem geringen Preise überlassen sollte. Bei der heutigen Marktlage können langfristige Verträge die Versorgung mit Halbzeug solcher Werke zu Preisen sichern, die meist unter den möglichen eigenen Erzeugungskosten der Entwicklungsländer liegen.

Kleinere Betriebe sind wichtiger

Wenn solche Walzwerke dann befriedigend arbeiten, läßt sich später ein Siemens-Martin- oder ein Elektrostahlwerk vorschalten. Im Laufe der Zeit können die alten Walzwerke durch neue ersetzt werden, und das neuzeitliche gemischte Hüttenwerk, das heute oft als Beginn der Industrialisierung geplant wird, ist dann das organisch gewachsene Schlußergebnis einer längeren Entwicklung.

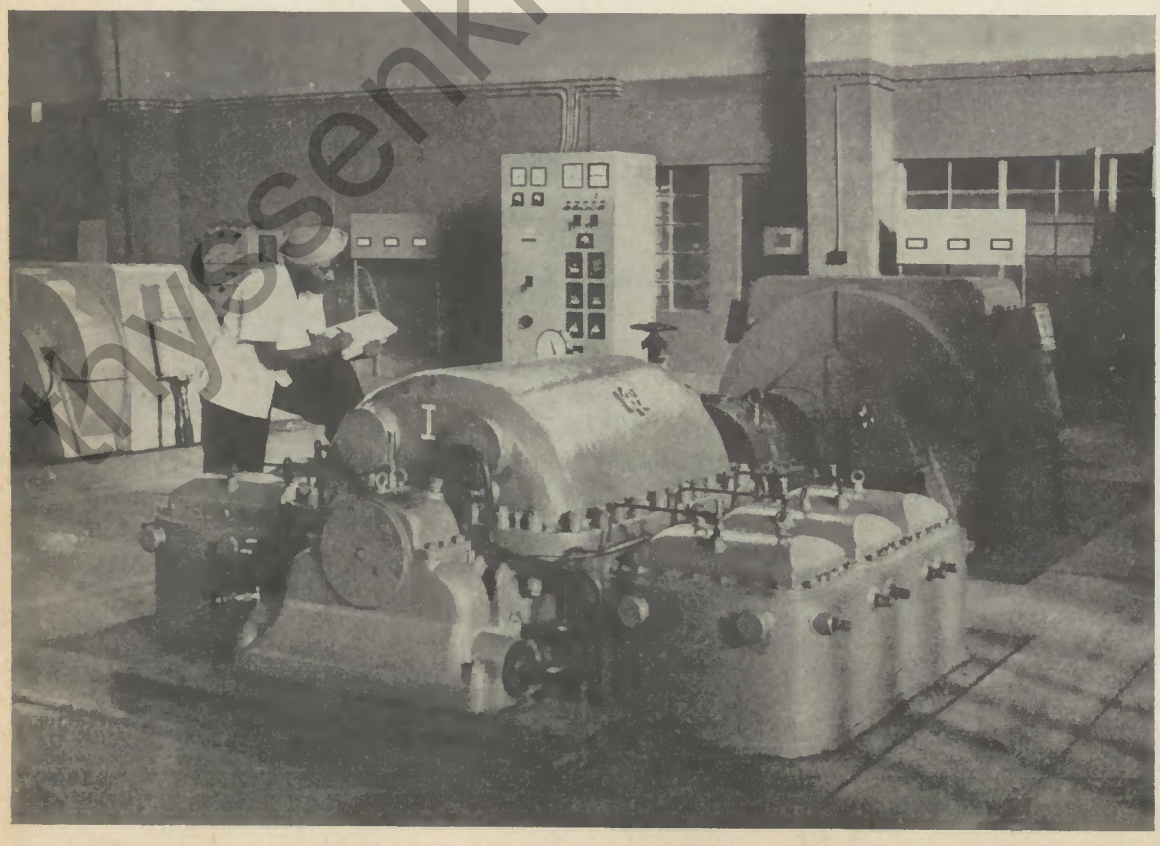
Ein solches Vorgehen hat verschiedene Vorteile. In kleineren Werken können die einheimischen Arbeitskräfte in das Neuland der industriellen Fertigung eingeführt und technisch geschult werden. Im kleinen Betrieb finden aber auch die Unternehmer die notwendige Schulung, was gerade in den Entwicklungsländern notwendig ist, in denen der Gedanke des Unternehmertums noch der Förderung bedarf. Manche Entwicklungsländer, z. B. Pakistan, bemühen sich systematisch um eine solche Förderung. Der Staat errichtet kleinere Fabriken und bringt sie in Gang. Wenn sich der zukünftige Unternehmer überzeugt hat, daß er eine rentable Anlage erwerben kann, kauft er sie dann. Der Staat beschafft sich auf diese Weise Mittel für weitere Industrialisierung, und der Unternehmer kann sich daran machen, den bisherigen Staatsbetrieb auszubauen. Das ist eine sehr fruchtbare Entwicklung. Im Stahlbereich ist sie aber nur für kleinere Walzwerke, nicht für Großanlagen zu erreichen, und auch das spricht dafür, mit kleineren Einheiten zu beginnen.

Kleinere Werke liegen auch eher im Bereich der Möglichkeit privater einheimischer Finanzierung, die niemals in der Lage wäre, die Mittel für ein neuzeitliches gemischtes Hüttenwerk zu beschaffen. Neue Großunternehmen werden in Entwicklungsländern fast immer Staatsunternehmen sein. Der private Unternehmer wird jedoch erfahrungsgemäß gerade in den Entwicklungsländern oft besser mit den zahllosen kleinen Schwierigkeiten des Anlaufs und des Aufbaus fertig als der staatliche Großbetrieb.

Produktionskraft ist entscheidend

Die Kapitalhilfe, die das kleinere Unternehmen benötigt, läßt sich auch im Rahmen der Entwicklungshilfe befriedigend organisieren, vielleicht sogar nutzbringender als bei den übergroßen Vorhaben, deren Finanzierungsformen im Rahmen der Entwicklungshilfe von Geschenken oft kaum zu unterscheiden waren.

Ob der Wert solcher Geschenke genügend gewürdigt wird, ist zweifelhaft. Wenn das Entwicklungsland selbst nur geringe Mittel aufzuwenden hat, so bemühen sich die Beteiligten vielleicht auch nicht genügend darum, den geschenkten Wert gewinnbringend zu verwalten und zu vermehren. Was die Entwicklungsländer brauchen, ist nicht das formelle



◀ Blick in den Maschinenraum der Sauerstoffanlage des neuen indischen Hüttenwerkes Rourkela. Die Anlage arbeitet mit Turbo-Kompressoren der Gutehoffnungshütte Sterkrade.

ThyssenKrupp Corporate Archives

Volleigentum an Stahlwerken, sondern deren Produktionskraft. In einigen Ländern sind bereits Formen der Partnerschaft entwickelt worden, die die Interessen des Entwicklungslandes und der Kreditgeber in ausgewogenem Maße nebeneinander berücksichtigen. Solche Formen sichern auch die notwendige Betreuung des Werkes im laufenden Betrieb, weil beide Partner an nachhaltigen Gewinnen interessiert sind.

Fachliche Beratung ist notwendig

Für die Kapitalhilfe müssen individuelle Formen gefunden werden. Das gleiche gilt für die Formen der Beratung. Der Sachverständige, der bei der Planung von Stahlwerken beraten soll, darf seine Aufgabe nicht nur unter dem Gesichtspunkt späterer Lieferungen sehen. Eine fruchtbare Form der Entwicklungshilfe könnte darin bestehen, daß man sich darum bemüht, einen Stab geeigneter Berater zu schaffen, die keine Interessen vertreten, aber aus ihrer reichen Erfahrung heraus sachdienliche Ratschläge geben können.

Eine besonders schwierige Frage ist die Beratung beim Anlauf und bei der späteren laufenden Betriebsführung. Die Lieferfirma stellt die Anlage betriebsbereit und hat damit ihre Vertragspflicht erfüllt. Zuweilen verpflichtet sie sich darüber hinaus noch, in einem kurzen Probelauf die Einhaltung der vertraglich versprochenen Werte nachzuweisen. Dann geht der Betrieb in einheimische Hände über. Die Lieferfirma hat auch in ihrem Mitarbeiterstab gewöhnlich keine Arbeitskräfte, die sie dem neuen Werk für längere Zeit überlassen könnte, selbst wenn man sie darum bitten würde. Das geschieht übrigens nur selten, weil die Entwicklungsländer auch in diesem Bereich möglichst bald völlig unabhängig werden wollen. Die Folgen einer allzu plötzlichen Überleitung in einheimische Hände haben sich mehrmals höchst unerfreulich gezeigt. Die Leistung der neuen Werke sank binnen kurzem auf wenige Prozent des Solls, und die Schuld wurde, wie es psychologisch nahe lag, auf die Lieferfirma, ja auf das Lieferland geschoben. Das hat dann neben den wirtschaftlichen auch politische Nachteile.

In den Fällen, in denen die Bundesrepublik Deutschland wegen ihrer Kredite und wegen ihrer Beratung psychologisch mit der Verantwortung für eine große Anlage belastet wird, muß also dafür gesorgt werden, daß eine fachmännische Betriebsführung für längere Zeiten gesichert ist. Das sollte ein Bestandteil des Kreditvertrages sein.

Eine wirkungsvolle Beratung bei der Betriebsführung setzt gewisse Rechte des Beraters voraus. Wenn sich der Berater darauf beschränken muß, Ratschläge zu geben, die sein einheimischer Partner nicht befolgt, vielleicht um seine Unabhängigkeit zu beweisen, so ist sein Wirken nutzlos. Das Anweisungsrecht des Beraters muß vorher genau bestimmt werden. Da es zeitlich begrenzt werden kann, sollten sich die psychologischen Schwierigkeiten überwinden lassen, denen eine solche Forderung begegnet.

Der Gebrauch des Anweisungsrechts im Einzelfall bedarf des allergrößten Taktes. Am besten ist es, wenn der Berater durch den Besitz eines solchen Rechts so sicher wird, daß er es nicht anzuwenden braucht. Auf die Persönlichkeit des Beraters kommt alles an.

In den zwanziger und dreißiger Jahren haben sich die Deutschen darüber beklagt, daß die aktiven jungen Leute so wenig Gelegenheit hatten, im Ausland zu wirken. Heute, in der Zeit der Vollbeschäftigung, fällt es schwer, gute Fachleute zur Übernahme solcher Aufgaben zu bewegen. Tüchtige Kräfte haben jetzt zu Hause so gute Aussichten, daß sie wenig Neigung zeigen, ihre gewohnte menschliche Umgebung, die kulturellen und materiellen Annehmlichkeiten und die Schulmöglichkeiten der Heimat aufzugeben. Deshalb zählt ein Mann mittleren Alters mit einiger Berufserfahrung, der auf eigenes Risiko ins Ausland geht, heute zu den Seltenheiten.

Die Erfahrung zeigt jedoch, daß viele Schwierigkeiten überwindbar sind, wenn man sich mit der notwendigen Hartnäckigkeit darum bemüht. M. Eyth hat das in seinem Buch „Hinter Pflug und Schraubstock" schon vor hundert Jahren sehr anschaulich geschildert. Aber auch heute noch vollbringen z. B. die Montagemeister der großen Stahlbaufirmen jahraus jahrein ungewöhnliche Leistungen, wenn sie mit örtlichen Arbeitskräften und Hilfsmitteln primitivster Art Bauteile zum fertigen Werk zusammenfügen. Viele, zunächst unlösbar scheinende Aufgaben werden lösbar, wenn der harte Zwang dahintersteht.

Abstimmung und Erfahrungsaustausch

Bei der Entwicklungshilfe tauchen täglich völlig neue Tatbestände auf, die gleichzeitig, aber nicht immer mit der notwendigen inneren Abstimmung zwischen den zahlreichen Stellen des Staates, der Kirchen, der Wirtschaftsverbände, der einzelnen Unternehmen behandelt werden, zuweilen auf Grund unterschiedlicher, ja widersprechender Informationen. Die notwendigen Erfahrungen müssen erst allmählich gesammelt werden, und dabei sind Fehler unvermeidlich. Um diese Fehler auf einem Mindestmaß zu halten, ist ein möglichst breiter Austausch aller Erfahrungen notwendig, wie er in der Eisen- und Stahlindustrie in erfreulicher Weise angelaufen ist.

Das Ei des Kolumbus

Auch wenn Kolumbus Amerika nicht entdeckt hätte, wäre er ein weltberühmter Mann geworden. Dabei hat er das Schießpulver nicht erfunden, auch nicht das Penicillin, und erst recht hat er sich nicht — wie weiland Casanova — durch zahlreiche Amouren hervorgetan. Kolumbus hatte die ganz simple Idee, wie man ein Hühnerei auf die Spitze stellen kann. Diese seine „Erfindung" ist uns heute so geläufig und praktisch, daß wir zu jeder originellen und praktischen Idee „Ei des Kolumbus" sagen.

„echo der Arbeit" hat seinen Lesern schon sehr häufig solche Kolumbuseier servieren können, Eier, die Arbeitskameraden in unserem Werk gelegt, ausgebrütet oder auf die Spitze gestellt haben, kurz, gute Ideen, die sich nicht nur für das Werk und seine Angehörigen insgesamt, sondern auch für diejenigen bezahlt gemacht haben, die diese Ideen hatten und „an den Mann brachten".

Auch heute haben wir wieder zahlreiche in unseren Betrieben verwirklichte Verbesserungsvorschläge aus den Monaten September bis Dezember des vergangenen Jahres bekanntzugeben

Es gibt nichts Gutes, was nicht noch besser sein könnte. Voraussetzung ist dabei, daß nicht fruchtlos gemeckert wird, sondern daß vernünftige Vorschläge gemacht werden. Nur zu, das „Ei des Kolumbus" war keine einmalige Sache! Jeder Verbesserungsvorschlag wird ernsthaft geprüft und — wenn er tauglich ist — honoriert! Und hier die Kolumbus-Jünger:

Egon Bachmann, Maschinenbetrieb Hochöfen: Verbesserte Staubniederschlagung in den Desintegratoren;
Friedrich Grumbach, Maschinenbetrieb Hochöfen: Verbesserte Staubniederschlagung in den Desintegratoren;
Wilhelm Bauer, Maschinenbetrieb Hochöfen Kraftbetrieb: Beseitigung einer Unfallgefahr beim Reinigen der E-Filter in der elektrischen Gasreinigung;
Walfried Berg, Verkehr Hafen Walsum: Beseitigung einer Unfallgefahr beim Auflegen von Drahtseilen;
Ewald Böing, Kaufmännischer Wiegedienst: Einsparung von Wiegekarten;
Helmut Borgemeister, Verkauf: Verbesserte Tor- und Stempelkartenkontrolle für Unternehmerkräfte;
Josef Heidbüchel, Franz-Josef Seeger und **Karl Sonnek,** Rechnungsprüfung: Verbesserte Tor- und Stempelkartenkontrolle für Unternehmerkräfte;
Alois Borovnik und **Paul Dörschel,** Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerk: Erleichterung bei Reparaturarbeiten an den Tiefofendeckelwagen;
Alfred Clauß, Stahlwerksnebenbetriebe: Verbesserung beim Ausbrechen der Ausmauerung an den 250-t-Pfannen;
Arnold Dziwok, Einkauf Material: Katalog für Einkaufsbedingungen;
Günter Engelbrecht und **Willi Müller,** Wärmeabteilung: Vereinfachung der Einrichtung für Ölmengenmessung;
Heinfried Fiedler, Maschinenbetrieb Walsum: Änderung der Rutsche unter dem Kreiselbecher/Erzbrech- und Sinteranlage;
Otto Flanz, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerk: Verbesserung an den in den Stahlwerken verwendeten Brennrohren;
Otto Fries; Versuchsanstalt: Vorrichtung für die Herstellung von Kerbschlagproben;
Karl Friese und **Helmut Schmitz,** Wärmeabteilung: Wasservorlage für Monogeräte;
Otto Gehrmann, Betriebsbüro Blechwalzwerk: Änderung der Lieferanzeigen für Schrottversand;
Lieselotte Grohnert, Elektrischer Betrieb Stahl- und Walzwerke: Vereinfachung bei der Abrechnung von Motorenreparaturen;
Karl Hof, Zement- und Schlackensteinfabrik: Verbesserung an den Staubsilos im Zementwerk;
Gerhard Hoffmann und **Johann Janz,** Elektrischer Betrieb Stahl- und Walzwerke: Verbesserung des Meisterschalters an der Ofenausstoßsteuerung der Feineisenstraße;
Otto Jakob und **Gerhard Jansen,** Rechnungsprüfung: Vereinfachung der Leergüterkontrolle;
Helmut Jakobi, Blechwalzwerke Preßwerk: Arbeitserleichterung beim Bördeln von Böden im Preßwerk;
Ernst Kalthoff, Maschinenbetrieb Hochöfen-Reparaturbetrieb: Beseitigung einer Störungsquelle in der Schlammtrockenanlage;
Friedrich Klischis, Hochöfen Erzentladung: Verbesserung an den Bunkerabzugsklappen der Erzbrech- und Sinteranlage;
Theodor Krücken, Hochöfen Erzentladung: Verbesserung an Exzentersieben der Erzbrech- und Sinteranlage;
Rolf Leyendecker, Maschinenbetrieb Hochöfen Kraftbetrieb: Verbesserung an den Foltern der elektrischen Gasreinigung;
Helmut Lichtendahl, Elektrischer Betrieb Stahl- und Walzwerke: Verbesserung an den Kühlkästen der Ilgneranlage;
Werner Linde, Maschinenbetrieb Hochöfen Werkstatt, und **Heinrich Mohr,** Hochöfen: Verbesserung der Zündeinrichtung an den Cowpern des Hochofens A;
Gerhard Lindemann, Walzwerke Zurichterei: Beseitigung einer Unfallgefahr in der Zurichterei;
Walter Mäder, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Spannvorrichtung zum Auswechseln von Rollenbolzen am Ofen der 750er-Straße;
Erich Matzer, Block- und Profilwalzwerke: Verbesserung an der Schere der 850er-Straße;
Karl-Heinz Mellis, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Verbesserter Wärmeschutz für Ausleger der Chargierkrane im Siemens-Martinwerk;
Wilhelm Mendack, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Drehvorrichtung zum Schweißen von Widerlagbalken;
Johann Metz, Thomaswerk: Beseitigung einer Unfallgefahr an den Kaminen der Thomaskonverter;
Robert Möllmann und **Rudi Rotzoll,** Wärmeabteilung: Verbesserung der Gichtgaskalrimeter;
Franz Möller, Baubetrieb Blechwalzwerk: Änderung der Heizungsverkleidung;
Peter Münnich, Elektrischer Betrieb Stahl- und Walzwerke: Beseitigung einer Störmöglichkeit an den Brausen in den Waschräumen;
Anton Müting, Feinblechwalzwerk-Zurichterei: Arbeitserleichterung beim Sortieren von Feinblechen;
Hans Nachtwey, Wärmeabteilung: Verbesserung an Wassermengenschreibern;
Ludwig Newe, Dampfkraftwerk: Verbesserung der Umstellvorrichtung des Brüdengebläses;
Hermann Nientiedt, Stahlwerksnebenbetriebe: Verbesserung der Ausmauerung von SM-Ofentüren;
Günther Opitz, Maschinenbetriebe Stahl- und Walzwerke: Verbesserte Haltbarkeit der Umkanthebel an der Blockstraße;



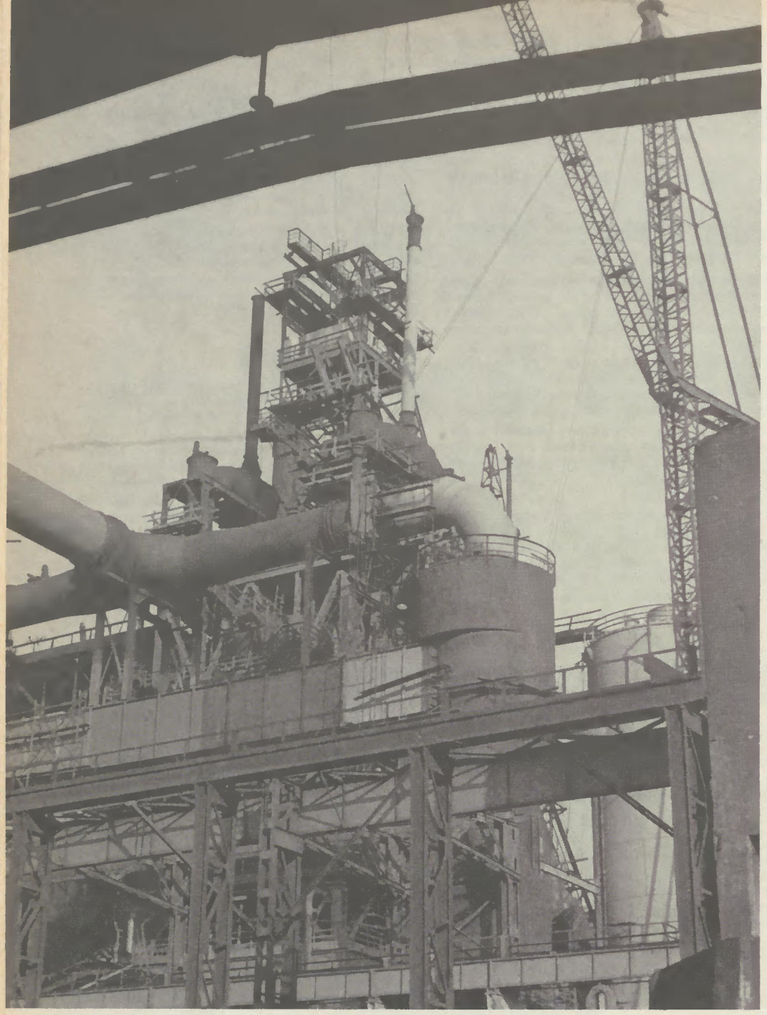
Die gute Idee

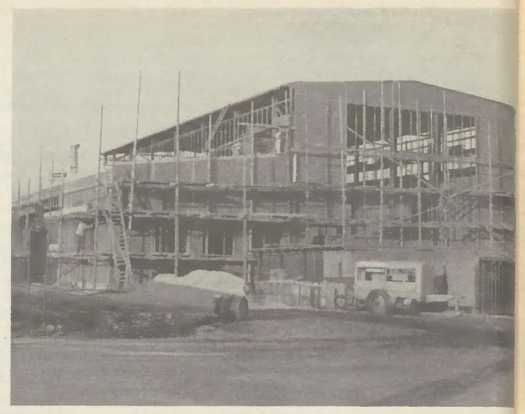
Maurer Hermann Nientiedt (SN) regte an, die Türen für die Öfen in SM II nicht mehr wie bisher mit einem halben Stein flach ganz zu vermauern, sondern oben und unten in den Türen eine Rollschicht einzulegen. Diese Rollschicht kann durch die Verkeilung besser in Spannung gebracht werden, als das bisher bei den Flachlagen der Fall war. Dadurch wurde die Haltbarkeit der Türen erheblich verlängert (Foto links). Meister Karl-Heinz Mellis, Martinwerk II (Bild unten), machte den Vorschlag, den bisherigen zweigeteilten Wärmeschutzmantel aus Blech am Ausleger der Chargierkrane des Martinwerks IIb durch eine zweilagige Wicklung von Rundeisen zu ersetzen. Auf diese Weise ist dem Ausleger beim Chargieren ein besserer Wärmeschutz gegeben. Die Neuerung hat sich an einem Chargierkran so gut bewährt, daß diese Art des Wärmeschutzes auch an anderen Chargierkranen angebracht werden soll.



Rudi Olesch, Werkstatt Maschinenbetrieb Hochöfen: Verbesserung der Bedienung an der Brennmaschine;
Wilhelm Ortmanns, Sozialbetriebe: Verbesserung am Hubstapler;
Franz Ott, Versuchsanstalt: Änderung der Froriep-Probestabfräsmaschine;
Heinz Rahmann, Wärmeabteilung: Verbesserung an Thermoelementen;
Horst Rautenberg, Maschinenbetrieb Walsum: Mitarbeit bei Verbesserungen an den Hängebändern der Erzbrech- und Sinteranlage;
Gerhard Schouten, Baubetrieb Stahl- und Walzwerke: Verbesserung beim Mauern von SM-Ofengewölben;
Karl Straatmann, Maschinenbetrieb Walsum: Verbesserung an Knickrollen der Transportbänder der Erzbrech- und Sinteranlage;
Wilhelm Strompen, Sozialbetriebe: Vereinfachte Reinigung von Filtereinsätzen;
Josef Ullsperger, Versuchsanstalt: Säuberung des Einsatzmaterials der Reduktionsanlage;
Wilhelm Verhoeven, Maschinenbetrieb Hochöfen Kraftbetrieb: Verbesserung von Atemgeräten;
Siegfried Wilangowski, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Erleichterung beim Ausbau der Blockdrückerstößel an Öfen der Blockstraße;
Erich Winterkämper, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Erleichterung beim Lastseilwechsel der Tiefofenkrane.

Krupp Corporate Archives





Klinik für Dieselloks

Da für den Werks-Eisenbahnverkehr immer mehr Dieselloks in Betrieb genommen werden, wurde für diese Loks eine eigene Reparaturwerkstatt erforderlich. Bisher wurden die Dieselloks in der Werkstatt repariert, wo auch die Dampfloks überholt wurden. Die Halle für die Diesellok-Reparaturwerkstatt ist bereits im Rohbau erstellt. Sie wird außerdem ein kleines Magazin sowie einen Umkleide- und Waschraum für die später hier Beschäftigten enthalten. Die Halle, an welche eventuell noch ein Dieselloksschuppen angebaut wird, wird im April fertig.

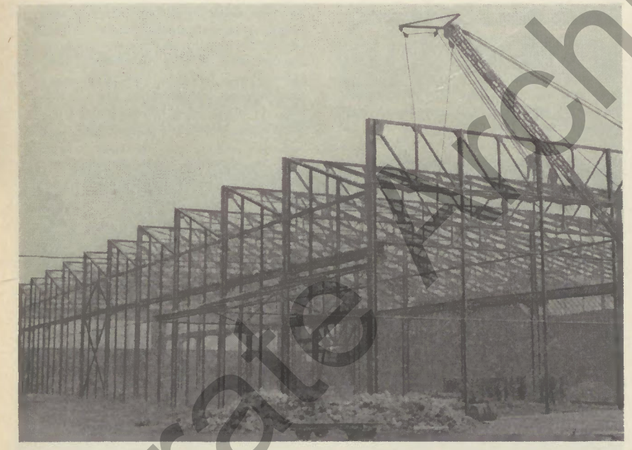
Einzug in Frintrop

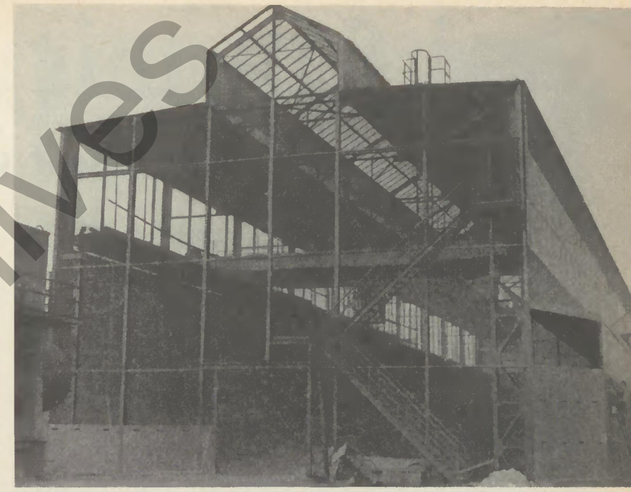
In Frintrop, wo inzwischen alle von der WGD projektierten Wohnungen für HOAG-Werksangehörige unter Dach und die Innenarbeiten im vollen Gange sind, fahren nun die Möbelwagen vor. 62 Wohnungen sind schon bezogen worden, und wenn der Terminkalender eingehalten wird, sind die restlichen Wohnungen bis April bezugsfertig. Alle Wohnungen haben Zentralheizung und Einbauküchen, sie sind an Gemeinschaftsantennen für das 1. und 2. Fernsehprogramm angeschlossen und haben ein zentrales Waschhaus. In nächster Nähe der Wohnbauten entstehen 50 Garagen für die Bewohner.



Gelsenkirchen baut ein neues Drahtlager

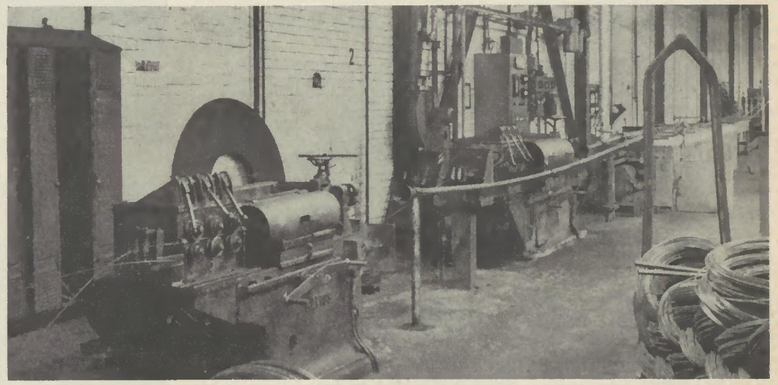
In Gelsenkirchen ist das Stahlskelett für die Halle gerichtet, die das neue Blankdrahtlager beherbergen soll. Die Halle wird eine Krananlage erhalten, die das technische Büro unseres Gelsenkirchener Werks gemeinsam mit einer Kranbaufirma entwickelt hat. Das Blankdrahtlager wird voraussichtlich in etwa vier Monaten in sein neues Domizil verlegt werden können.





Neue Großglühanlage entsteht

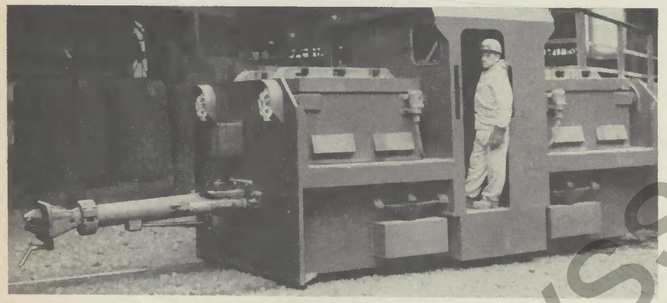
Im Werk 3 unseres Gelsenkirchener Betriebes wird eine Groß-Glühanlage gebaut, für welche die Halle in einer Größe von 80×24 Meter bereits steht. Die neue Glüherei wird teils gas-, teils elektrisch beheizt. Damit während des Glühprozesses keine Verzunderung des Materials eintritt, wird unter Schutzgas geglüht. Die Anlage ist auf Maximaleinsätze von fünf t dimensioniert.



Hochofen 3 ist bald komplett

Die Neuzustellung des Hochofens 3 geht ihrer Vollendung entgegen. Schon jetzt bietet die Front der Hochöfen auf EO I dem Betrachter wieder die altgewohnte Silhouette. Der Hochofen 3 wird der dritte Hochofen der HOAG sein, welcher einen doppelten Gichtverschluß hat. Der Gestelldurchmesser des neuzugestellten Ofens beträgt sieben Meter. Vorher hatte der Ofen einen solchen von nur sechs Meter.

Schnappschüsse



Höhere Arbeitssicherheit durch automatische Lokkupplung

Diese neue Elektrolok im Martinwerk II trägt wesentlich zur Erhöhung des Arbeitsschutzes bei. Sie hat nämlich eine automatische Ankupplungsvorrichtung für die Transportwagen. Das Abkuppeln der Wagen wird durch einen an der Seite der Wagen befindlichen Seilzug besorgt. Zum An- und Abkuppeln braucht also jetzt niemand mehr zwischen Lokomotive und Wagen herumzuhantieren. Schließlich trägt die neue Lokomotive zur Rationalisierung der Arbeitsverrichtungen bei.

Warten im Trockenen

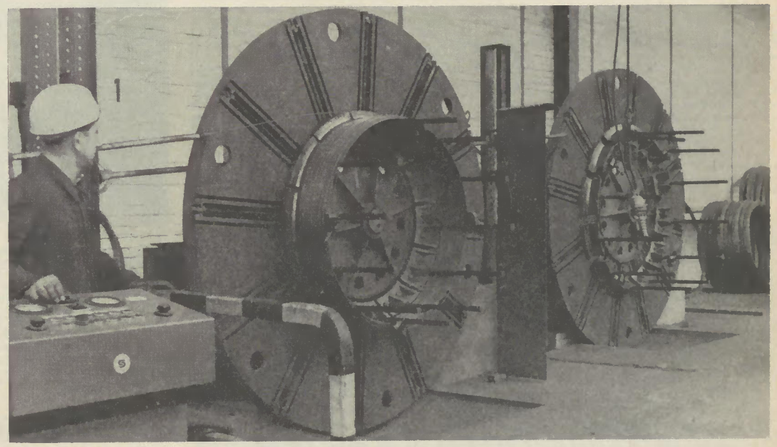
Die Straßenbahn-Haltestelle Werksgasthaus ist nun bei unfreundlichem Wetter keine windige und feuchte Angelegenheit mehr, nachdem die Stadt Oberhausen eine geräumige und architektonisch ansprechende Wartehalle errichtet hat. Die HOAG stellte zu diesem Zweck den Baugrund zur Verfügung und ließ die Wartehalle in die Begrenzungsmauer des Grüngeländes am Werksgasthaus einpassen. Die Wartehalle wird allgemein begrüßt.



Das letzte Teilstück

Die neue zweigleisige Eisenbahnbrücke, welche die Schweizerische Bundesbahn in Basel über den Rhein bauen läßt („echo der arbeit" berichtete darüber in der letzten Weihnachtsausgabe), geht schnell ihrer Vollendung entgegen. Für die geschweißte Rheinbrücke wurden 900 t HOAG-Sonderbaustahl 50 FK verwandt. Unser Foto zeigt das Einsetzen des letzten Teilstücks in die 215,28 Meter lange Brücke. Zur Sicherheit der Arbeiter patrouillierte während der Bauarbeiten ein Fährmann auf dem Strom.





Draht für Spannbeton

Auf dieser Anlage, die seit einiger Zeit in Gelsenkirchen in Betrieb ist, wird hochfester Stahldraht durch eine Schlußwärmebehandlung zu Spannbetondraht veredelt. Dieser Armierungsdraht ermöglicht eine leichte und elegante Bauweise. Das obere Foto zeigt die Richtmaschine und das Bleibad, während das untere Foto den Wickelapparat darstellt. Bei der Aufwicklung erhalten die Drahtringe einen solchen Durchmesser, daß der Draht bei der Abwicklung sich sofort wieder gerade streckt. Die Spannbetonbauweise hat eine aussichtsreiche Zukunft.

Thyssenkrupp Corporate Archives

Frei sein wie die Väter...?

Von Freiheit und „Freiheit"

1. Fortsetzung

Der Freiheitsgedanke blieb lange nur theoretisch. Mächtige Nationalstaaten waren gegen Ende des Mittelalters entstanden: England, Frankreich, Spanien. Dabei war ein starker Staat identisch mit einem starken König, in dessen Hand sich die ganze Macht, die Gesetzgebung, die Verwaltung, die Gerichtsbarkeit und das Heerwesen konzentrierte. „Der König macht das Gesetz, nicht das Gesetz den König", so lautete die Devise jener Geschichtsepoche, für die man später den Ausdruck „Absolutismus" prägte. Absolutismus bedeutet: Keine Kontrolle der Gewalt durch die Allgemeinheit, keine Verantwortung des Monarchen gegenüber der Allgemeinheit. Die absoluten Herrscher fühlten sich als „atmende Ebenbilder Gottes auf Erden", ja fast selbst als Götter.

Der Absolutismus

Zu den ersten Theoretikern des Absolutismus gehört der italienische Staatsrechtler Niccolo Machiavelli (1469—1527). Sein Buch „Il principe" („Der Fürst") gilt als das Hohelied der Skrupellosigkeit und des Zynismus, worin er die Fürsten bestärkt, ohne alle moralischen und rechtlichen Grundsätze ihre Gewalt auszuüben. Die Ablehnung dieser Idee, Machiavellismus genannt, ließ den Preußenkönig Friedrich II. später seinen „Antimachiavell" schreiben; für Friedrich steht der Staat, die Pflichterfüllung für den Staat, ein wohlgeordnetes Rechtswesen und die Wohlfahrt der Landeskinder höher als die Fürstenwürde. Doch muß man Machiavelli zugute halten, daß er das Urbild für sein späteres Werk vermutlich in Cesare Borgia gesehen hat, an dessen Hof er vorübergehend wirkte. Inmitten des politischen und moralischen Sumpfes, den das Italien jener Zeit von den kleinen Fürstenhöfen bis nach Rom darstellte, erschienen ihm sittliche Methoden unangebracht. Deshalb zeichnet er das Bild eines Fürsten, der zu jeder Treulosigkeit und Grausamkeit berechtigt sein soll, wenn er dadurch die politische Zerrissenheit des Landes überwindet. Jedenfalls aber hat die Lehre des Machiavelli den absolutistischen Herrschern manchen Rückhalt gegeben; für sie war das Volk nur eine „kopflose Masse", zu dumm, um sich selbst zu regieren.

Die klassische Form des Absolutismus kommt aus Frankreich, wo der „Sonnenkönig" Ludwig XIV. die Lehre von der absoluten Herrschergewalt fast zum Dogma erhob. Ihm wird das Wort zugesprochen: „L'Etat c'est moi" (der Staat bin ich). In England dagegen, wo insbesondere der Stuartkönig Jakob I. ein prächtiger Absolutist war, hatte die Revolution und Oliver Cromwell (1599—1652) dem monarchistischen Absolutismus ein relativ frühzeitiges Ende bereitet. „Die Macht von Königen und Behörden ist nur eine abgeleitete, sie wird ihnen vom Volke anvertraut, um zum Nutzen der Allgemeinheit ausgeübt zu werden. Das Volk hat das Recht, Könige abzusetzen und Tyrannen zu töten". Diesen Standpunkt vertrat John Milton, Klassiker der englischen Dichtung und zeitweilig Sekretär des Cromwellschen Staatsrates, mit bemerkenswertem Mut noch 1660, ein Jahr vor der damals schon unzweifelhaften Rückkehr der Stuarts. Doch schien geistig bereits der Grundstein gelegt für die Konstitutionelle Monarchie, die mit der Vertreibung Jakob II. und der Verkündung der Bill of rights, 1689, ihren Anfang nahm. In der Konstitutionellen Monarchie bleibt zwar der Monarch oberstes Staatsorgan, doch ist seine Gewalt im Gegensatz zum Absolutismus an die Verfassung beschränkt, d. h. an die Mitwirkung der Volksvertretung gebunden.

Noch heute, ein Vierteljahrtausend nach seiner Geburt, geht der Streit um Friedrich den Großen. Die einen preisen seine Größe und seine Genialität, die anderen meinen, er sei ein Erzmilitarist und ausgesprochener Machtpolitiker gewesen und habe als Schöpfer eines Kasernenstaates nicht nur Brandenburg-Preußen, sondern die gesamte spätere Geschichte der Deutschen unheilvoll beeinflußt. Immerhin deutet schon der Streit um diesen Herrscher an, welch außerordentliche Persönlichkeit Friedrich gewesen ist, und wie stark sein Lebenswerk, der preußische Staat in seiner kristallklarsten Ausformung, noch fortwirkt, obwohl dieser Staat seit 1947 durch Kontrollratsgesetz der Siegermächte von der Landkarte verschwunden ist. Schließlich ist Friedrich der Große Schöpfer des modernen Preußen, beseelt vom Geist der Aufklärung führte er entscheidende Reformen durch. Nicht ausschließlich auf dem Schlachtfeld errang Friedrich II. seine Verdienste, nicht minder als fortschrittlicher Staatsmann, der Redlichkeit und Vernunft über alles stellte. Man vergesse nicht, daß Friedrich aus Preußen einen Rechtsstaat machte, während anderswo in Europa noch der Absolutismus vorherrschte. Unter Friedrich begann die Arbeit am berühmten „Preußischen Landrecht", dessen Vollendung er freilich nicht mehr erlebte. Für den König war Richtschnur, daß vor dem Gesetz alle gleich sind, der Edelmann wie der Bettler. „Ich habe mich entschlossen", so schrieb er 1752, „niemals in den Lauf des gerichtlichen Verfahrens einzugreifen: denn in den Gerichten sollen nur die Gesetze sprechen, und der Herrscher soll schweigen." Sein Ausspruch: „In meinem Staat kann jeder nach seiner Fasson selig werden" wurde zum Inbegriff staatsmännischer Klugheit; während sein Wort „Gazetten dürfen nicht genieret werden" als Bejahung der Pressefreiheit ausgelegt werden darf. Als Fürstenpflicht sah er an, dem ihm anvertrauten Volk die denkbar größte Wohlfahrt und materielle und geistige Entfaltung zu geben, bei äußerer Sicherheit durch ein starkes Heer und innerer Sicherheit durch ein wohlgeordnetes Rechtswesen. Unser Bild zeigt den Alten Fritz als bereits todkranken König auf der Terrasse seines Schlosses Sanssouci, dessen anmutige Eleganz dem Geschmack des späten Absolutismus entspricht. Auch die gestutzte Hecke im Hintergrund ist Ausdruck dieser Epoche, die selbst der Pflanze ihre Form aufzwang und die „Landschaftsarchitektur" erfand.

Geist der Aufklärung

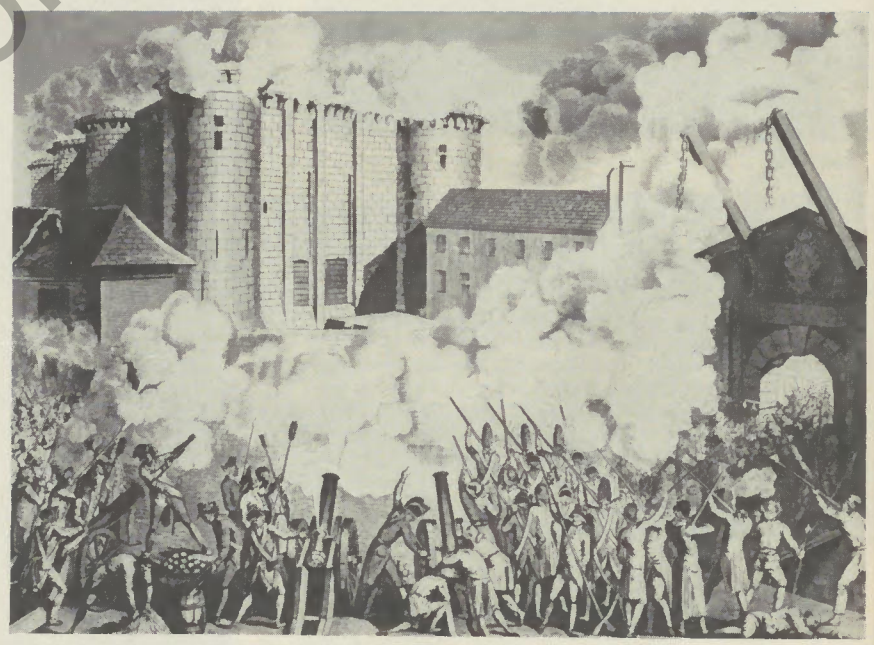
In Deutschland, wo der Zerfall des Reiches nach dem Dreißigjährigen Krieg eine Vielzahl von Kleinstaaten hatte entstehen lassen, gab es keine zentrale Reichsgewalt mehr. Um so hoheitsvoller gaben sich die Landesfürsten. Eine Reihe deutscher Fürsten, die nunmehr souverän geworden waren, suchten ihre Stellung zunächst ganz im Sinne des Absolutismus zu deuten. Es ist daher nicht verwunderlich, daß — als in Frankreich das Tor zur Freiheit durch Kräfte geöffnet wurde, welche durch die Übersteigerung absolutistischen Machtdenkens geweckt worden waren — auch in Deutschland ein Aufbegehren gegen die Herrschaft der absoluten Fürsten einsetzte.

Die geistigen Grundlagen für die sich anbahnenden großen Umwälzungen schufen die das 18. Jahrhundert beherrschenden Schriftsteller und Philosophen. Der vornehmste Geist in dieser Reihe großer, ja bahnbrechender „Intellektueller" war Charles de Secondant, Baron de Brède et de Montesquieu, in der Geschichte kurz als Montesquieu bekannt. Vor allem sein 1748 erschienenes Hauptwerk „De l'esprit des lois" (Vom Geist der Gesetze) hatte tiefe Wirkung. Seine darin dargelegte Lehre von der Teilung der Gewalten in eine gesetzgebende, vollziehende und richterliche (Legislative, Exekutive und Jurisdiktion) ist in jede Verfassungsdiskussion bis auf den heutigen Tag eingegangen. Für Frankreich forderte er eine konstitutionelle Monarchie nach Art der englischen Staatsverfassung, der Bill of rights von 1689. Montesquieu wurde wesentlich inspiriert durch die Lehre des englischen Philosophen John Locke (1632—1704), dessen Staatsphilosophie die englische Verfassung befruchtet hatte.

Weitere namhafte Vertreter jener Epoche, die schlechthin unter der Bezeichnung



Unterzeichnung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung in der Independence Hall zu Philadelphia am 4. Juli 1776. Damit sagten sich die amerikanischen Kolonien von der britischen Krone los. „Freiheit", so lautete das große Wort in jener Urkunde, damit waren neben der äußeren Unabhängigkeit des jungen Staatswesens vornehmlich die Menschenrechte gemeint, die jedem Bürger ein Leben in Freiheit garantierten. Das junge Amerika hat in seiner Schicksalsstunde die Freiheit zu dem vornehmsten menschlichen Grundrecht erhoben und ein Beispiel gegeben; in der Tat wurde dies bahnbrechend für ein neues Zeitalter mit einem neuen Menschentyp.



Die Erstürmung der Bastille am 14. Juli 1789 ist zum großen Symbol des Volksaufstandes geworden, der die Große Französische Revolution auslöste. Die aus dem 14. Jahrhundert stammende achttürmige Burg war als politisches Gefängnis berüchtigt gewesen. Ein königlicher Befehl hatte genügt, um unliebsam Gewordene dort einzukerkern. Die historische Wahrheit aber gebietet festzustellen, daß 1789 die Bastille nicht mehr die furchtbare Zwingburg war, in der unglückliche Opfer absolutistischer Willkür in Ketten verdarben. Sie wurde kaum noch benutzt, längst war ihr Abbruch beschlossen. In dem riesigen Bau waren nur noch sieben Gefangene, darunter ein Urkundenfälscher, ein Taugenichts, der auf Wunsch seiner Familie eingesperrt worden war, und zwei Irrsinnige. Viel Staat war mit den Gefangenen, die jubelnd befreit und im Triumphzug hereingeführt wurden, also nicht zu machen. Dem Volke jedoch galt das Gebäude immer noch als Sinnbild der Tyrannei und als solches wurde es erstürmt und zerstört und aus dem Pariser Stadtbild ausgelöscht.

„Aufklärung" bekannt wurden, sind ferner Rousseau, Voltaire, Diderot u. a., aber auch die Deutschen Leibniz, Thomasius, Wolff, und auch Fichte kann noch hinzugezählt werden. Letzterer, 1810 der erste Rektor der Berliner Universität, ein Schüler Kants und Freund des großen Pädagogen Pestalozzi, schrieb 1793 in seiner Schrift „Zurückforderung der Denkfreiheit von den Fürsten Europas, die sie bisher unterdrückten": „Nein, Fürst, du bist nicht unser Gott. Von ihm erwarten wir Glückseligkeit, von dir Beschützung unserer Rechte. Gütig sollst du nicht gegen uns sein, du solltest gerecht sein."

Frankreich 1789

In Frankreich wurden 1789 die Träume und Hoffnungen der Aufklärer politische Wirklichkeit. Die Revolution, die in die Geschichte eingegangen ist als die Große Französische Revolution, stand im strahlenden Licht des Gedankens der Freiheit, das aber auch tiefe Schatten warf. Der Ablauf der Geschehnisse zeigt, daß in jenem Kampf um die Freiheit das Dunkle und Blutige vom Hellen und Lebensbejahenden überhaupt nicht zu trennen war. Uralte Knechtschaften brachen zusammen, aber neue bildeten sich. Aus dem Kampf um die Menschen- und Bürgerrechte wurden der Terror der Guillotine und die Schrecken der Kriege, die zuerst zur Ausbreitung von Idealen und dann um der Eroberung willen geführt wurden. Die Leiden der Unterdrückten gehören ebenso zum Bild dieses Geschichtsabschnitts wie die Leuchtkraft und der Elan einer neuen Idee. Es „war die beste Zeit, es war die schlechteste Zeit", wie Charles Dickens seinen Roman über diese Epoche beginnt, „es waren die Tage des Lichts, es waren die Tage der Finsternis". Heute gehört das große Drama der Geschichte an, das am 14. Juli 1789 mit der Erstürmung der Bastille begann, das König Ludwig XVI. und seine Frau Marie Antoinette, eine Tochter der österreichischen Kaiserin Maria Theresia, unter dem Fallbeil enden sah und das geprägt wurde durch Namen wie Mirabeau, Danton, Robespierre, Marat und einen jungen Artillerieoffizier namens Napoleon Bonaparte. Zweifellos aber greift die Umwälzung in Frankreich, die eine völlige Veränderung der Gesellschaft zur Folge hatte, bis tief hinein in das 19. und 20. Jahrhundert. Aus der Französischen Revolution geboren wurde das Bürgertum, neben Adel und Geistlichkeit der „Dritte Stand", der von da an in der Politik eine große Rolle spielen sollte. Aus dem Denkerwort „Tous les hommes sont nés égaux" (Alle Menschen sind gleich geboren) wurde durch die Revolution eine politische Losung und schließlich wichtigster Satz der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789: „Die Menschen werden frei und an Rechten gleich geboren und bleiben es."

Eine neue Welt

Befruchtet wurde die sogenannte Große Revolution nicht unwesentlich von den Impulsen des amerikanischen Unabhängigkeitskampfes. Was wußte man im alten Europa schon von jenem jungen Staatswesen, das sich jenseits des Atlantik ohne den Ballast überlebter Traditionen gebildet hatte. Entschlossen, die Herrschaft der britischen Krone für immer abzuschütteln und ein Gemeinwesen zu gründen, in dem die Idee der Freiheit oberste Richtschnur sein sollte, hatten am 4. Juli 1776 in Philadelphia dreizehn nordamerikanische Staaten die Unabhängigkeitserklärung unterzeichnet. Schließlich waren die meisten Siedler in die Neue Welt gekommen, um auf ihrem Boden freier leben zu können als in der alten Heimat. Thomas Jefferson, ein Advokat aus Virginia, 3. Präsident der USA, war der Verfasser der Unabhängigkeitserklärung, in die er den Wortlaut von Grundrechten hineingearbeitet hatte, die er die Menschenrechte nannte. „Alle Menschen sind von Natur aus in der gleichen Weise frei und unabhängig und besitzen bestimmte angeborene Rechte", heißt es in der Erklärung. „Alle Macht ruht im Volke und wird folglich von ihm hergeleitet." Insbesondere wurden durch die Verfassung gesetzgebende und ausführende Gewalt des Staates getrennt. Nur durch gesetzmäßiges Urteil durften danach Angeklagte ihrer Freiheit beraubt werden. Freiheit der Presse und der Religionsausübung wurden garantiert. Das junge Amerika wurde so für alle Welt zum Inbegriff modernen Freiheitsdenkens, das zuerst politische und dann soziale Fesseln sprengt.

Ein junger Feuerkopf

In Deutschland wurde die Freiheit am leidenschaftlichsten besungen durch den jungen Schiller. Der Ruf des französischen Philosophen Jean Jacques Rousseau „Der Mensch ist frei geboren, und überall liegt er in Ketten", mag nicht zuletzt das Aufbäumen des jungen Feuergeistes aus Marbach am Neckar beflügelt haben. Friedrich Schiller, Sohn eines herzoglich-württembergischen Beamten, der sich vom Feldscher zum Offizier heraufgearbeitet hatte, und einer frommen Gastwirtstochter, sollte schon im Knabenalter fürstlichen Despotismus am eigenen Leibe erfahren. So erklärt sich sein enthusiastisches Eintreten für die Freiheit wohl am zwingendsten durch die schlimmen Jahre, die er als Zögling der Stuttgarter Militärakademie, der berüchtigten Karlsschule, verbrachte. Gründer jener Anstalt (der „Sklaven-Plantage") war der Herzog Karl Eugen von Württemberg. Sein Bild hatte Schiller vor Augen, als er dem Schauspiel „Die Räuber" den Untertitel „In Tirannos" beifügte. Jener Herzog Karl Eugen sah — wie übrigens viele Herrscher der damaligen Zeit — ein Idealbild in Friedrich II. von Preußen, ohne jedoch es dem Alten Fritz an Fürstenwürde, Sparsamkeit und Pflichtbewußtsein gleichzutun. Er ruinierte die Finanzen Württembergs durch seine Vergnügungs- und Prunksucht; zur Füllung der Staatskasse verschacherte er junge Männer als Soldaten nach Amerika. Kritische Geister wurden verfolgt und gefangengesetzt. So der Dichter Friedrich Schubart, ebenfalls ein früherer Karlsschüler. Dieser war, um den Nachstellungen des Herzogs zu entgehen, außer Landes nach Ulm übergesiedelt. Durch eine List des Herzogs aber wurde er über die Grenze auf württembergischen Boden gelockt, arretiert und zehn Jahre auf der Festung Hohenasperg gefangengehalten. Der Herzog persönlich war anwesend, als Schubart in sein Verlies geführt wurde.

Das Schicksal des von ihm hoch verehrten Schubart vertiefte in Schiller den Haß gegen Tyrannenmacht. Berauscht von Rousseaus Ideen bildete er trotz pedantischer Überwachung mit anderen Karlsschülern einen „poetischen Oppositionsclub". Man traf sich heimlich im Wald oder nachts in entlegenen Winkeln der Schule, wo Schiller die ersten Szenen seiner „Räuber" vorlas. Ständig in der Gefahr lebend wie Schubart auf dem Hohenasperg eingekerkert zu werden, vollendete Schiller sein Erstlingswerk, mit dem er seine Forderung nach Freiheit und Humanität in die Welt hinausschleuderte. Schließlich sind die „Räuber" die natürliche Folge seiner Auflehnung gegen Tyrannenmacht, ein Zeichen dafür, wie sehr Schiller in seinem Innern der äußeren Unterdrückung entgegenwirkte. Zwei Jahre nachdem Schiller Anfang 1783 die Karlsschule verlassen hatte, wurden die „Räuber" am Mannheimer Nationaltheater uraufgeführt. Der damals 22 Jahre alte Dichter, Regimentsmedikus in des Herzogs Diensten, hatte sich heimlich nach Mannheim begeben und saß unerkannt im Zuschauerraum. Zunächst noch wurde das Schauspiel ohne Verfassernamen veröffentlicht, um Schiller vor Repressalien seitens seines Landesherrn zu schützen. Schon kurz danach machte sich Schiller daran, sein erstes historisches Drama, „Die Verschwörung des Fiesco zu Genua" zu schreiben, in dem er wiederum seiner Empörung Ausdruck verleiht gegen die Freiheitsbeschränkung durch fürstliche Willkür. Als der Herzog von den dichterischen Ambitionen des Medicus erfährt, verbietet er ihm „bei Strafe der Kassation" kurzerhand das „Komödienschreiben", so daß Schiller sich schließlich zur Flucht entschließt. Unter dem Namen „Dr. Ritter" verließ er Stuttgart bei Nacht und Nebel.





Friedrich Schiller und seine „Räuber"

Schillers „Räuber" lösten eine Art von Massenpsychose aus. Auf unserem Bild vor der ersten „Räuber"-Aufführung im Wiener Hofburgtheater kämpft das Publikum um Einlaß wie heute bei einer Sportveranstaltung. Von der Uraufführung am 13. Januar 1782 im Mannheimer Nationaltheater berichtet ein Augenzeuge: „Das Theater glich einem Irrenhause, rollende Augen, geballte Fäuste, heisere Aufschreie im Zuschauerraum. Fremde Menschen fielen einander schluchzend in die Arme, Frauen wankten, einer Ohnmacht nahe, zur Tür. Es war eine allgemeine Auflösung wie im Chaos, aus dessen Nebeln eine neue Schöpfung hervorbricht." Sogar von weither waren die Leute „zu Fuß und zu Pferde" nach Mannheim gekommen, um das dreiviertel Jahr vorher bereits gedruckte Drama als lebendige Handlung miterleben zu dürfen. Man war auf Ungewöhnliches gefaßt. — Links: Erst die zweite Ausgabe von „Die Räuber" aus dem Jahre 1782 erhielt den provozierenden Untertitel „In Tirannos". Zu dieser Zeit hatte sich Schiller bereits dem Zugriff seines Landesherren, des Herzogs Karl Eugen von Württemberg, entzogen.

...soll Republik werden

Neben dem „Fiesco" und „Kabale und Liebe" sind vor allem „Die Räuber" bezeichnend für die Schiller'sche Sturm- und Drangzeit. Schließlich aber vermag man sich heute kaum noch vorzustellen, daß Karl Moor, Räuber aus Ehre und Gerechtigkeit, und sein Widerpart, der böse Franz Moor, das deutsche Publikum wie eine Offenbarung aufwühlten. In der Tat war der Bühnenerfolg von Schillers frühreifem Erstlingswerk ungeheuer. In seinen späteren Werken zeigt sich Schiller nicht mehr als der ungestüme Feuergeist, als der „zornige junge Mann", der in den „Räubern" Karl Moor sagen läßt: „Deutschland soll eine Republik werden, gegen die Sparta und Rom Nonnenklöster sein sollen." Der Rebell wird zum Klassiker, er verläßt Karl

→

Theodor Heuss über den Mißbrauch Schillers für politische Zwecke:

„Als ich kürzlich die, wohl als repräsentativ geachtete, mit viel Zitatenfleiß aufgebaute Rede las, in der ein führender Mann von Pankow der Jugend Schiller in seiner Art nahezubringen suchte, war ich leicht gerührt: Schiller erfreut sich dort, drastisch ausgedrückt, der mildernden Umstände, daß er den dialektischen Materialismus noch nicht gehabt hat und sich deshalb in den ‚Idealismus' verirrt habe – im übrigen ein honoriger Mann, sozialrevolutionär, volksverbunden, ‚fortschrittlich' – lassen wir das! Mit Klischees des propagandistischen Tagesbedarfs kommt man im anständigen Geistigen nicht sehr weit. Ich enttäusche jene gerne, die meinen, weil ich gegenwärtig Bundespräsident bin, sei es meine Aufgabe, aus Schiller eine staatskulturelle Werbeaktion zu machen. Dafür ist er mir zu groß, dafür bin ich mir zu gut."

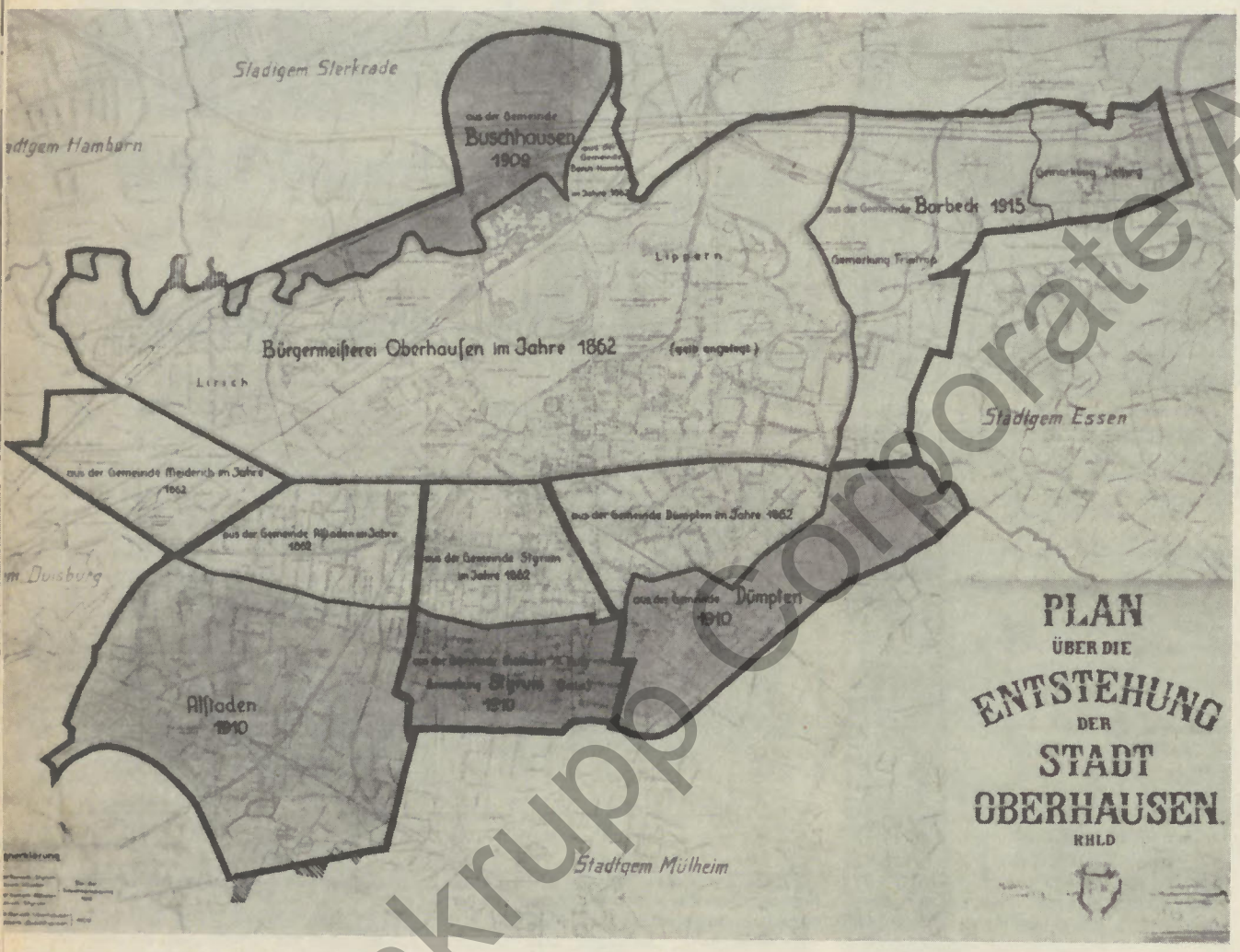
(Theodor Heuss, „Würdigungen", herausgegeben von Hans Bott, Tübingen 1955)

Internationale Archiv der Jugendbewegung

100 Jahre Oberhausen



Um die Jahrhundertwende zeigte die Essener Straße zwischen dem heutigen Tor 3 und Klockes Brücke dieses Bild. Im Hintergrund sind unsere Stahl- und Walzwerke.



Wenn wir abergläubisch wären, so würden wir sagen, daß die Zahl 7 für das Wachsen und Gedeihen von Städten glückbringend ist. Denn Rom ist 2715 Jahre alt, Paris erreicht dieses Alter fast und das goldene Mainz feiert 1962 als zweitausendstes Geburtsjahr. Alle drei Städte tun sich viel darauf zugute, auf oder zwischen sieben Hügeln errichtet worden zu sein. Oberhausen ist zwar mit seinen genau hundert Jahren noch ein blutjunger Hüpfer, aber die Zahl 7 steht auch in seiner Geburtsurkunde: Es wurde durch königlich-preußische Kabinettsordre am 1. Februar 1862 aus sieben Gemeinden gebildet. Es hat das zweitausendjährige Mainzer Geburtstagskind an wirtschaftlicher Bedeutung und Größe weit überrundet und steckt immer noch im hoffnungsvollsten Wachstumsalter.

Den Ehrentitel „Wiege der Ruhrindustrie" kann Oberhausen auch im umgekehrten Sinne für sich reklamieren. Denn wenn hier zwischen Ruhr und Emscher dem größten mitteleuropäischen Industriegebiet die Geburtsstunde schlug, so war die junge Ruhrindustrie die Wiege der Stadt Oberhausen. Hier hat, wie man so sagt, eine Hand die andere gewaschen. Und wenn wir schon von der Kinderstube Oberhausens sprechen, so kann unser Werk mit Fug von sich sagen, vor hundert und mehr Jahren die Amme gewesen zu sein. Aber da war noch ein Geburtshelfer: Die Eisenbahn, die in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts durch die damals noch öde und leere Lipperheide gebaut wurde. Mitten in der Heide wurde ein winziges Bahnhofsgebäude errichtet, und da das Kind einen Namen haben mußte, stand Schloß Oberhausen, welches den Herren von Westerhold gehörte und das in früheren Zeiten „Averhus" geheißen hatte, Namenspate. Natürlich hat das Gebiet, auf dem sich heute Oberhausen erstreckt, eine ältere als nur eine hundertjährige Geschichte. Eine ganze Reihe von Stadtteilen, die das sprunghaft wachsende Oberhausen sich einverleibt hat, sind bedeutend älter und zum Teil sogar einmal selbständige Gemeinden gewesen, als man Oberhausen noch auf keiner Landkarte verzeichnet fand. Sie haben der späteren gemeinsamen Großstadt ihre Selbständigkeit und zum Teil sogar ihren Namen geopfert.

Das Kerngebiet von Alt-Oberhausen war bis zur Mitte des vergangenen Jahrhunderts ein sumpfiges Heideland, dessen Randgebiet von nur wenigen Bauern besiedelt war. Das war die Lipperheide, die vor 1800 zum adligen Frauenstift Essen gehörte und in der — so wissen alte Urkunden zu berichten — ein ausgezeichneter und weitbekannter Bienenhonig gewonnen wurde. Nicht weit entfernt davon tum-



In diesem, vermutlich von Jakob Friedrich Weckherlin gemalten Ölbild erkennen wir den Friedrich Schiller der Sturm- und Drangperiode. Diese Zeit des Dichters ist gekennzeichnet von einem leidenschaftlichen Aufbegehren gegen absolute Despoten, Knechtschaft und Tyrannei.

Moors Bahnen. Aber auch für seine späteren Werke, sei es nun „Don Carlos", „Wallenstein", „Maria Stuart", „Die Braut von Messina" oder gar „Wilhelm Tell", sein weitaus volkstümlichstes Schauspiel, gilt das Wort Goethes: „Durch Schillers alle Werke geht die Idee der Freiheit." In einer Vielzahl von Zitaten hat er die Freiheit literarisch verewigt. Ob er nun in „Don Carlos" den Marquis von Posa zu König Philipp II. von Spanien sagen läßt: „Geben Sie Gedankenfreiheit", ob er um 1800 in dem Gedicht „Der Antritt des neuen Jahrhunderts" mit Wehmut feststellt „Freiheit ist nur in dem Reich der Träume" oder ob er in „Wilhelm Tell" den Rütlischwur gipfeln läßt in den Worten „Wir wollen frei sein, wie die Väter waren".

Die Tat Wilhelm Tells

Unter dem Einfluß der Vorgänge, die zur Französischen Revolution führten, hatte der junge Feuergeist in der Mitte seiner zwanziger Jahre ausgerufen: „Seid umschlungen Millionen" und „Alle Menschen werden Brüder." Schließlich ehrte der Pariser Nationalkonvent den Dichter der „Räuber" durch die Ernennung zum französischen Bürger. Doch das Geschehen von 1789 ernüchterte den Dreißigjährigen, er entsetzte sich vor den Greueln der Schreckensherrschaft und haßte fortan die Jakobiner. Napoleons Aufstieg beobachtete er mit Argwohn und Zweifel. Stattdessen feierte sein dichterischer Genius den Aufstand eines Volkes, das an sich schon vor drei Jahrhunderten frei geworden war, die Tat des Schweizers Wilhelm Tell. Ein Jahr nach der Weimarer Uraufführung des „Wilhelm Tell", am 9. Mai 1805, starb Friedrich Schiller. Rufen wir uns noch einmal die wundervollen Worte in Erinnerung, mit denen er Stauffacher auf dem Rütli auf den ethischen Ursprung der Volkserhebung gegen Unterdrückung und Tyrannei hinweisen läßt:

„Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht!
Wenn der Gedrückte nirgends Recht
kann finden,
wenn unerträglich wird die Last —
greift er
hinauf getrosten Mutes in den Himmel
und holt herunter seine ew'gen Rechte,
die droben hangen unveräußerlich
und unzerbrechlich, wie die Sterne

(Wird fortgesetzt)

thyssenkrupp Corporate Archive

melten sich in der Emscher-Niederung Wildpferde. Als Fürstäbtissin Maria-Kunigunda vom Stift Essen 1791 die Hütte Neu-Essen am Ufer der Emscher errichten ließ, waren die Tage der Bienen und der Wildpferde in der Lipperheide gezählt. 1828 wurde unweit der „Oberhausener Mühle" an der Emscher das erste Blechwalzwerk in Betrieb genommen — die „Alte Walz" war also damals im Säuglingsalter.

Die Lipperheide wurde 1845 kultiviert und aufgeschlossen. Ein Jahr später rollte die Köln-Mindener Eisenbahn hindurch, und mit dem ersten Bahnhof erhielt das Land ringsum seinen Namen: „Oberhausen". In den fünfziger Jahren wurden in Oberhausen die ersten Kohlen geschürft und bald schon entstanden die Zechen „Concordia", „Alstaden", „Roland" und „Oberhausen". Wegen der günstigen Verkehrslage an der bedeutenden Eisenbahnlinie siedelten sich am Bahnhof (es war ein armseliges Fachwerkhäuschen) einige weitere Industriebetriebe an, während auf dem Boden der



alten Bauernschaft Lippern die Hütte immer größere Ausmaße annahm und die Landwirtschaft mehr und mehr verdrängte. Die Industrie brauchte Hände, die zupacken, Köpfe, welche verwalten konnten. Aus allen deutschen Landen, zumal aus den östlichen Provinzen des Reiches, strömten junge Arbeitskräfte und ganze Familien herbei: Wohnhäuser wurden gebaut. Nachdem die Gutehoffnungshütte bereits 1846 in Osterfeld die ersten Wohnhäuser für ihre Arbeiter errichtet hatte, baute sie noch vor der Geburtsstunde Oberhausens in der Bauernschaft Lippern eine Wohnsiedlung. Im Knappenviertel entstanden die ersten Wohnhäuser für Arbeiter der Hütte und der Zeche Oberhausen. Auch das Gebiet der alten Lipperheide wurde nun schachbrettartig aufgerissen und besiedelt.

Die Entwicklung drängte danach, nun auch durch eine gemeindliche Gründung



▲ Am Lipperheidebaum war die Grenze des Stiftes Essen. An diesem Hause wurde Zoll erhoben. So haben wir auch in Oberhausen Zeugen der altdeutschen Kleinstaaterei.

legalisiert zu werden. So kam es zu der genannten Kabinettsordre zur Bildung der Bürgermeisterei Oberhausen, die der preußische König und spätere deutsche Kaiser Wilhelm I. am 18. November 1861 unterzeichnete und die am 1. Februar 1882 rechtskräftig wurde. Die Kabinettsordre fixierte den Gebietsumfang der neuen Gemeinde mit dem folgenden Wortlaut:

„Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 30. 10. 1861, dessen Anlagen anbei zurückerfolgen, genehmige Ich, daß

a) die Bauernschaften Lippern Lirich (Kreis Essen),

b) die nördlich gelegenen Bestandteile der 3 Gemeinden Dümpten, Styrum und Alstaden (Landbürgermeisterei Mülheim a. d. Ruhr), Kreis Duisburg, in der Begrenzung welche auf dem unter den Anlagen befindlichen Situationsplan von dem Gebiet der projektierten Bürgermeisterei Oberhausen vom Oktober/November 1858 durch eine rot punktierte Linie angezeigt wird,

c) die östliche Spitze der Gemeinde Meiderich (Landbürgermeisterei Ruhrort, Kreis Duisburg) in der auf dem Situationsplan gleichfalls durch eine rot punktierte Linie angegebenen Begrenzung,

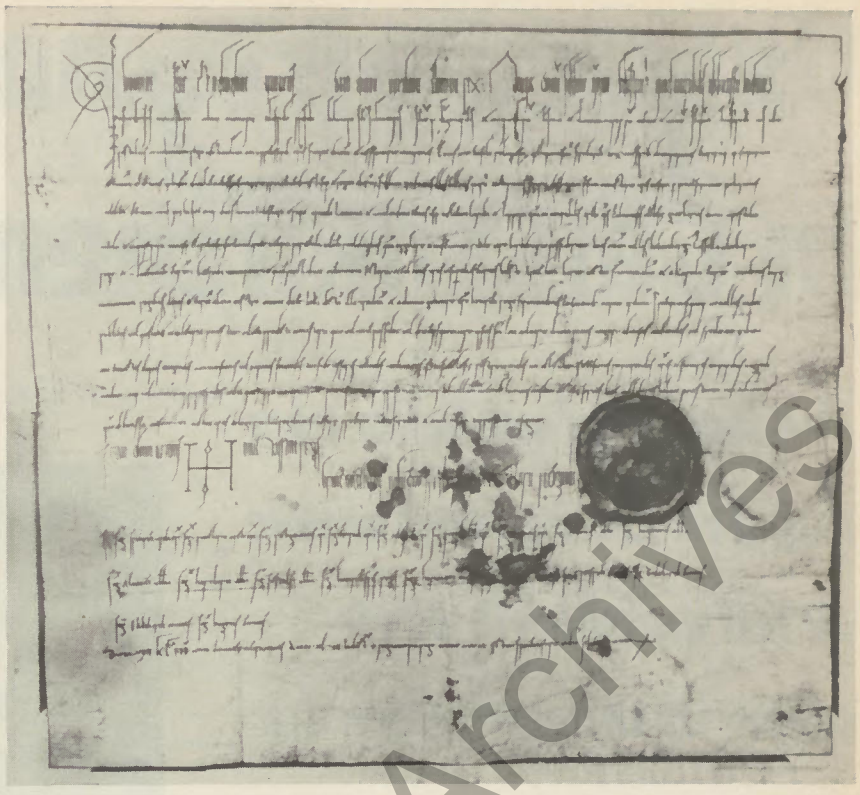
d) der östlich von der Oberhauser-Dorstener Staats-Straße gelegene, auf dem Situationsplan durch eine blaue Begrenzungslinie angezeigte Teil der Gemeinde Beek (Bürgermeisterei Holten, Kreis Duisburg),

sämtliche aus ihrem bisherigen Gemeinde- und Bürgermeisterei-Verband und die unter a) genannten Bauernschaften auch aus ihrem Kreisverband ausscheiden, und daß aus denselben die Gemeinde und Bürgermeisterei Oberhausen gebildet und dem Kreise Duisburg zugeteilt werde. Das Staatsministerium hat die zur Ausführung dieser Anordnung erforderlichen Maßregeln hiernach zu treffen.

Berlin, den 18. November 1861

gez. Wilhelm

Man sieht also, daß die Nachbarn dem kommunalen Neuling recht ansehnliche Brocken aus dem eigenen Fleisch in die Wiege legten. Und das werden sie keineswegs gern getan haben, sondern nur auf Befehl der Allerhöchsten Majestät in Berlin, so wie 1909 Buschhausen, 1910 Alstaden und Teile von Styrum und Dümpten und 1915 ein Teil der damals noch nicht von Essen verschlungenen Gemeinde Borbeck zu Oberhausen geschlagen wurden. Die Bürgermeisterei Oberhausen, die manchem Nachbarn wie ein unheimlich schnell wuchernder Pilz vorgekommen sein mag und die bereits 1874 Stadt geworden war, hatte sich von ihren rund 6000 Einwohnern im Jahre 1862 über 40000 an der Jahrhundertwende auf über 100000 im Jahre 1915 aufgepäppelt. Sie war damit in die Reihe der Großstädte eingerückt; als sie 1929, genau wie zahlreiche andere rheinische Städte, durch preußisches Gesetz zu weiterer „Landnahme" animiert wurde,



▲ Der deutsche König Otto I., dessen Krönung zum römisch-deutschen Kaiser sich am 1. Februar 1962 zum tausendsten Male jährte, stellte in Frankfurt am 15. Januar 947 dem Stift Essen diese Urkunde aus. Darin wird dem Stift Essen u. a. die Schenkung der Oberhausener Orte Lirich und Lippern bestätigt.

◀ So sah die Mülheimer Straße - der Anmarschweg vieler Belegschaftsmitglieder - am Brücktor zur Jahrhundertwende aus. Sie ist nur am Wasserturm zu erkennen.

nahm sie sich die heftig sich sträubenden Nachbarstöchter Osterfeld und Sterkrade zur Zwangsehe. Damit war das Gebiet der drei Hütten St. Antony, GHH Sterkrade und Eisenhütte Neu-Essen in einem großen Stadtgebiet vereinigt.

In der ersten Zeit ihres Bestehens gehörte Oberhausen als Gemeinde zum Landkreis Duisburg. 1874 kam es zum Landkreis Mülheim, erhielt aber noch im gleichen Jahre, nämlich am 10. September, die Stadtrechte. Am 18. März 1901 scherte Oberhausen aus dem Landkreis Mülheim wieder aus, weil es mit diesem Tage selbständiger Stadtkreis wurde.

Die Wunden der „Eingemeindeten" sind vernarbt, eine ernsthafte „Los-von-Oberhausen-Bewegung" (so wie vor einigen Jahren noch die Hamborner sich von Duisburg wieder trennen wollten) ist heute kaum noch zu verspüren. In allen Stadtteilen fühlt man sich je länger je lieber als Oberhausener. Der große Einschmelzprozeß, der schon vor der Jahrhundertwende Ostpreußen und Schlesier, Polen und Sachsen, Siegerländer und Hessen mit der alteingesessenen ländlichen Bevölkerung zu Oberhausenern gemacht hatte und der erst in unseren Jahren noch viele tausend Heimatvertriebene und Flüchtlinge zu Oberhausenern werden ließ, setzt sich auch innerhalb der seit 1929 festliegenden Stadtgrenzen und unter den einzelnen Stadtteilen fort.

Man weiß aus dem menschlichen Bereich, daß allzu schnell heranwachsende Kinder ihren Eltern oft Sorgen bereiten. Bei Kindern, die schnell in die Höhe schießen, befürchtet man, daß die inneren Organe im Wachstum nicht so recht mitkommen. Die älteren und „mittelalterlichen" Oberhausener wissen auch nur zu gut, daß dies in der Vergangenheit auch auf ihre Heimatstadt zutraf. Oberhausen war seiner Einwohnerzahl nach längst „Großstadt", als das Städtebild — abgesehen von den Werken der großen Industrie — noch recht kleinstädtisch, um nicht zu sagen dörflich war. Um so stolzer aber kann Oberhausen darauf sein, den „Nachholbedarf" an städtischem Aussehen in den letzten Jahrzehnten, vor allen Dingen aber in den Jahren nach 1948 wettgemacht zu haben. Breite, gute Straßen, moderne Wohnviertel, Krankenhäuser, Kirchen und Schulen sind in großer Zahl gebaut worden. Grünanlagen und Parks verschönern die Stadt allerorten, das Stadtregiment sitzt nicht mehr in dem 1874 gebauten alten Rathaus auf dem „Galgenberg", einem historischen Hochgericht (welch ein Omen für die Verwaltung einer Stadt!), sondern in einem von Grün umgebenen neuzeitlichen und architektonisch ansprechenden Gebäudekomplex, der der nach dem ersten Oberhausener Bürgermeister (Schwartz) benannten Straße ein ebenso repräsentatives Gepräge gibt wie die im Bau befindliche neue Stadthalle.

Hundert Jahre Oberhausen! Die Geburtshelfer von einst, Verkehr, Handel und Wandel auf der einen und Bergbau und Industrie auf der anderen Seite, wachen weiter über das Schicksal ihres jetzt erwachsenen und ansehnlichen Kindes. Sie verschaffen Oberhausen in aller Herren Ländern und auf allen Meeren einen guten und in der Luft einen zugegebenermaßen noch etwas strittigen, sich aber bei den einschlägigen Anstrengungen der Industrie stetig bessernden Ruf. In diesem Sinne wünscht auch die Hüttenwerk Oberhausen AG ihrer Heimatstadt und Namenspatronin einen guten Start ins zweite Jahrhundert!

Ein bescheidenes Fachwerkhaus, das war der erste Bahnhof, der „Oberhausen" hieß und der 1846 an der neugebauten bergisch-märkischen Eisenbahn inmitten der Heide gebaut wurde.

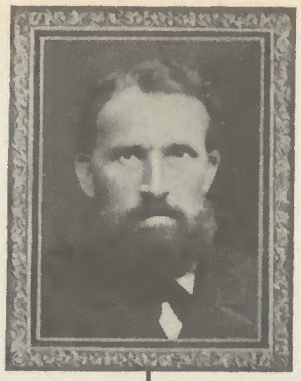


Thyssenkrupp Corporate Archives

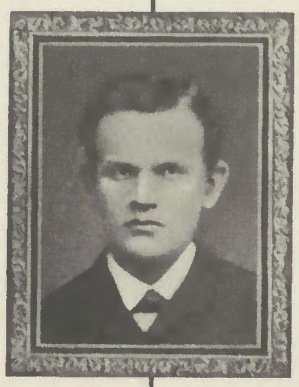
Vetternwirtschaft in Gelsenkirchen

Die kaum glaubliche, aber auf den Buchstaben wahre Arbeitsgeschichte einer alten Drahtwerkerfamilie

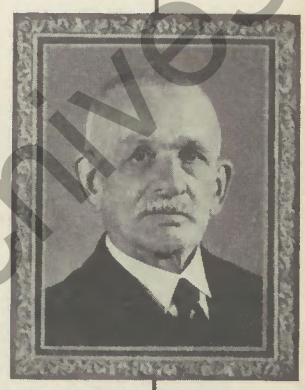
Sollten Sie, lieber „echo"-Leser, unter dieser „reißerischen" Überschrift sensationelle Enthüllungen über unser Werk Gelsenkirchen erwarten, etwa über „Pöstchenschieberei" oder was man sich sonst unter Vetternwirtschaft vorstellt, so müssen wir Sie leider enttäuschen und Fehlanzeige machen. Trotzdem ist die Überschrift, auch und gerade wenn man sie wörtlich nimmt, goldrichtig, und wir haben nicht zu befürchten, wegen unserer kühnen Behauptung vor den Kadi zitiert zu werden. Doch lassen Sie sich den Sachverhalt erklären. Die Vetternwirtschaft in Gelsenkirchen ist so alt wie unser dortiges Werk selbst. Um ihr auf den Grund zu gehen, müssen wir deshalb an den Anfang unseres Drahtwerkes zurückkehren, zu den Quellen sozusagen, als der Werksgründer, Wilhelm Boecker, aus dem Siegerland nach Gelsenkirchen kam und dort den Grundstein für das Unternehmen legte.



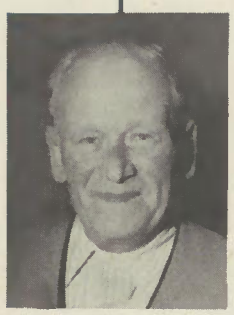
Friedrich, 1872-1915
Drahtzieher



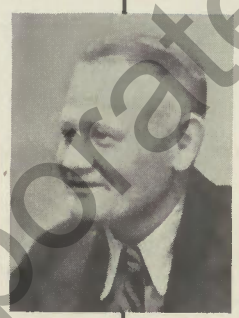
Albert, 1894-1933
Drahtzieher



Friedrich, 1885-1934
Drahtzieher



Friedrich, seit 1938
Kettenbieger



Wilhelm, 1912-1956
Drahtzieher

Friedrich, seit 1921
Elektriker

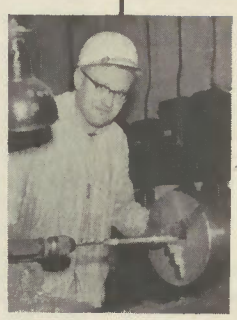




Albert, seit 1949
Schweißer



Wilhelm, seit 1946
Umwalzer



Karl-Heinz, seit 1941
Dreher

Wer sich einmal die Mühe machen wollte, die Belegschaftslisten des Werkes Gelsenkirchen von seinen kleinsten Anfängen bis heute durchzustudieren, der würde unter dem Kommen und Gehen von Namen feststellen, daß ein Name konstant von 1872 bis heute vertreten ist, nämlich der Familienname „Vetter". Damit ist das Geheimnis der ominösen Überschrift gelüftet, und wir hätten nun nichts weiter zu tun, als unsere Leser in die Ahnengalerie der Vetters zu entführen, wenn es eine solche gäbe. Ersatzweise haben wir mit der Kamera das Werk Gelsenkirchen durchwandert, wo augenblicklich fünf Namensträger (zwei Vettern und drei Brüder Vetter) arbeiten, dazu die übrigen (insgesamt vier) in Gelsenkirchen langjährig tätig gewesenen und inzwischen verstorbenen Vorfahren aus dem Vetterschen Familienalbum entlehnt und der besseren Übersicht halber den obenstehenden Stammbaum aufgebaut.

Zu Häupten dieses Stammbaumes begrüßt uns mit stattlichem Vollbart der Mann, der die Familie aus dem angestammten Siegerland nach Gelsenkirchen verpflanzte: der Urgroßvater Friedrich Vetter. Wilhelm Boecker mußte wohl genau wissen, was er an ihm hatte, als er ihn aufforderte, ihm in das damals noch junge Industriegebiet an Ruhr und Emscher zu folgen. Und so brach Friedrich Vetter, den das Familienstammbuch im Siegerland als „Tagelöhner" auswies, in Dillnhütten seine Zelte ab, setzte sich mit seiner Frau und den vier Kindern auf die Eisenbahn und fuhr nach Norden.

In dem rasch aufblühenden Werk fand der Familienvater sein Auskommen, und die Vetters schlugen in Gelsenkirchen Wurzeln. So war es denn eigentlich selbstverständlich, daß Friedrich Vetter, der seinem ältesten Sohn den Vornamen vererbt hatte, seinen beiden Söhnen auch die „Firma" vererbte. Als die beiden Jungen aus der Schule kamen, nahm er sie bei der Hand und nahm sie mit zur Arbeit, der beide dann jahrzehntelang getreulich nachkamen. 1915 verstarb Urgroßvater Friedrich Vetter, nachdem er das Unternehmen hatte aufblühen sehen und nachdem es schon in den GHH-Konzern aufgegangen war.

Sein Sohn Friedrich war 1885 in die Firma eingetreten. Er wurde Drahtzieher, erlebte die stürmische Aufwärtsentwicklung der Jahrhundertwende, die Depression des ersten Weltkrieges und der Besatzungszeit, erneute Blüte, Arbeitslosigkeit und erneute Scheinblüte und tat 50 Jahre lang, bis zum Jahre 1934, in Gelsenkirchen fleißig seine Arbeit. Auch er hatte einen Sohn, dem er den vom Vater ererbten Vornamen Friedrich weitergab und den er, als er schulentlassen war, zur Arbeit mit in das Werk nahm, in dem er selbst einen lebenslangen guten Arbeitsplatz gefunden hatte. Dieser jüngere Friedrich Vetter ist seit 1921 in Gelsenkirchen beschäftigt. Er ist 54 Jahre alt und tut als Elektriker seinen Dienst.

Doch sehen wir uns nun den anderen Ast am Stammbaum der Familie Vetter an, ein Ast, der sich schon bis in die vierte Generation verzweigt. Urgroßvater Friedrich hatte, wie gesagt, noch einen weiteren Sohn mit ins Werk genommen. Das war Albert, der ebenfalls Drahtzieher war, und von 1894 bis 1933 im Werk arbeitete. Albert hatte drei Söhne, von denen einer, Friedrich, schon seit 1938 im Werk seiner Beschäftigung nachgeht. Er ist Kettenbieger. Der älteste Sohn, Albert, wurde im Werk Drahtzieher und fiel im ersten Weltkriege. Der dritte Sohn Alberts, Wilhelm, war Drahtzieher; er ist vor einigen Jahren nach 44jähriger Werkszugehörigkeit gestorben. Seine drei Söhne sind die jüngste heute im Werk Gelsenkirchen arbeitende Generation der „Dynastie" Vetter.

Karl-Heinz trat 1941 als Dreherlehrling ein. Wir haben ihn an der Drehbank angetroffen und gefragt, wo denn später einmal sein Sohn — er ist jetzt fünf Jahre alt — arbeiten werde. Er meinte: „Möglicherweise auch hier!" — aber bis dahin fließt ja noch viel Wasser die Emscher hinunter. Seinem Bruder Wilhelm öffnete sich 1946 erstmalig das Werkstor. Er ist Umwalzer. Wir sahen ihm einen Moment zu, wie er die rotglühende Drahtschlange aus der Walze mit der Zange aufgreift, hoch durch die Luft wirbelt und wieder in die Walze einführt (mit der sicheren Leichtigkeit, wie Italiener mit Spaghetti umzugehen pflegen). Albert Vetter schließlich ist Schweißer. Diesen Beruf hat er im Werk Gelsenkirchen 1949 zu erlernen begonnen, und er übt ihn auch heute noch aus.

Damit ist die Geschlechterreihe der Vetters in unserem Werk vorerst abgeschlossen. Möglicherweise kann „echo der arbeit" in fünfzig Jahren von zwei weiteren Generationen berichten — man kann's ja nicht wissen.

Sicherlich gibt es in unseren Betrieben noch mehr Arbeitskameraden, die auf eine ähnliche Familienvergangenheit und -verbundenheit mit unserem Werk verweisen können. Aber vier Generationen im gleichen Werk, das zählt doch schon zu den Seltenheiten. Eine solche Tatsache stellt nicht nur der Firma, sondern auch dieser Familie kein schlechtes Zeugnis aus. Denn jahrzehntelange Verbundenheit mit dem Werk ist keineswegs „Mangel an anderer Gelegenheit" (im industrieintensiven Ruhrgebiet mangelt es sicherlich nicht an Gelegenheit, den Arbeitsplatz zu wechseln), sondern sie bedeutet auch Vertrautheit mit einer ganz bestimmten Arbeitswelt und nicht zuletzt Sicherheit, welche ein Betrieb als Gegengabe für lange Betriebstreue zu bieten hat.

Thyssenkrupp Corporate Archives

HOAG-Chronik

Werk Oberhausen

Geburten:

31. 12.:
Hans Steinitz, Sohn Franz-Josef

6. 1.:
Bernhard Paul, Sohn Raimund

9. 1.:
Heinrich Kopp, Tochter Cordula; Werner Mohr, Sohn Uwe

10. 1.:
Eduard Mohrhenn, Tochter Bettina

12. 1.:
Alfred Martiné, Sohn Thorsten

14. 1.:
Gustav Hoffmann, Sohn Thorsten; Günter Scherer, Tochter Iris; Johann Stratmann, Tochter Kordula; Siegfried Wilangowski, Tochter Ariane

15. 1.:
Arno Smolnikar, Sohn Frank

17. 1.:
Bernhard Philipps, Tochter Ursula

19. 1.:
Johannes Traud, Sohn Jürgen; Kurt Weidenhagen, Sohn Jürgen

20. 1.:
Wilhelm Hoven, Tochter Angelika; Theo Lueg, Sohn Thomas

21. 1.:
Edmund Frank, Tochter Judith; Johannes Keiser, Tochter Beate; Friedhelm Lüning, Sohn Horst; Horst Sender, Tochter Sabine

22. 1.:
Walter Hübel, Sohn Thomas; Willi Sinning, Sohn Frank

23. 1.:
Gustav Berndsen, Tochter Karin; Erhard Maier, Sohn Kirsten

Eheschließungen:

29. 12.:
Heinrich Huth mit Ilona Lindackers

5. 1.:
Friedhelm Bohn mit Gertrud Bösing; Gisela Schmidt mit Hans Hermann Becker

12. 1.:
Siegfried Schlaak mit Helga Nageldinger

15. 1.:
Karl-Dieter Keller mit Ursula Schneider

19. 1.:
Friedhelm Heuser mit Ingrid Schulz; Walter Ostermeier mit Maria Ornt; Erwin Rehberg mit Ingrid Ebert

25. 1.:
Herbert Todten mit Maria-Elisabeth Forster

Werk Gelsenkirchen

Geburten:

20. 12.:
Willi Althoff, Sohn Andreas
Josef Murawski, Tochter Vera

8. 1.:
Ernst Meyer, Sohn Andreas

9. 1.:
Günter Spieß, Tochter Andrea

15. 1.:
Gerhard Szpogan, Tochter Petra

19. 1.:
Josef Ciomperlik, Tochter Erika

27. 1.:
Erich Dulisch, SohnMartin

28. 1.:
Ernst Voswinkel, Tochter Karolina

30. 1.:
Heinz Sobitzki, Tochter Gabriele

31. 1.:
Karl-Heinz Biniek, Sohn Michael

Eheschließungen:

29. 12.:
Karl-Heinz Nicgorski mit Christel Übel

19. 1.:
Heinz Juditzki mit Ingrid Gerbermann

25. 1.:
Robert Gebauer mit Margrit Ignaszak

26. 1.:
Günter Jessa mit Karin Kolbe

Jubilare im Monat Februar

50jähriges Dienstjubiläum:

Ernst Graeff, Abteilung Verkehr

Johann Stein, Grobblechzurichterei

40jähriges Dienstjubiläum:

Bernhard Adams, Abteilung Verkehr

Josef Berlandi, Hochöfen

Albert Hennessen, Block- und Profilwalzwerke

Karl Höfer, Maschinenbetrieb

Friedrich Kröning, Maschinenbetrieb

Paul Mischnick, Siemens-Martin-Stahlwerk

Emil Nalleweg, Elektrischer Betrieb Hochöfen

Stefan Nowak, Abteilung Aus- und Fortbildung

Johann Pörsch, Reparatur- und Werkstättenbetrieb Hochöfen

Bernhard Schneider, Siemens-Martin-Stahlwerk

Kasimir Wolny, Betriebswirtschaftsstelle

25jähriges Dienstjubiläum:

Rudolf Bagensky, Werk Gelsenkirchen

Heinrich Louven, Blechwalzwerke

Heinz Mackels, Block- und Profilwalzwerke

Kurt Renneberg, Werk Gelsenkirchen

Stanislaus Wandel, Abteilung Verkehr

Anton Wischnewski, Werk Gelsenkirchen

Sie gingen von uns

4. 12.:
Wilhelm Bleser, Pensionär

16. 12.:
Matthias Baumeister, Pensionär

28. 12.:
Georg Huck, Pensionär

3. 1.:
Karl Bauer, Pensionär; Alois Lambert, Pensionär

4. 1.:
Gustav Mundt, Pensionär

7. 1.:
Karl Salewski, Maschinenbetrieb

12. 1.:
Josef Dombrowski, Werk Gelsenkirchen

13. 1.:
Franz Kraft, Pensionär

14. 1.:
Ernst Runkel, Pensionär

15. 1.:
Heinrich Dieckmann, Pensionär; Johann Grzonka, Block- und Profilwalzwerke

17. 1.:
Franz Vennemann, Hauptlagerhaus

18. 1.:
Johann Monnerjahn, Pensionär

19. 1.:
Engelbert Kösters, Pensionär

20. 1.:
Aloysius Schmitz, Pensionär

21. 1.:
Johann Köttelwisch, Pensionär; Johann Möllersmann, Pensionär; Johann Rehne, Pensionär

22. 1.:
Paul Hübner, Pensionär; Paul Pawlicki, Maschinen- und Kraftbetriebe Hochöfen; August Thiemann, Pensionär; Wilhelm Zengeler, Pensionär

24. 1.:
Wilhelm Frisch, Schlackenberg

thyssenkrupp Corporate Archives



thyssenkrupp Corporate Archives